

Telegramm auf irrtümlichen Voraussetzungen begründet ist: daß Kaiser Wilhelm die Absichten, die ihm zugeschrieben werden, niemals, niemand gegenüber und in keinerlei Form geäußert hat und daß die Veröffentlichung einer derartigen Nachricht als Erdichtung der tendenziösen Presse zu erachten ist." („Zowarsichtsch.")

Ra also!

Aufruf der politischen Arrestanten in Krasnodar.*)

Von moralischen und physischen Leiden gemartert, in den Kammern der Kronstädter Gefängnisse schmachtend, wenden wir Arbeiter, Matrosen und Soldaten uns an alle ehrenhaft gesinnten Bürger Russlands:

Mitbürger! Wisset, daß wir, arretiert und der Propaganda im Meer und des bewaffneten Aufstandes angeklagt, hier systematischen Torturen ausgesetzt werden. Wir sind in kalte, feuchte Kammern (Zughäuser) eingesperrt, wo wir nicht gedrängt auf kalten Brettern schlafen müssen. Verschimmelte Wände verbreiten einen unerträglichem Geruch. In den mit Leuten vollgepfropften Räumen ist es kaum möglich zu atmen; es fehlt an Licht und Luft. Die Spaziergänge sind uns genommen worden. Wir sind alle krank; doch ärger als die körperlichen Leiden sind die moralischen Torturen. Die Wachtposten beschimpfen uns. Die Offiziere drohen beständig, uns niederzuschleichen, und in dieser Atmosphäre blutiger Greuel haben wir niemand, an den wir uns mit Klagen wenden könnten. Alle Einzelheiten des Gefängnislebens sind darauf berechnet, die Arrestanten mit dem unablässig plagenden Gedanken an Todesstrafe und Kriegsgericht zu verfolgen. Die Gefängnis-administration sucht ihren ganzen Groll an uns auszulassen. Während der Besuche im Gefängnis ist ihr einziges Gespräch: Schilderung der Qualen, die uns bevorstehen! Einer der Arrestanten mußte mehrere Tage ohne Schlaf zubringen — auf diese Weise hoffte man, ihm Bekenntnisse abzugewinnen. —

Diese Seelentortur ist unerträglich, sie hat uns ganz entkräftet. Von den Gespenstern der Hingerichteten verfolgt, durch beständige Drohungen mit Todesstrafe mutlos gemacht, erwarten wir selbst jeden Augenblick unsere Hinrichtung, und diese ziehen es vor, ihr Leben durch Selbstmord zu endigen, als ein solches Dasein weiter zu führen, das wie ein langer böser Traum auf die Seele drückt. Am 24. August hat sich unser geliebter Genosse, der hochbegabte Matrose Arnoldi, im dunklen Kerker erhängt. In unserer Mitte haufen Geisteskranke, die wir mit Mühe von dem gleichen Schicksal abhalten — wir sind ja übrigens alle geisteskrank.

So sieht es bei uns in den Gefängnisverliehen aus. Mitbürger Verbreiter überall die Nachricht von unseren Qualen, protestiert fordert öffentliche Untersuchung der Uebelthaten, die an uns begangen werden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. September.

Jenseits von links und rechts.

In seinen köstlichen „Journalisten“ hat Gustav Freytag im kleinen Schmod, der kann schreiben links und kann schreiben rechts, die Gesinnungslosigkeit jener Zeitungsschreiber gegeißelt, die ihre Feder dem Weißbrotenden verkaufen, die als Kopffechter ihrer jeweiligen Auftraggeber ein erbärmliches Handwerk treiben. Gustav Freytag ist längst tot, und seine „Journalisten“ sind so wenig mehr ein Stück unserer Zeit, daß man sie schon im Kosmos der Ober Jahre spielt. Sie muten uns altfränkisch an. Wie riesenhaft hat sich das Zeitungswesen seit den Tagen entwickelt, da Gustav Freytag den Typus des Schmod's fixierte. Die Zeitung wuchs, und mit seinen höheren Zwecken wuchs auch der Schmod. Er hat Höhen der Gesinnungslosigkeit erstiegen, von denen sich der gute Gustav Freytag bei der Konzeption seiner „Journalisten“ wohl kaum etwas hat träumen lassen. Der Schmod der „Journalisten“ schreibt noch einander links oder rechts — er verdingt sich seinem Vorgesetzten. Herr Liman aber zu Leipzig schreibt gleichzeitig herb-agrarisch und unparteiisch-industriefreundlich, gleichzeitig englandfeindlich und englandfreundlich.

Herr Liman ist bekanntlich ein in puncto Ehre sehr empfindlicher Herr. Als die „Leipziger Volkszeitung“ ihm für ganz außerordentlich unflätigen Beschimpfungen von Parteigenossen eine hundertfach verdiente Badpflaster applizierte, ließ er tüchtig brannt zum Kadi. Bei der sächsischen Justiz fand er soviel Verständnis, daß Genosse Kressin zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde. Den Mut, seine unflätigen Schimpfereien zu verantworten, hatte Herr Liman natürlich nicht — er erzählte den gläubigen Leipziger Nichtern, daß er noch nie einen Menschen beleidigt habe. Seine heldenhafte Haltung trug ihm eine weitere verdiente Abstrafung in der „Leipziger Volkszeitung“ ein, worauf Herr Liman, im Vollbewußtsein seiner Qualität als Ordnungsmann, die ihm den gerichtlichen Schutz sichern muß, eine neue Klage gegen die Genossen Mehring, Kressin und Seger einleitete.

Die „Leipziger Volkszeitung“, für die der Herr also eine interessante Persönlichkeit wurde, hat sich nur erlaubt, seinen Spuren ein wenig nachzugehen und hat dabei ganz unbezahlbare Entdeckungen gemacht. Vor einiger Zeit konnte sie feststellen, daß Herr Liman, der in den „Leipziger Neuesten Nachrichten“, einem Matichblatt niedrigster Sorte, unparteiische nationale Politik mit Bloß-liberal-industriefreundlichem Einschlag treibt, in Vertels „Deutscher Tageszeitung“ Sonntagspandereien herb-agrarischen Aromas unter dem schönen Pseudonym „Der arme Horik“ schreibt.

Eine Woche und mehr vergangen seitdem; Herr Liman, der arme Horik, schloß in seinen beiden Blättern, in den industriefreundlichen „Leipz. N. N.“ und der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, und mit ihm hielten feierliches Schweigen die Redaktion und der Verlag der „Leipz. N. N.“ und die Redaktion und der Verlag der „Deutschen Tageszeitung“. Sie hatten alle nichts gehört, ebenso wenig wie die ehrenhafte Ordnungspresse, die sich kurz vorher noch über das Kaiserwort von dem unterantwortlichen und unfähigen, nicht gepriiften Zeitungsschreibern leidlich aufgeregt hatte. Sie alle schwiegen das Schweigen der Ertrappen und Verschworenen. Wer aber glaubt, daß Herr Liman in der Stille gegangen worden sei, der irrt sich. Die schädliche Kraft läßt sich um solcher Kleinigkeit willen kein Verleger entgehen. Noch heute schreibt Herr Liman für die „Leipz. N. N.“, und noch wie vor plaudert in der „Deutschen Tageszeitung“ der „arme Horik“.

Im Laufe der Kolonialkorruption-Entfaltungen ist aus dem Munde eines in die Geheimnisse deutscher Regierungskunst Eingeweihten das bedeutungsvolle Wort gefallen: „Bei uns macht man sich nie um möglich.“ Im kapitalistischen Zeitungsgewerbe ist's nicht anders! Der Radweil, daß Herr Liman gleichzeitig agrarisch und nicht-agrarisch schreibt, hat ihn weder bei den „Leipz. N. N.“ noch bei der „Deutschen Tageszeitung“ unmöglich gemacht.

Inzwischen hat aber die „Leipziger Volkszeitung“ eine neue Seite des Vielseitigen entfalt. Der Fall ist noch grabierender, zeigt

die Doppeltätigkeit des Herrn Liman direkt am konkreten Tatbestande. Und der ist der folgende:

Dr. Paul Liman ist bekanntlich allezeit als Vertreter des echten Teufschums (er hat sogar Juden gestressen, obgleich er selbst seine Ahnen unter denen zu suchen hat, die trockenem Jutes durch das rote Meer schritten) ein großer Englandfreund gewesen, und hat sich noch im Jahre 1903 nicht geniert, den bösen Eward einen unwürdigen König und die Engländer eine Diebsbande zu nennen. Das hat den Vorurteillosen nicht gehindert, als die Einladung zur belannten Journalistenfahrt nach England, das Angebot freier Reise und guter Verpflegung erging, sofort anzunehmen und die Fahrt bis in alle Einzelheiten mitzumachen. Er ließ sich die Weine und die Braten und Trüffel der „Diebsbande“ gut schmecken und verschmähte selbsterständlich nicht, der Gast des „unwürdigen Königs“ usw. zu sein.

Ueber diese seine Englandfahrt hat Dr. Paul Liman als guter Journalist geschrieben. Nicht einmal, sondern zweimal, wie's seine Art ist. Und zwar jedesmal anders, wie das auch seine Art ist. Einmal als Englandfeind, einmal als Englandfreund. Als Englandfreund in der „Londoner Finanzchronik“, einem Blatte, das mit richtiger Bitterung sich gerade an Liman mit seinem Auftrag wandte. Diese „Finanzchronik“ eines gewissen Arthur Rosenborff, einflussiger Komplice des Sternberg und Treber-Schmidt, bestritt einst seine Beziehungen zu einem ähnlichen Finanzhelden, ließ aber gleichzeitig durch den jetzigen Chefredakteur der „National-Zeitung“, Herrn Rebel, dem unbehaglichen Angreifer das ehrenvolle Anerbieten machen, von Berlin aus Artikel für die „Londoner Finanzchronik“ zu schreiben, die ihm mit 100 Mk. pro Stück honoriert werden sollten. Der Herausgeber des „Blattes“, dem diese Geschichte selber passiert ist, hat sie erst vor kurzem in seiner Wochenschrift veröffentlicht.

In der „Finanzchronik“ dieses Rosenborff also veröffentlichte Dr. Paul Liman seinen englandfreundlichen Artikel über die Englandfahrt. Gleichzeitig aber plauderte in der „Deutschen Tageszeitung“ der arme Horik über „Englische Trüffel“, unter welchem stimmungsvollen Titel dieselbe Englandfahrt in durchaus englandfeindlichem Sinne behandelt wird. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat die folgende ergötzliche Zusammenfassung aus den beiden gleichzeitig erschienenen Arbeiten desselben Dr. Paul Liman gemacht:

In der „Londoner Finanzchronik“ sagt Dr. Paul Liman: „Denn auch ich hoffe von der Fahrt ein Gutes, zumal wenn auch Englands Journalisten die Hälfte Deutschlands sein werden: daß die Vertreter der Presse sich nicht nur untereinander als Gentlemen (o'est bon!) kennen lernen und in ihrer Polemik jede Schroffheit vermeiden lernen, sondern daß ihnen vor allem aus der frisch gewonnenen Erkenntnis das Bewußtsein erwächst: haben wie drüben strebt und schafft ein kernhaftes, arbeitstüchtiges germanisches Volk, das voneinander vielleicht keine Liebe, sicherlich aber Respekt verlangen darf.“

Und an anderer Stelle: „Das aber wird für uns zweifellos der Gewinn dieser Fahrt sein, daß wir, wenn sich Schatten zwischen unsere Völker legen, noch gründlicher und noch gewissenhafter (sic!) zu prüfen und überschäumende Leidenschaft zu zähmen bemüht sein werden.“

Am gleichen Tage schrieb der arme Horik in der „Deutschen Tageszeitung“:

Man darf die jüngste Expedition der deutschen Presse nach Englands Trüffeln und Orgaisuppen schon deshalb nicht allzu ernsthaft nehmen, weil sie durchaus die Nach-Litigische Färbung trägt. ... Der Tiergarten und die umliegenden Dreischosten waren vertreten, aber nicht das deutsche Volk, wenn anders man nach der Titelfete den Wein beurteilen darf.

Und an anderer Stelle: „Es ist immer wieder die Theorie des Einwickelns, die hier in die holde Praxis übertragen werden soll. So wird man auch in Zukunft trotz aller Versicherungen des Gegenteils ... auf alle die Hummer und Trüffeln hinweisen, die man den teuren Fremden aus Deutschland (!) bot. ... Und wenn auch Herr Barth bei Nord Auebury speist, und Vity Braun das Evangelium der freien Liebe in Windsor predigt, wenn der alte Ricker über seine Jünger und Paul Singer über die Revisionisten segnend seine Hände breitet, ... so würde doch nichts sich wandeln und alles just so bleiben, wie es bisher gewesen ist.“

In der „Londoner Finanzchronik“ ist er entzückt von der „köstlichen Rede“ des Dr. Ward, Kollegenleiters von Cambridge, von der es heißt:

Dies trat uns im tiefdunklen Lichte (tiefdunkles Licht! echter Limanischer Grünspan!) des geschichtlich Gewordenen, in tiefen und tiefen Klängen heimlich bewußter germanischer Stammes- und Geistesgemeinschaft die scheinbar triviale und doch so schicksalsschwere Wahrheit entgegen: was sind wir als Wegner?

Der arme Horik dagegen ist von der „heimlich bewußten germanischen Stammes- und Geistesgemeinschaft“ weniger gerührt wie Dr. Paul Liman, und er schreibt in der „Deutschen Tageszeitung“ höchst forsch:

Wenn man die Artikel der anderen (englischen) Blätter studierte, so fand man eigentlich stets nur jene allgemeinen Wendungen vom „Blid des Friedens“, von der „Verwandtschaft der beiden germanischen Völker“, die Leuten von Geschmack, um ein volkstümliches Bild zu gebrauchen, allmählich aus dem Halse herauszuwürgen.

In seinem Artikel für die „Londoner Finanzchronik“ hat Dr. Paul Liman für den Organisator der Englandreise, Mr. Stead, viele fremdliche Worte. Er nennt ihn einen „waderen Idealisten“, dessen Willkommensgruß in England den deutschen Redakteuren „wohlgefallen“ habe. Im selben Augenblick aber verhöhnt der arme Horik in der „Deutschen Tageszeitung“ den „waderen Idealisten“ folgendermaßen:

Heute ist Mr. Stead aus England, der Apostel irenischer Seligkeiten ... der Letzte und Würdigste aus dem Geschlechte jener Herbstzeitlosen, die im Revolutionsjahre gepflanzt wurden, in der Konfliktzeit gleich Zentifolien kuppig den Reich erschlossen und jetzt die welken Blätter traurig in das sozialistische Spaltwasser senken.

Das sind die Leistungen des Herrn Dr. Paul Liman des Vielseitigen. Ob der betriebame Herr nur für den kapitalistischen Preßbetrieb unmöglich geworden ist? Wir hören schon die Antwort: Bei uns macht man sich nie um möglich! —

Der gezähmte Herr Erzberger!

Herr Erzberger hat sich am Montag auch in einer Niddorfer Katholikensammlung produziert. Aber wer da erwartet hätte, daß er auch hier den wilden Mann spielen würde, wie in anderen Teilen Deutschlands, wäre bitter enttäuscht worden. Denn wenn der Bericht der „Germania“ zutreffend ist, war aus dem grimmigen Kolonialgegner in Niddorf auf einmal ein sanft säuselnder Kritiker und bedingungsloser Bewunderer der vom Zentrum beherrschten Reichspolitik geworden!

Herr Erzberger unternahm es zunächst, die Steuerpolitik der Regierung warm zu verteidigen. Die Notwendigkeit, 200 Millionen Mark an neuen Steuern dem Volke aufzuerlegen, habe vorgelegen. Die Wehraufwendungen für Meer und Flotte seien zur Sicherung und Erhaltung des Weltfriedens geboten gewesen, und diese Wehraufwendungen seien nicht in letzter Linie den breiten Massen des Volkes zugute ge-

kommen! Freilich, die neuen Ausgaben seien nicht erforderlich gewesen, wenn nicht zur Durchführung der Invalidenversicherung, zur Schaffung eines Fonds für die Witwen- und Waisenversicherung, für die Veteranenbeihilfe und dem Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten erhebliche Mehraufwendungen notwendig gewesen wären. Unter den neuen Ausgaben seien also 100 Millionen gewesen, die selbst bei einer Volksabstimmung mit übergroßer Majorität bewilligt worden sein würden.

Die Deckung dieser Ausgaben sei ja am gerechtesten durch eine Reichseinkommensteuer aufgebracht worden. Allein das Deutsche Reich sei ein Föderativstaat und die Bundesstaaten hätten gerade in der Einkommensteuer ihre ergiebige und absolute notwendige Quelle zur Deckung ihrer Bedürfnisse. Die Schaffung eines Einheitsstaates wäre aber für Deutschland das größte Unglück.

Wir wollen mit Herrn Erzberger an dieser Stelle nicht darüber streiten, ob der Einheitsstaat tatsächlich für Deutschland ein so großes Unglück wäre, wenn sich nicht auch das preussische Zentrum von so reaktionären Tendenzen beherrscht zeigte, wie sie Graf Strachwitz kürzlich mit so zynischer Offenheit geäußert hat. Aber Herr Erzberger vergißt, daß alle die von ihm erwähnten Aufgaben auch ohne neue Steuern sehr leicht hätten befriedigt werden können, wenn — von der neuen Flottenvorlage ganz abgesehen — nur die Kolonialausgaben gestrichen worden wären! Herr Erzberger selbst aber hat in seiner Schrift „Die Kolonialbilanz“ die geradezu verbrecherische Verschwendung der vielen Hunderte von Millionen für unsere Kolonialpolitik so ausgezeichnet charakterisiert, wie sie besser auch von sozialdemokratischer Seite nicht gekennzeichnet werden könnte. Der Vergeudung dieser Summen für koloniale Zwecke brauchte nur ein Ende gemacht zu werden, um auch ohne einen Fennig neuer Steuern alle die angeführten Kulturaufgaben lösen zu können. Herr Erzberger, der unerbittliche Kritiker der Kolonialkorruption, beschäme aber eben nicht die Konsequenz, sich gegen die Kolonialpolitik zu erklären! Er verlangt nur die Beseitigung der Kolonialkorruption — ein geradezu unmögliches Ding, das für unsere kapitalistische Politik nichts geringeres bedeutet, als die Quadratur des Kreises — um dann die strapelloste Verschwendung von neuen Hunderten von Millionen aufheben zu können.

Herr Erzberger hat durch seine famose Niddorfer Rede bewiesen, daß wir ihn von Anfang an durchaus richtig beurteilt haben. Er ist nichts als ein Werkzeug der Zentrumsdemagogie, das durch sein Auftreten der sozialdemokratischen Kritik den Wind aus den Segeln zu nehmen sucht, um dann desto eifriger für eine kolonialfreundliche governmentale Zentrumspolitik propagieren zu können!

Herr Erzberger hat in der Provinzpresse die schärfsten Anklagen gegen den Fürsten Bülow als den Obersten der Korruptionsherrscher der Kolonialpolitik erhoben! Die führende Zentrumspresse, die „Germania“ und die „Kölnische Volkszeitung“, haben diesen Angriff aus diplomatischen Rücksichten trotz unserer wiederholten Anspornungen unterlassen. Herr Erzberger diente also dem Zentrum dazu, sich in der Provinz als unerbittlichen Bekämpfer des Korruptionssystems aufzuspielen, um der eigentlichen Leitung des Zentrums die Möglichkeit zu geben, mit der Regierung um so unverfrorener zu handeln zu können. Diese doppelte Durchführung gehört eben zum eisernen Bestand der die öffentliche Meinung in der plumpesten Weise übers Ohr hauenden Zentrumsdemagogie. In der Provinz fährt Herr Erzberger das größte Geschütz gegen die Regierung auf, um sich in der Reichshauptstadt als ebenso qualvoller Diplomat zu entpuppen wie Herr Spahn oder sonst einer der hierischen Wadenstrümpfer!

Herr Erzberger mag seine oppositionellen Clownsprünge ruhig fortsetzen; wir werden das Volkverräterische seiner Demagogik bei jeder Gelegenheit in das rechte Licht stellen! —

Deutsches Reich.

Aus der Schutztruppe.

Nicht nur in der Kolonialverwaltung, auch im Offizierkorps der Schutztruppe scheint es an allerlei Rivalitätsstreitigkeiten und gegenseitigen Verdächtigungen nicht zu fehlen. Die „Tägl. Rundschau“ weiß darüber zu berichten:

Als vor einigen Wochen der „Berl. Lokal-Anzeiger“ die Nachricht von der Verhaftung des Majors Fischer brachte, folgte er einem empfehlenden Hinweis auf den Nachfolger des Oberst Dönsberg in der Leitung des Oberkommandos der Schutztruppe, den Oberstleutnant Duade, hinzu. Das kam, da man eine schwerwiegende Schuld Fischers annehmen mußte, nur natürlich. Dann trat Oberstleutnant Duade auch als Mitarbeiter des „Tag“ auf, wogegen sich natürlich ebenfalls nichts sagen läßt, da er es unter Angabe seines Namens tat. Inzwischen fanderte aus der Untersuchung gegen Major Fischer soviel durch, daß sie vielleicht gar keine Handhabe zur Erhebung der gerichtlichen Anklage bieten würde, daß der Verhaftete wahrscheinlich nur wegen unerlaubten Schuldensnehmens den Abschied bekommen kann. Da wurde plötzlich die Öffentlichkeit durch eine neue Enthüllung des „Lokal-Anzeigers“ erragt. Sie hatte folgenden Wortlaut:

„Uns zugehende Nachrichten weisen darauf hin, daß außer Major Fischer auch noch andere Offiziere der Schutztruppe in einem engen freundschaftlichen Verhältnis zu Herrn von Tappelskirch gestanden haben, das Beziehungen zur Folge hatte, welche zu nicht wünschenswerten Kreditgewährungen führten.“

Wie bezeichneten die Meldung damals als solchen Matzsch, weil wir ihre Quelle noch nicht ermitteln konnten. Heute aber stellen wir fest: die Meldung stammte von Oberstleutnant Duade. Zugrunde aber lag ihr nur die Tatsache, daß ein Offizier, der dienstlich mit der Firma Tappelskirch nicht das mindeste zu tun hatte, dem Herrn von Tappelskirch Geld schuldet.

Der Fall liegt demnach so, daß ein militärischer Vorgesetzter über rein private Verhältnisse seiner Untergebenen, die auf dienstlichem Wege zu seiner Kenntnis gekommen sind, heimlich einer Zeitung Mitteilung gemacht hat. Um uns nicht einem „Dementi“ auszusetzen, fügen wir hinzu, daß die „Nachricht“ dem „Lokal-Anzeiger“ zunächst von anderer Seite zugegangen war, daß Oberstleutnant Duade aber ihre Veröffentlichung veranlaßt und ihre Fassung festgelegt hat.

Ruffergünstige Verhältnisse. —

Straßenkampf in Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. haben am Dienstagabend sich tumultuarische Szenen abgespielt, deren Ursache und Verlauf sich nach

*) Man vergleiche unseren heutigen Leitartikel, in dem in allgemeinen Zügen erzählt wird, was dieser Aufruf an einem speziellen Beispiel schildert.

Den bisherigen Meldungen nicht mit Sicherheit erkennen läßt. Das „Wolffsche Bureau“ meldet:

„Gestern abend fanden in der Altstadt große Ausschreitungen statt. Ein aufeinander trankener Bettler wurde aus einem Geschäft in der Schurstraße hinausgeworfen und fiel hin, dabei verletzte er sich. Die Volksmenge ergriß Partei für den Bettler, demolierte die Scheiben des Geschäfts und nahm eine drohende Haltung an. Die Schupleute waren gegenüber der immer mehr anwachsenden und lärmenden Menge machtlos, weshalb schließlich über 100 Schupleute aufgeboden wurden, die mit blauer Waffe die Schurstraße und die angrenzenden Gassen säuberten und absperren. Ein Schwerverletzter wurde ins Bürgerhospital gebracht; mehrere Leichtverletzte wurden von der Rettungswache behandelt. Zahlreiche Verhaftete wurden nach Feststellung der Personalien freigelassen.“

Etwas anders lautet der Bericht der „Frankf. Ztg.“:

„Etwa um 8 1/2 Uhr trafen aus allen Richtern Schupleute zu Fuß und Pferd, Wachtmeister und Kommissare, in der Gegend am Viehfrauenberg ein. Ueber hundert Mann an der Zahl, besetzten sie die Ausgänge der Schurstraße, die blaue Waffe in der Hand, den Helm mit dem Sturmband befestigt. Nach kurzer Zeit waren die Straßen leer und jeder Vorübergehende wurde mit kurzen, aber nachdrücklichen Worten zum Weitergehen aufgefordert. Die erstanten Passanten, die nach der Ursache des Aufgebots fragten, erhielten zur Antwort: „Es ist Landfriedensbruch vorgekommen, hier darf niemand durch!“ In der Tat durften nur Leute, die sich als Bewohner der gesperrten Straßen auswiesen, den eisernen Ring passieren. Den Befehl führte Polizeikommissar Densel, der ebenso wie Regierungsrat Nahrenholz in Zivil anwesend war. Immer wieder bildeten sich an der Grenze der Absperrung Menschenansammlungen, die aber vor der Schupmannschaft zurückwichen, sobald diese ernsthaft vorzugehen drohte. Man begnügte sich mit Lärmen, Schreien und Johlen. Gegen 11 Uhr war die Ruhe soweit hergestellt, daß ein Teil der Beamten zurückgezogen werden konnte. Aber ein hartes Aufgebot blieb für alle Fälle an Ort und Stelle zurück.“

Ueber die Ursache der Aufrührungen meldet ein Bericht, erstatter: Ein Hausierer machte abends nach 8 Uhr in der Eichenstraße von Wollsch in der Schurstraße Lärm. Der Ladenbesitzer forderte ihn zum Gehen auf und ließ ihn schließlich vor die Türe setzen. Da der Mann — ein anderer Berichtstatter meldet, der Hausierer habe einige Verletzungen davongetragen — drohende Reden führte, wurde die Polizei benachrichtigt. Ein hinzugekommener Schupmann wurde von der Menschenmenge, die sich rasch angesammelt hatte, verhöhnt und sogar angegriffen. Nicht besser ging es einem zweiten Schupmann, der seinem Kollegen zu Hilfe kam. Die Altstadt ist um die Zeit nach 8 Uhr sehr belebt. So sammelte sich rasch eine starke Menge an, die für den Hausierer Partei nahm. Eine Schreie des Eiertodens ging in Trümmer. Die Schupleute benachrichtigten das Revier, das sich hilfesuchend an das Polizeipräsidium wandte. Dort wurden sofort „Maßregeln für alle Fälle“ getroffen und das stärkste Aufgebot entsandt.

Die Schupmannschaft, die, so wird weiter gemeldet, in Bedrängnis geriet — unter der Menge befanden sich viele schlimme Elemente — machte in einzelnen Fällen von der blauen Waffe Gebrauch. Die Zahl der Verwundeten läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Die meisten Verwundungen scheinen leichter Natur zu sein. Aber auch von einer schweren Verletzung wird uns berichtet. Ein Mann, dessen Namen noch nicht bekannt ist, wurde von der Rettungswache ins Krankenhaus gebracht. Er hatte Säbelwunden am Leib und im Rücken, die lebensgefährlich schienen.“

Es muß abgewartet werden, inwieweit der Bericht seine Bestätigung findet. Daß sich die „Menschenmenge“ ohne jeden Grund angesammelt und zu Angriffen übergegangen sein soll, erscheint wenig glaubwürdig. Sollten vielleicht provokatorisches Auftreten des Schupmannes dazu den Anlaß gegeben haben?

Eine treffende Charakteristik.

Die „Dresd. Ztg.“ beschäftigt sich in einem „Das Chaos“ überschriebenen Artikel mit den verworrenen politischen Verhältnissen Deutschlands und gelangt dazu, zu einem wesentlichen Teil dafür, daß sich „die Struktur des preussischen Staates“ seit 1848 wenig geändert hat, die Freigabe des Bürgerturns verantwortlich zu machen:

„Unserem Bürgerstande fehlt es an berechtigtem Selbstgefühl. Ein Mann wie Herr Paasche, der als Persönlichkeit und als Vizepräsident des Reichstages Grund genug hat, sich allermindestens mit jedem Minister auf eine Stufe zu stellen, ambiiert einen belanglosen Kolonialposten, fragt bei Kreih und Plethi an, ob dieser ihm wohl gewährt werden würde, und blannert damit sich selbst und die nationalliberale Partei, die in allerdings in bezug auf Blamagen nicht mehr empfindlich ist. Wir sehen also auf der einen Seite das Verlangen derjenigen Männer, die zur Führung berufen sind, auf der anderen Seite das feststehende, passionierte Interesse, politische Unwilligkeit und berechtigten Selbstbewußtseins, ohne welches das Bürgerturn die ihm gebührende Stellung niemals erreichen wird.“

Bezüglich der Qualitäten des Herrn Paasche sind wir anderer Meinung als das freimüthige Blatt, gegen seine Beurteilung des liberalen Bürgerturns haben wir jedoch nichts einzuwenden. —

Behinderung der Presse.

In Plauen i. V. ist das neue Amtsgerichtsgebäude seiner Bestimmung übergeben worden. Es weist in seiner Einrichtung alle Errungenschaften modernen Komforts auf. Besonders zeigt der Verhandlungssaal des Schöffengerichts eine gediegene Ausstattung. Aber ein Verichterstatter ist nicht vorhanden. Als sich die Vertreter der Presse an den Gerichtsdiener wegen Beschaffung eines Tischs wandten, erhielten sie zur Antwort, daß für die Verichterstatter der Presse ein Tisch vom sächsischen Justizministerium nicht genehmigt worden sei, es sei auch keiner da. Die Erkundigung an maßgebender Stelle ergab, daß das Justizministerium einen Tisch für die Presse „aus Sparmaßregeln“ gestrichen hat. — Das belächelt so recht die Nichtachtung, die der Presse gegenüber herrscht, zeigt aber auch, wie rückständige Anschauungen in Regierungskreisen Sachens herrschen. Auch in Chemnitz befindet sich nur im Schurgerichtsgebäude, der jährlich viermal benutzt wird, ein Tisch für die Presse; in einem Stenogrammraum ist ein unzulänglicher, ganz schmaler Tisch, in den zwei anderen und in den zwei Schöffengerichtssälen fehlt jede Schreibgelegenheit, die auch auf wiederholt gestellte Bitte nicht beschafft worden ist. Die Vertreter der Presse müssen sich dadurch behelfen, daß sie ihre Notizen auf dem am Anie angelegten Schreibblatt machen, vorausgesetzt, daß noch ein Plätzchen in dem zum Teil recht beschränkten Hörsaalraum frei ist. Wird mal die Öffentlichkeit ausgeschlossen, so kann der Verichterstatter sich in den Korridoren herumdrücken oder auf die Straße gehen, denn ein Aufenthalt für die Vertreter der Öffentlichkeit ist ebensowenig vorhanden. Eine Justizverwaltung, die aus „Sparmaßregeln“ die Verichterstatter gestrichelt und damit die Öffentlichkeit erschwert, muß den Verdacht erregen machen, daß eine Verichterstatter über die Verhandlungen ihr mißbehoht. Nur eine gute Justiz scheint das Recht der Öffentlichkeit nicht, einer schlechten tut die Öffentlichkeit besonders not. Eine der elementarsten Forderungen gerechter Rechtssprechung ist volle Öffentlichkeit. Durch die dargelegte Beschränkung der Öffentlichkeit wird von der sächsischen Justizverwaltung zugestanden, daß die sächsische Justiz und Gerichtslehre zwei durchaus verschiedene Dinge sind. Dies unfreiwillig bekennend ist gewiß recht schämenswert. Um so auffällender ist es, daß die Justizverwaltung sich nicht dazu gelangt, die Justizpflege zu verbessern, sondern eine der wesentlichsten Garantien für eine unparteiische Rechtssprechung, die

volle unbehinderte Öffentlichkeit, zu vermindern. Die geschilderte Behinderung der Presse „aus Sparmaßregeln“ verliert zwar nicht gegen den Vorlaut, aber gegen den Sinn des Gerichtsverfassungsgesetzes, das Öffentlichkeit der Verhandlungen verlangt. Das Verbot der Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen beschränkt nicht darin, daß bei Sündalprozessen ein paar sensationslüsternen Dämchen der „guten Gesellschaft“ Gelegenheit zum Herbelnig verschafft wird, sondern daß die Presse unbehindertem Zutritt zu den Verhandlungen hat, und daß ihre Aufgabe, über die Verhandlungen zu berichten, ihr nach Möglichkeit erleichtert wird. Ein Ministerium, das „aus Sparmaßregeln“ die Verichterstatter gestrichelt, verstoßt gegen eine der für den Justizbetrieb so dringend notwendigen Unfallverhütungsmäßigkeiten.

Raumann und der Leipziger Verein deutscher Studenten. Von einem Teil der agrarischen Presse, besonders der Deutschen Tageszeitung“, ist in letzter Zeit der Leipziger Verein deutscher Studenten mehrfach aufgefördert worden, das Mitglied der Freisinnigen Vereinigung Friedrich Raumann wegen seiner politischen Meinung auszuscheiden. Jetzt ist Raumann tatsächlich gegangen. Das „Leipziger Tageblatt“ enthält folgende Mitteilung:

„Durch Ereignisse der letzten Zeit hat sich unser Alter Herr D. Friedrich Raumann veranlaßt gesehen, auf seine weitere Zugehörigkeit zum Hoffhäuserverband zu verzichten. Zudem wird der Bitte unserer Allen Herrn D. Raumann, aus unserer Allen-Derrenschafft gestrichen zu werden, nachgeben, lassen wir keinen geringen von uns scheiden. Wir werden D. Friedrich Raumann die Verdienste, die er am Zustandekommen des Hoffhäuserverbandes hat, nie vergessen können! Verein Deutscher Studenten zu Leipzig. Hubert Simon, jur., 8 X. Leipzig, den 4. September 1900.“

Katholikfriede in Nürnberg. Der erste Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Herr v. Schulz, hat es mit dem dortigen Katholikliberalismus, der bisher zu ihm wie zu einem Höfen aufblühte, gründlich verboren. Er hat nämlich vor kurzem ein drittes Blatt herausgegeben: „Nürnberg im Jubeljahr 1900“, eine Art Festschrift zur Jahrhundertfeier der Einverleibung der Stadt Nürnberg in Bayern. In dem Buche sagt er seine Ansichten über mancherlei Dinge, u. a. auch über die Frage der Hinzuziehung der Sozialdemokratie zu den Gemeindevätern. Er meint, die Sozialdemokratie erbehe mit einem gewissen Schein des Rechts den Vorwurf, daß ihr die Teilnahme an dem Gemeinderat von der jetzigen Nürnberger Stadterwaltung verweigert werde. Er selbst sehe seit Jahren auf dem wiederholt ausgesprochenen Grundsätze, daß man auch Vertreter der Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei in die städtischen Kollegien wählen solle; die Hinzuziehung von Vertretern der sozialdemokratischen Partei sei weder begründet noch wünschenswert. In einer anderen Stelle werden den Herren Kollegen sehr bittere Billen zu schluden gegeben, indem behauptet wird, die Beschlässe der städtischen Kollegien lämen nicht immer aus sachlichen Erwägungen zustande, vielmehr spielten oft persönliche Reigungen, Eifersucht auf die Erfolge anderer, Eitelkeit, Parteirücksichten usw. eine Rolle.

Diese wenig schmeichelhafte Charakteristik der liberalen Stadtparlamente durch ihren obersten Herrn und Meister wird von den liberalen Stadtvätern sehr übel empfunden. Nachdem man sich vom ersten Schreden erholt hatte, entschloß man sich entrüstet zur Abwehr. Am Dienstag nahmen Magistrat und Gemeindevollversammlung einstimmig eine Erklärung an, in der es heißt, daß bei allen Beschlässen nicht Eitelkeit, Eifersucht, persönliche Reigungen usw. den Ausschlag gegeben hätten, sondern man habe sich stets nach bestem Wissen und Können von den Rücksichten auf das Allgemeinwohl und das Gedeihen der Stadt leiten lassen. Was die Sozialdemokraten anbelange, so habe der Bürgermeister nie Anträge gestellt, die, sei es durch Ermäßigung der Bürgerrechtsgebühr oder durch Einführung von Bezirkswahlen die Zahl von Sozialdemokraten hätten ermöglichen können, vielmehr habe er sich wiederholt gegen die von anderer Seite gestellten Anträge dieser Art ablehnend verhalten.

Die Erklärung ist ein Mißtrauensvotum in aller Form gegen den bisher allgewaltigen Bürgermeister, der fern von Nürnberg weilt. Zwar wird er sich sicher wehren, aber mit seiner Bürgermeisterei ist es vorbei. Er hat es nicht mehr nötig. Der Katholikliberalismus hat ihn, indem er ihn aus einer kleinen Provinzstadt holte und an die Spitze der Stadt Nürnberg berief, zum großen Manne gemacht. Er hat das Ziel seines ehrgeizigen Strebens erreicht, ist zu Zielen und Ehren aller Art gelangt, der Freund „allerhöchster“ Herrschaften geworden, nun braucht er den Nürnberger Katholikliberalismus nicht mehr und appliziert ihm einen kräftigen, wohlverdienten Fußtritt. —

Die Religion für das Volk. Ein auffallender Unterschied besteht im Großherzogtum Hessen bei der Vereidigung von Lehrern. Die provisorisch angestellten Volksschullehrer haben bei ihrem Diensttritt eidlich zu geloben, stets „einen gottesfürchtigen, christlichen Sinn und Wandel zu betätigen“, während die provisorisch angestellten akademisch gebildeten Lehranten-Alteisten und Assessoren nur eidlich zu versprechen brauchen, die ihnen obliegenden Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen. Also die Lehrer für die höheren Lehranstalten werden nicht aus Christentum verpflichtet, nur die Volksschullehrer. Den Minderbemittelten muß die Religion erhalten bleiben, für die oberen Zehntausend ist das nicht mehr so notwendig. Der „höhere“ Lehrer kann, ohne seinen Dienst zu verlassen, Freidenker oder Dissident sein, der Volksschullehrer ist eidlich verpflichtet, „gottesfürchtig“ zu sein und zu bleiben.

Ausland.

Schweiz.

Das Verbot der Demonstrationen vor dem Züricher Großen Stadtrat.

Zürich, 2. September. (Eig. Ber.)

Das Verbot der Demonstrationen vor dem Züricher Großen Stadtrat. Die sozialdemokratische Fraktion hatte folgende Interpellation an den Kleinen Stadtrat gerichtet: „Welche Ursachen haben den Polizeivorstand, Stellvertreter und den Stadtrat veranlaßt, das Abhalten von Demonstrationen zu verbieten, und auf Grund welcher Bestimmungen haben sie diese Verfügungen erlassen?“ Die Interpellation begründete unser Genosse Pfister, indem er erst die bekannten Vorgänge in Zürich schilderte und sodann konstatierte, daß bisher noch alle von der Arbeiterunion veranstalteten Demonstrationen ungehindert abgehalten wurden und ordnungsgemäß verlaufen seien. Schon deshalb lag kein Grund zu dem Verbot vor, das das Klassenregiment in aufreizender und verblüffender Form zum Bewußtsein brachte.

Der Stadtpresident Bessalozzi beantwortete die Interpellation nach der bekannten Schablone. Die Demonstrationen müßten verboten werden, weil die vorgeschriebene polizeiliche Bewilligung dafür nicht eingeholt worden, sodann, weil sie „gefährlich“ waren. Der Massenparadezug in der Pöhlhofstraße müßte im Hinblick auf die Fremdenwelt, d. h. auf die Welt der reichen Fremden, verboten werden; denn es hätte daraus ein unberechenbar großer moralischer Schaden für die Stadt Zürich entstehen können. Trotzdem protestierte er gegen das Wort „Klassenhass“. Die weiteren Ausführungen bildeten eine wirklich nur vom besten Klaffenhass erfüllte Anklage gegen die organisierte Arbeiterkraft, insbesondere gegen die Arbeiterunion, die allein an allem schuld sei, was in Zürich vorgekommen ist. Kein Wort des Tadels gegen das fanatische Unternehmertum, das in seiner gewalttätigen Herrschaft und unerlässlichen Habsucht die wirkliche und alleinige Schuld an der Verschärfung der Klassengegensätze trägt und ja sogar das städtische Einigungsamt moralisch mißhandelt und mit Füßen getreten hat.

Die kompakte bürgerliche Majorität des Großen Stadtrats stellte sich auf denselben benutzten kapitalistischen Klassenkampfstandpunkt, sie lehnte mit 55 gegen 42 Stimmen die Diskussion

ab und verhinderte also die Arbeitervertreter, auf die unbegründeten haderfüllen Anklagen des Stadterbauptes zu antworten. Die Verschärfung der Klassengegensätze geht also weiter.

England.

Der 30. Kongreß der englischen Gewerkschaften.

Nachdem am Sonntag verschiedene große Meetings stattgefunden hatten, in denen u. a. über die Wohnungsfrage verhandelt wurde, ist der Kongreß am Montag in der St. George's-Hall eröffnet worden. Wie üblich, war der Lordmayor erschienen und begrüßte im Namen der Stadt die Delegierten. Er antwortete im Namen des Empfangsausschusses. Er bemerkte u. a., daß es viele gäbe, die nach dem die Arbeiterpartei gegründet sei, die Gewerkschaftskongresse für überflüssig hielten; er sei nicht dieser Ansicht, sondern die Gewerkschaftskongresse seien notwendig als eine „Anregung“ für die ganze Bewegung im Lande.

Der Kongreß ist die diesmahlige starke Beteiligung der Arbeiterinnen. So haben die Teleykommunikanten, Teleyoperativen, Nachspinnereien Delegierte entsandt und auch für einige andere Gewerkschaften, wo Männer und Frauen zusammen organisiert sind, sind Frauen delegiert. — Auf der Tagesordnung des Kongresses steht eine ganze Reihe sozialpolitische Entwürfe und Resolutionen, so zu den Fragen: Scheidungsrecht, Achtungstag, Arbeiterlohn, Alterspensionen, Arbeitslosigkeit, Minimallohn usw. Die eigentlichen Verhandlungen begannen erst am Dienstag. —

Die „Woff. Ztg.“ erhält folgenden Eig. Drahtber.: London, 5. September. Der Kongreß der Gewerkschaften nahm den von sozialistischer Seite vorgelegten Antrag mit 756 gegen 543 Stimmen an, daß der parlamentarische Ausschuss eine Besprechung zwischen den beiden Fraktionen der Arbeiterpartei veranstalte, um deren Versämelung anzustreben.

Gewerkschaftliches.

Der Klassenhaß.

Im Laufe der letzten Monate sind von den Magdeburger Gerichten eine Anzahl Streikprozesse verhandelt worden, bei denen insgesamt 34 Monate Gefängnis und 85 M. Geldstrafe über die Angeklagten verhängt worden sind. Unter Anklage gestellt waren 38 Knicker, 2 Knickerfrauen und 2 Kinder. Freigesprochen wurden 7 Angeklagte.

Verurteilt wegen Mißhandlung und Sachbeschädigung wurden 6 Personen, wegen Verleumdung 29 Personen, darunter 2 Frauen und 2 Kinder.

Bei all diesen Prozessen ist nichts von den Schauer- geschichten über Rohheitsakte und Gewalttaten der Streikenden, von denen die bürgerliche Presse während des Knickerstreiks voll war, erwiesen worden. Die einzige Gewalttat bei diesem Streit ist von einem Arbeitswilligen verübt worden, der einen an dem Streik gar nicht beteiligten Hofenarbeiter ohne irgend einen Anlaß niederschoss. Dieser mordende Streikbrecher wurde aber vom Gericht wegen vermeintlicher Notwehr freigesprochen. Dagegen dienten bei den Streikenden die geringsten Entlassungen, Worte wie „Streikbrecher“, „Schämt Euch, Arbeitswilligendienste zu tun“, dazu, um sie an Monate ins Gefängnis zu bringen.

Eine Knickerin, deren Mann mit streikte, erhielt 14 Tage Gefängnis, und zwar, weil sie einem Streikbrecher aus dem Fenster ihrer Wohnung zurief: „Für Streikbrecher solltet Euch schämen“. 2 Kinder im Alter von 12 und 13 Jahren erhielten je 10 M. Geldstrafe, weil sie auch den Arbeitswilligen das Wort „Streikbrecher“ zugerufen haben sollen!

4 Jahre und 6 Monate werden aus dem Leben der 30 zu Gefängnisstrafen verurteilten Streikfänger ausgelöscht, deshalb ausgelöscht, weil Richter über sie zu Gericht saßen, die eine ganze Welt von ihnen trennt. Sich in den Seelenzustand eines Arbeiters hineinzuversetzen, den der Hunger, brutale Behandlung und wahnsinnig lange Arbeitszeit in den Streik getrieben hat, ist den heutigen Richtern unmöglich. Fremd, ablehnend und verständnislos stehen sie dem Ringen der Arbeiterklasse nach einer höheren Lebenshaltung gegenüber. Sie urteilen nur nach dem Buchstaben der Gesetze, die die Reichen zum Schutze ihres Eigentums und zur Anbelagerung der Arbeiterklasse erlassen haben. In dem Streikenden erblicken die Richter nicht den Menschen, der um sein Recht kämpft, sondern den Empörer, der sich gegen die Ordnung der Dinge im Gegenwartsstaate aufgelehnt hat, und deshalb empfindlich bestraft werden muß.

Zur Vereidigung der heutigen Ordnung der Dinge dienen solche Urteile nicht, das mögen sich die Herren gesagt sein lassen, sondern sie verkünden weit eindringlicher als es Worte vermögen, daß der heutige angebliche Rechtsstaat ein Klassenstaat ist, eine Institution zum Schutze der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Kohlenarbeiter.

Für den starken Besuch der Versammlungen der Streikenden haben diese jetzt ein amtliches Zeugnis. In der Versammlung am Mittwochmorgen im großen Saale des Gewerkschaftshauses erklärte der überwachende Beamte, daß der Saal überfüllt sei und weiterer Zutritt nicht gestattet werden könne. Es sollte Mühe, die Gänge freizubehalten und viele wuzten mit Stuhlplätzen zufrieden sein. Es sind jetzt 1290 Streikende beisammen! —

Bei solcher Zahl will es gar nicht bedenten, wenn einzelne abtrünnig werden; es wurde konstatiert, daß in den letzten Tagen einige Knicker, adı Mann, die Arbeit wieder aufgenommen haben. Die Behauptung der Großhändler, daß der Streik „erlebigt“ sei, wie es im „Berliner Tageblatt“ hieß, wirkt dagegen lächerlich. In ihren Bemühungen, Streikbrecher zu gewinnen, nehmen die Unternehmer zu allerlei Mitteln ihre Zuflucht. Polen und Galizier werden herbeigeholt. Aber diese Leute können die Arbeit selten zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber ausführen. Da kamen in diesen Tagen 25 bis 40 Galizier an, blausjunge Leute, die unter großen Versprechungen für Bauerngüter in Thüringen engagiert waren. Dort aber wurden die Versprechungen nicht gehalten; sie erhielten schlechtes Essen und wurden wie die Hunde behandelt, sogar die Weische spielte eine Rolle dabei. Sie liefen davon, nach Berlin, wo sie auf Kohlenplätzen Stellung fanden. Als ein Trupp von fünf Mann nahe Schöneberg einen Schupmann nach dem österreichischen Konsul fragte, gab er den Leuten den Rat, sich nach einem nahegelegenen Kohlenplatz zu begeben. Die Galizier, die auf Kohlenplätzen Stellung fanden, werden dort vertrieben und erhalten auch Schläppchen, z. B. in Waggon; sie haben keine Papiere, bleiben aber von der Polizei unbehelligt. Etwa zehn Mann wurden nach dem Warten des Zentralverbandes gebracht. Sie machten einen jämmerlichen Eindruck. Einige hatten schlammige Augen; alle sind niedergedrückt, mittellos, zerlummt, der deutschen Sprache nicht mächtig und froh, daß der Verband sich ihrer annimmt und sie mit dem Konful ihres Landes in Verbindung bringen will. Das sind „lästige Ausländer“, um welche sich die Polizei aber nicht kümmert. Sie wurden in die Versammlung der Streikenden geführt, wo man sie mit Mitleid betrachtete.

Die wenig Glück die Unternehmer mit ihren herbeigeholten Streikbrechern haben, zeigen noch manche andere Vorfälle. Es war bekannt geworden, daß von Hamburg 800 Arbeitswillige kommen sollten, und zwar nach den Plänen am Götlicher Bahnhof. Sofort war die Streikleitung tätig, und am Götlicher Bahnhof wurden verfürzte Posten aufgestellt, aber die Erwarteten kamen nicht; die Anwerbung in Hamburg muß wohl auf Widerstand gestoßen sein.

Am Hafen vor dem Potsdamer Tor wollte die Firma Rosenhals eine Kohlenladung von Leuten, die aus Herbergen geholt waren, löschen lassen; die Leute plagten sich furchterlich, kamen aber mit der Arbeit nicht zustande. Unter dem zusehenden Publikum befanden sich auch Streikende, die von einem Schutzmännchen ganz freundlichst gefragt wurden, ob sie nicht helfen wollten, — um sich einige Groschen Geld zu verdienen. Die Gefragten erkundigten sich ebenso freundlich nach den näheren Umständen und „ob man sich auch schwarz mache“ bei der Arbeit, worauf der Schutzmännchen wütend abging.

Auf einer Wache in Moabit wollte man einen Streikposten festhalten und der Wachtmeister räsonnierte gar schneidig über die streikenden Arbeiter; er weigerte sich, den Verhafteten nach Feststellung seiner Personalien ziehen zu lassen. Dieser protestierte energisch und setzte es auch durch, daß er entlassen wurde.

Ein Arbeitswilliger der Firma Schiebel erzählte in der Versammlung der Streikenden, daß er mit der Drostei nach dem Kohlenplatz fahren konnte, wo man ihm 4 M. pro Tag und freies Essen gab; er hielt es aber nicht lange aus und schloß sich den Streikenden an.

Die folgende Resolution gelangte in der Versammlung der Streikenden einstimmig zur Annahme:

„Die zahlreich versammelten Kohlenarbeiter und Aufseher sehen in dem Vorgehen der Unternehmer, die Einstellung von Polen und Galiziern auf den Kohlenplätzen betreffend, nur ein Scheinmanöver, darauf berechnet, die Arbeiter zu lächeln und zu schrecken. Sie erklären, unbestimmt darum solange am Streik festzuhalten, bis seitens der Leitung des Verbandes andere Maßnahmen in Vorschlag gebracht werden.“

Die Forderung des Achtstundentages
Stand auf der Tagesordnung einer am Montag abgehaltenen Versammlung der Holzbildhauer. Diese Angelegenheit hatte schon eine frühere Versammlung beschäftigt und sollte nunmehr endgültig entschieden werden. Die Agitationskommission hielt die Forderung, den Achtstundentag für die Holzbildhauer einzuführen, besonders deshalb für zeitgemäß, weil unter den Holzbildhauern eine verhältnismäßig große Arbeitslosigkeit herrscht und die Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde. Diese Ansicht wurde lebhaft diskutiert. Wegen die Forderung an sich hatte niemand etwas einzuwenden, jedoch wurde geltend gemacht, daß die herrschende Arbeitslosigkeit sowie andere Umstände ein ungünstiges Moment in dem Kampfe seien, der wegen der Forderung des Achtstundentages zweifellos ausbrechen werde. Andere Redner hielten dagegen die Situation für günstig genug, um einen Kampf zu wagen, umso mehr, da die Erlangung des Achtstundentages wohl des Kampfes wert sei. — Die Agitationskommission hatte beschloffen, daß die Forderung des Achtstundentages nur dann erhoben werden solle, wenn sich $\frac{2}{3}$ der Abstimmenden, mindestens aber 700 dafür erklären. Hiernach wäre die Stellung der Forderung schon von vornherein abgelehnt gewesen, denn es waren nicht ganz 700 Personen anwesend. Die Versammlung beschloß deshalb, daß eine Vierfünftelmehrheit der Anwesenden ausreichend sein solle. Die hierauf vorgenommene geheime Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Abgegeben wurden 500 gültige Stimmen, davon 437 für, 163 gegen Einreichung der Forderung. An der Vierfünftelmehrheit fehlen also 33 Stimmen, damit ist der Eintritt in den Kampf für den Achtstundentag abgelehnt. Hierauf wurde eine Resolution angenommen, welche besagt:

Die Versammlung erblickt darin, daß die Aufstellung der Forderung: Sofortige Einführung des Achtstundentages gefallen ist, kein Falllassen der Forderung überhaupt. Die Versammlung hält lediglich den jetzigen Zeitpunkt für nicht geeignet, um einen Kampf aufzunehmen, der eventuell von großer Dauer sein kann. Sie steht in den letzten Versammlungen den Ausgangspunkt für eine kräftige Propaganda des Achtstundentages. Die Agitationskommission wird verpflichtet, unter den noch indifferenten Kollegen für die Bewegung zu wirken und dafür zu sorgen, daß dieselben dauernd für die Organisation gewonnen werden. Die Versammlung ist der Meinung, daß der großen Arbeitslosigkeit unter den Holzbildhauern nur durch eine Verkürzung der Arbeitszeit abgeholfen werden kann und wird die Frage bei günstiger Gelegenheit wieder aufrollen.

Deutsches Reich.

Die Einigungsverhandlungen im Steintiner Hafnarbeiterstreik
finden vor dem Gewerbegericht in nicht öffentlicher Sitzung statt. Sie verlaufen doch nicht so glatt als es anfänglich schien. Ihr völliges Scheitern ist sogar nicht ausgeschlossen. In der gestrigen Streikversammlung wurde Bericht erstattet über den Verlauf der gestrigen Sitzung vor dem Einigungsamt. Der Vorsitzende der Lohnkommission Marx teilte mit, daß die Verhandlungen jedenfalls an folgenden von den Unternehmern gestellten Bedingungen scheitern würden: 1. Die Hafnarbeiter haben mit den sonstigen Arbeitern friedlich zusammen zu schaffen und sich den Anordnungen ihrer Vorgesetzten (Kapitäne, Konsuln usw.) zu fügen. Leute, die zuwiderhandeln, werden sofort entlassen. Glaubt dann ein solcher Arbeiter, er sei zu unrecht entlassen worden, so steht ihm der Klageweg beim Gewerbegericht offen. 2. Die Hafnarbeiter müssen sich damit einverstanden erklären, daß die Arbeitswilligen nicht entlassen werden. Diese sollen vielmehr im festen Arbeitsverhältnis bleiben und zuerst zur Arbeit zugelassen werden. 3. Eine Verpflichtung, die Ausständigen sämtlich wieder auf ihre alten Plätze zu übernehmen, kann nicht eingegangen werden. — Die Redner wollen sich also, fährt Redner fort, einen Stamm Leute ausbilden, und die heutigen Arbeitswilligen gewissermaßen nur als Hilfskräfte benutzen. Die Lohnkommission legte den Vertretern der Reeder die Frage vor, ob die kurz vor Ausbruch des Ausstandes gemachten Zugeständnisse bestehen bleiben, worauf die Antwort erfolgte, daß diese wieder zurückgezogen werden würden. (Große Unruhe.) Nun sei aber die Lohnkommission der Ansicht, daß mit allen Mitteln die Wiedereinstellung aller Streikenden in ihre alten Stellen betrieben werden müsse. (Beifall.)

In der ziemlich erregten Debatte führte Janson aus: Wir haben unsere heutige Tagesordnung mit Vorsicht zu erledigen. Scheitern die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, so haben wir vielleicht den Streik noch längere Zeit fortzuführen. Unter der Bedingung aber, daß die Arbeitswilligen bleiben, können wir den Kampf nicht einstellen. Diese Bestimmung läuft in erster Linie darauf hinaus, einen Keil in unsere Organisation zu treiben. (Sehr richtig!) Streblow und Arndt beantragten, den Streik fortzuführen. (Beifall.)

Stadtverordneter Herbert: Ich bin der Meinung, daß man vielleicht den Streik abschließen könnte, auch wenn die Arbeitswilligen einstweilen auf ihren Plätzen verbleiben. Diese werden gar bald freiwillig gehen, weil sie den an sie gestellten Anforderungen auf die Dauer nicht entsprechen können. Zudem sind zwei Drittel von ihnen Auswärtige, die schon deshalb weichen werden, weil sie unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Steintin gelockt sind. Jetzt heißt es für uns, klug handeln, damit der Vorfall der Gegner, unsere Organisation zu sprengen, durchkreuzt wird. Zugeständnisse werden und vielleicht noch gemacht, weshalb ein Grund zum Verzweifeln nicht vorliegt. — Janson trat diesen Ausführungen entgegen und befürwortete Fortsetzung des Ausstandes. In diesem Sinne wurde denn auch beschloffen. —

Gestern kam ein kleiner Trupp Arbeitswilliger von Berlin hier an. Man hatte den Leuten vorgeschwindelt, daß sie zu Waggerarbeiten verwendet werden sollten. Als sie hier von der Sachlage

Kenntnis erhielten, lehrte der größte Teil von ihnen wieder um. Nur ein Mann blieb und wurde von vierzehn Schulreuten vom Bahnhof nach dem Freihafen gebracht. — Die Lagerer-Verunglückten, Sektion III, zu der die Hafnarbeiter gehören, hat eine Lohnstatistik ausgearbeitet. Nach den vorgelegten Bescheinigungen haben die Hafnarbeiter im Jahre 1905, höchstens 180 Arbeitstage, wobei sich ihr Verdienst auf etwa 1025 M. beläuft. Vorarbeiter verdienen 1250 bis 1350 M. Nach diesem Jahresverdienst wird auch die Unfallrente bemessen.

Der Streik der Tabakpinner und Vorlegerinnen bei der Firma Sagenbruch u. Co. in Röhlshausen i. Th. ist beigelegt worden. Die Streikenden erhielten ihre hauptsächlichsten Forderungen bewilligt und nahmen am Mittwoch die Arbeit wieder auf.

Bäckerstreik. Das gesamte Arbeitspersonal der Marburger Brauerei (Inhaber Johann Graute) in Essen-West ist am Dienstag in den Ausstand getreten, weil Lohnkürzungen vorgenommen und der vereinbarte Tarif auch sonst nicht eingehalten wurde.

Ausland.

Der Kohlenarbeiterstreik in Nordwestböhmen, über welchen die widersprüchlichsten Nachrichten zirkulieren, entrollt ein trübes Bild der Organisationsverhältnisse in dem genannten Gebiete. Von der sozialistischen „Union“ war der Streik vorbereitet worden. Es sollten am 9. September Massenversammlungen stattfinden, die Forderungen am 10. den Unternehmern eingereicht werden und den 20. September hatte man als Termin für die Antwort festgesetzt. Im Falle die Werkbestyr die Forderungen ablehnten, sollte dann der Streik zum Ausbruch kommen. Die Gruppe der anarchistisch-sozialistischen Omladina-Partei scharte daraufhin unter den Bergarbeitern und legte diese in den Streik, lediglich um die gewerkschaftliche Organisation zu schädigen. Der Streik flammte bald hier, bald dort auf, ohne jedweden Plan und ohne allgemeine Direktion; die Führer, unter denen der Redakteur des Organs der „Unabhängigen“ (der Zeitung „Omladina“) Herr Bohrtzel, hatten nichts vorbereitet, konnten selbst nichts über den Stand der Bewegung sagen und so wurden die Kräfte ganz nutzlos vergeudet. Am vergangenen Sonntag tagte in Dug eine Konferenz der Bergleute; vertreten waren 103 Schächte, nur 20 kleineren fehlten. Vier gingen die Ansichten der Gewerkschaft durch. Es wurde nun beschloffen, die Forderungen sofort an die Werkbestyr einzureichen, bis nächsten Sonnabend die Antwort zu verlangen und am Sonntag eine neue Konferenz einzuberufen. Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, ereignete sich das denkbar widerlichste Schauspiel. Die von der Omladina-Gruppe aufgelegte Menge (Streikende) stürzte sich auf die Führer der Gewerkschaft, einzelne machten sogar von ihren Messern Gebrauch, bis endlich die Gendarmerie eingriff. Bohrtzel ist verhaftet. Hoffentlich haben die Arbeiter nun erkannt, wo ihre wahren Freunde stehen, und werden diesen in einen wohl vorbereiteten Kampf folgen.

Gerichts-Zeitung.

Nabelstichpolitik gegen den Kirchenaustritt.
Bekanntlich sucht die Polizei seit einiger Zeit die Bewegung für den Austritt aus der Landeskirche indirekt zu hindern, indem sie gegen diejenigen Geschäftsleute mit Strafmandaten vorgeht, welche in ihren Geschäftslokalen Plakate aushängen, wodurch mitgeteilt wird, daß Formulare für die Anmeldung des Austritts aus der Landeskirche unentgeltlich zu haben sind und auf Wunsch auch ausgefüllt werden. — Unser Parteigenosse Böhm hatte im Schaufenster seines Geschäftslokals („Vorwärts“-Spekulation und Buchhandlung) seit vier Jahren ein solches Plakat hängen, doch erst am 30. Mai dieses Jahres entdeckte das „Auge des Gesetzes“, daß der Inhalt des Plakates gegen den noch in Kraft befindlichen § 9 des preussischen Preßgesetzes vom 12. Mai 1851 verstößt, welcher besagt:

„Anschlagzettel und Plakate, welche einen anderen Inhalt haben, als Ankündigungen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen, über öffentliche Vergünstigungen, über gestohlene und verlorene Sachen, über Verkäufe oder andere Nachrichten für den gewerblichen Verkehr dürfen nicht angeschlagen oder in sonstiger Weise öffentlich ausgestellt werden.“

Am Montag hatte sich das Schöffengericht mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Böhm berief sich darauf, daß das fragliche Plakat eine in seinen buchhändlerischen Betrieb fallende gewerbliche Ankündigung enthalte und deshalb straflos ausgestellt werden dürfe. — Amtsanwalt und Richter bemerkten dagegen, daß die Formulare unentgeltlich abgegeben werden, handele es sich doch nicht um eine gewerbliche Ankündigung, denn im gewerblichen Betriebe wolle man doch einen Gewinn erzielen. — Böhm machte hierauf geltend, nicht jede gewerbliche Ankündigung müsse notwendig auf die unmittelbare Erzielung von Gewinn gerichtet sein. Viele Geschäftsleute geben auch die polizeilichen Meldeformulare unentgeltlich ab und kündigen solches auch an, ebenso mache die Geschäftsstelle der „Wohnungszeitung“ regelmäßig an den Anschlagtafeln bekannt, daß die „Wohnungszeitung“ an jedermann unentgeltlich abgegeben wird. Derartige Bekanntmachungen seien noch nie unter Strafe gestellt worden, andererseits zeigen solche Ankündigungen aber auch, daß ein Geschäftsmann sehr wohl ein gewerbliches Interesse an der unentgeltlichen Abgabe gewisser Artikel haben könne. — Einen Augenblick stutzten Richter und Amtsanwalt ob dieses durchaus logischen Einwandes. Dann blätterte der Amtsanwalt im Preßgesetz und bald hatte er auch in dem § 9 des preussischen Preßgesetzes die Handhabe gefunden, die seiner Meinung nach zur Verurteilung führen mußte. Mit Nachdruck verlas der Vertreter der Anklage die Stelle vor: „über Verkäufe und andere Nachrichten des gewerblichen Verkehrs.“ In dem fraglichen Plakat sei doch kein Verkauf angegeben. — Das Gericht erkannte dem Antrage des Amtsanwalts gemäß auf eine Geldstrafe von 10 M. In der Begründung sagte der Richter, das Plakat enthalte nicht eine Ankündigung über Verkäufe und andere Nachrichten des gewerblichen Verkehrs, sondern eine Anzeige, welche der politischen Agitation diene, es gehöre also nicht zu denjenigen Plakaten, deren Auslagung durch das preussische Preßgesetz gestattet sei.

Versammlungen.

Nach einmal die Kaiserfeier in der K. C. O.
Mit dieser Frage haben sich nachträglich noch einmal zwei Versammlungen von Arbeitern des Werkes befaßt. Wir haben gegögert, der leidigen Angelegenheit noch einmal unsere Spalten zu öffnen und tun dies nun auf bringenden Wunsch der Beteiligten. Die Arbeiter, die am 1. Mai gearbeitet haben, waren vom Metallarbeiterverband nach Volkshändlers Lokal in der Badstraße berufen worden. Der Besuch der Versammlung war verhältnismäßig schwach. Vom Verbandsbevollmächtigten Handlke wurde das im „Vorwärts“ bereits veröffentlichte Erkenntnis über in der Maiangelegenheit eingesehten Untersuchungskommission besprochen und darauf verwiesen, daß, wenn auf beiden Seiten Fehler gemacht worden seien, diese jetzt wieder gut gemacht werden müßten. Es sei jetzt darauf hinzuwirken, daß diejenigen Arbeitskollegen, die wegen des Railtonstifts aus der Organisation ausgeschlossen sind, wieder in den Verband zurückgeführt würden, damit die alte Position im Werk wieder erobert werden könne. — In der lebhaften Diskussion bedauerten die verschiedenen Redner die damaligen Mißgriffe der Ortsverwaltung, die den Obleuten des Betriebes zum 1. Mai so auffallend feine Hand ließ und dann, nachdem die Feier mißlungen war, volle vier Monate brauchte, um einzusehen, daß auch sie ihr gerüttelt Maß von Schuld an dem Misserfolg trägt. In dieser langen Zeit habe nun leider die

Mehrzahl der Kollegen des Werks der Organisation den Rücken gelehrt, so daß mit der Agitation fast von vorne wieder angefangen werden müsse. Trotzdem denke man nun auch diesen Vorfall nicht mehr zu vergessen und erneut am Ausbau der Organisation wieder mitzuhelfen. Ein Angehöriger der Ditsch-Dundersehen suchte für die Gewerkschaften im Trüben zu fischen, indem er weidlich auf die Kaiserfeier und auf die freien Gewerkschaften schimpfte. Die Versammlung gab ihm jedoch bald recht deutlich zu verstehen, daß er sich seine Ausführungen ersparen könne, denn bei den Erschienenen sei für die Kaiserfeier nichts zu erben. —

Für diejenigen Arbeiter, welche in dem Werk Brunnenstraße der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft vor dem 1. Mai beschäftigt waren und den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert haben, hatten ihre ehemaligen Funktionäre Reich S. Silper und E. D. Meyer eine Versammlung einberufen, die von etwa 500 Personen besucht war. Gleich einleitend wurde zur Geschäftsordnung von Wegner betont (nachher auch noch von anderen), daß man absolut nicht daran denke, etwa einen Skandal a la Robbeger-Biesenthal heraufzubeschwören. Man wolle lediglich zu der im „Vorwärts“ veröffentlichten Resolution der Ortsverwaltung beziehungsweise dem darin enthaltenen Urteil der von der Ortsverwaltung eingesehten Untersuchungskommission Stellung nehmen und einen Protest beim Hauptvorstand in Stuttgart einreichen.

Zur Sache selbst nahmen vorher einigen anderen Rednern eine Anzahl ehemaliger Funktionäre (Obleute, Vertrauensleute usw.) vom Werk Brunnenstraße das Wort. Diese schützten sich namentlich beschwert, daß die Ortsverwaltung beziehungsweise die Untersuchungskommission ihnen im zweiten Teil der Resolution verschiedene Mißgriffe bei der Vorbereitung der Kaiserfeier vorwirft und daraus mildernde Umstände für die „Railbrecher“, deren Ausschluß verlangt worden war, die aber nur eine öffentliche Rüge erhielten, herleitet. Es wurde entschieden bestritten, daß solche Mißgriffe, wie sie die Untersuchungskommission aufführt, vorgekommen seien.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die versammelten, den 1. Mai feiernden Arbeiter der K. C. O. Brunnenstraße nehmen Kenntnis von der Resolution der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die am 22. August im „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, und erklären: Wir haben den 1. Mai dieses Jahres gefeiert, weil wir erkannt haben, daß es Pflicht eines modernen Arbeiters ist, den Beschlüssen des Amsterdamer internationalen Kongresses nachzukommen, und außerdem das Abstimmungsresultat innerhalb des Werkes uns dazu verpflichtete. Wir bekräftigen, daß die Verbandsfunktionäre innerhalb des Werkes nichts unterlassen haben, die Mitglieder über ihre Pflichten aufzuklären, und in folgedessen die Resolution der Ortsverwaltung in allen ihren Punkten hinfällig ist. Im Interesse des guten Rufes und der Fortentwicklung unserer Organisation verlangen und beantragen wir nach wie vor, daß die Vertreter aus unseren Reihen entfernt werden. Ferner protestieren die Versammelten auf das entschiedenste gegen das durchaus einseitige Verfahren der Untersuchungskommission, indem man die Funktionäre der K. C. O. Brunnenstraße nicht genügend vernommen hat und ihnen das Protokoll der betreffenden Sitzung nicht vorgelesen hat, so daß sie nicht in der Lage waren, rechtzeitig Einspruch zu erheben.“ Ferner wurde noch beschloffen:

„Die Versammlung beschwert sich 1. über die Entschuldig der Veröffentlichung und des Beschlusses der Ortsverwaltung bezüglich der Funktionäre der K. C. O. Brunnenstraße; 2. über die Art der Untersuchung und 3. über die Zusammenziehung der Untersuchungskommission. Wir beantragen, daß von Seiten des Verbandsvorstandes eine Kommission unter Vorsitz eines Mitgliedes des Hauptvorstandes oder Verbandsauschusses zur Untersuchung der Maiangelegenheit K. C. O. Brunnenstraße eingesetzt wird.“

Die Versammlung wählte noch eine Kommission mit dem Auftrage, die Beschwerde auszuarbeiten und dem Verbandsvorstand zu unterbreiten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Schiffbräutig.

Remel, 5. September. (W. Z. B.) Die am 27. August mit einer Holzladung von Remel abgegangene Galeote „Anna Nebelka“ aus Breilholz bei Rendsburg ist am 23. August im Nordweststurm etwa 40 Seemeilen von Remel gekentert. Die aus dem Kapitän, einem Ratrofen und einem Schiffsjungen bestehende Besatzung rettete sich auf dem Kiel der Galeote, wo sie acht Tage lang ohne Essen und Trinken umhertrieb. Eine See spülte einen Mann über Bord, doch gelang es dem Kapitän, ihn zu retten. Am Sonntag verließ der Schiffjunge in Koferei und Harz am anderen Morgen. Inzwischen war das Boot in der Gegend von Schwarzort getrieben, wo ein Rettungsboot die Ueberlebenden und die Leiche an Bord nahm.

Fabrik-Einsturz.

Kiel, 5. September. (W. Z. B.) Heute nachmittag stürzte in der Kaiserstraße ein im Bau befindliches zweistöckiges Fabrikgebäude in sich zusammen. Sechszehn Arbeiter wurden verschüttet, von denen einer um 7 Uhr in schwerverletztem, hoffnungslosem Zustande geborgen wurde. Die Feuerwehre ist eifrig an den Rettungsarbeiten beschäftigt.

Kiel, 5. September. (W. Z. B.) In dem Einsturz des Fabrikgebäudes in der Kaiserstraße wird noch gemeldet, daß nach dreistündigen unangesehten Rettungsarbeiten zwei Tote und ein Schwerverletzter aus den Trümmern geborgen worden sind. Außerdem ist ein Mann leichter verletzt. Vermißt wird noch ein Maurerpolier.

Bauarbeiterstreik beendet.

Zittau, 5. September. (W. Z. B.) Der hier und in der Umgebung seit 16 Wochen andauernde Streik der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ist heute beendet worden. Am Montag wird die Arbeit wieder aufgenommen. Die beiderseitigen Bedingungen sind auf $\frac{2}{3}$ Jahre genau festgelegt worden.

Jeder Russe ist verdächtig!

Leipzig, 5. September. (W. Z.) Aus Warschau wird gemeldet, daß dort die Hausdurchsuchungen eine ungläubliche Ausdehnung angenommen haben. In den Straßen wird am Tage und des abends eine förmliche Razzia veranstaltet. Ganze Stadtteile werden von Militär besetzt, worauf Massenverhaftungen vorgenommen werden. Selbst Kinder werden nicht verschont.

Ein Riesenbrand.

Moskau, 5. September. (W. Z. B.) Eine heftige Feuersbrunst ist im Gebiet der Stadt Soko. Departement Konstantine ausgebrochen; 40000 Hektar forstlichen Waldungen stehen in Flammen, mehrere Dörfer sind bedroht, da der Brand schnell um sich greift.

Korruption.

Philadelphia, 5. September. (W. Z. B.) Auf den Antrag des Bezirksstaatsanwalts wurde der Kassierer der Real Estate Trust Company North, sein Gehülfe Collingswood, sowie Segal, der Gründer vieler Unternehmungen, verhaftet; sie sind beschuldigt, in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Präsidenten Dwyer die Depostensammlungen um mehrere Millionen Dollar geschädigt zu haben. Man schätzt den Hehlbetrag bei der Real Estate Trust Company auf mehr als 10 Millionen Dollar.

Partei und Gewerkschaft.

(Schluß.)

So besteht die Versuche auf der Konferenz waren, einen Gegensatz zwischen der Theorie der Partei und einer angeblichen gewerkschaftlichen Theorie zu konstruieren...

Am wenigsten leicht werden Differenzen zwischen den beiden Organisationen dort vorkommen, wo sie in einem Körper vereint sind, unter einer Leitung stehen...

Wir haben gesehen, wie die Gewerkschaft zunächst nur die Interessen ihrer Mitglieder vertritt, die Partei die des gesamten Proletariats...

Die Partei strebt dagegen auf ein Endziel los, das der kapitalistischen Ausbeutung ein für allemal ein Ende macht. Diesem Endziel gegenüber darf man die gewerkschaftliche Arbeit...

Die Mitglieder der Gewerkschaften brauchen sich dadurch, wenn sie gleichzeitig Parteigenossen sind, in ihrer Selbstständigkeit nicht bedroht zu fühlen...

Indessen auch dort, wo die Gewerkschaftsbeamten in der Mehrheit gute und überlegene Parteigenossen sind, wie in Deutschland, kann es dahin kommen...

Die Gewerkschaften sind zu starken und großen Organisationen angewachsen, die instand sind, durch ihre reichen Mittel ihren Mitgliedern sehr erhebliche Vorteile zu verschaffen...

So entwickelt sich das vielberufene „Ruhebedürfnis“ der Gewerkschaften, nicht als Raune einiger Gewerkschafter...

Ganz anders aber gestaltet sich die Situation, wenn wir nicht die Entwicklung der Gewerkschaften und ihrer Gegner allein, sondern die des gesamten Klassenkampfes verfolgen...

tratie zu experimentieren, wie ehemals Bismarck mit Lassalle und Schweitzer zu experimentieren suchte; in Deutschland sind wir über dies Stadium längst hinaus...

In den Diskussionen über die Meißner und über den Massenstreik sowie in der Haltung gegenüber der russischen Revolution sind die daraus erwachsenden Differenzen deutlich und mit erschreckender Schärfe zutage getreten...

Auf den ersten Weg wies auch Elm in der Konferenz hin: „Wenn die Gewerkschaften sich nicht mehr um die Partei kümmern würden, dann würde diese Richtung (die radikale) auf einem einzigen Parteitag einfach weggepflegt werden.“

Das erscheint allerdings als ein probates Mittel, die Einheit zwischen Gewerkschaften und Partei herzustellen. Aber ist es auch durchführbar? „Diese Richtung“ ist offenbar nicht die Minderheit in der Partei...

Der Versuch, diese Richtung einfach hinwegzusehen, könnte, wenn er nicht von vornherein elend scheiterte, nur den Erfolg haben, der Partei jede bestimmte Richtung, ja jeden festen Zusammenhang zu nehmen...

Diese Methode, die Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft herzustellen, könnte zu nichts anderem führen als zur Degradierung der Partei wie der Gewerkschaften...

Das Umgekehrte ist in der deutschen proletarischen Bewegung bisher der Fall gewesen, und es war für beide Teile, Partei und Gewerkschaften, von Vorteil...

Bei dieser Beeinflussung der Gewerkschafter durch die Partei haben sich aber jene bisher keineswegs beengt oder gelähmt gefühlt. Die Partei wirkte vielmehr erbebend und kräftigend auf sie...

„Er (Geper) sagte, der Beschluß von Köln sei überholt durch den von Jena, und infolgedessen sei der Jenaer Beschluß maßgebend.“

Andere bestimmen! Also die Partei, das ist für die Gewerkschafter, auch wenn sie Parteigenossen sind, in diesem Zusammenhang etwas Fremdes...

Wir haben das hervor, nicht um und darüber zu entrüsten, sondern weil es kennzeichnend, auf welchem Wege sich manche unserer Gewerkschafter befinden...

Jedoch die Pflichten des Parteigenossen sind innerhalb der Gewerkschaft keine anderen als außerhalb derselben, er hat überall in der gleichen Weise für die Partei und ihre Beschlüsse zu wirken...

Das hat in unserer Partei seit jeher gegolten, und sie kann in ihrem Interesse wie in dem der Gewerkschaften nicht Besseres tun, als bei dieser Auffassung zu beharren...

Nicht Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft! Das wäre politischer Selbstmord. Aber Kampf für die Partei in der Gewerkschaft, das muß die Parole jedes Genossen sein...

Parteitagsbeschlüsse helfen in solchen Dingen nicht viel. Wohl aber dürfen wir erwarten, daß die Verhandlungen des Parteitag das ihre dazu beitragen werden...

Der dreizehnte Jahreskongress der bulgarischen Sozialdemokratie.

Vom 6. bis 12. August tagte in Warna der 13. Kongress der „weitzherzigen“ Sozialisten, der durch 47 Delegierte, die 36 Ortsgruppen vertraten, besucht war...

Zwischen der Arbeiterschaft ist der Einfluß der Partei durch keine bürgerliche Richtung ernstlich bestritten. Der große eintägige Demonstrationstreik der Arbeiter der Hauptstadt Sofia gegen die reaktionären Verordnungen des Handwerkergesetzes...

Die Organisation dieser Massen ist im ununterbrochenen Aufstiege begriffen. Das hat seinen Widerhall in einem zwar an sich unbeträchtlichen, aber immerhin erfreulichen Zuwachs an Mitgliedern der Partei gefunden...

Warna, der Ort des Parteitag, ist der Haupthafen und eine der größeren Städte Bulgariens. Unter dem Einfluß der „weitzherzigen“ stehen dort sieben Gewerkschaftsgruppen...

Das Parteiorgan mit 2048 Abonnenten hat ein Defizit von 2079 Fr. Den Einnahmen der Partei im Betrage von 17 849,53 Fr. stehen Ausgaben von 20 008,20 Fr. gegenüber...

Die Einleitung und die Wahl des Moments für die Injanzierung einer Volksbewegung gegen die monarchische Reaktion, die angeht die Regierungskrisen, höchst zeitgemäß wäre, hat der Kongress dem Parteivorstande überlassen...

Der Kongress erklärt, daß die Lage des Landes in innerer und äußerer Beziehung schlechter geworden ist. Er erhebt Protest dagegen, daß die Regierung das Gesetz betreffend die Kinder- und Frauenarbeit nicht mit der nötigen Energie durchführen läßt...

Zur Organisation der Arbeiterkämpfe hat der Parteitag folgende Resolution angenommen: „In Anbetracht, daß die bisherigen Kämpfe des Proletariats meistens elementaren Charakter tragen und einer vorbereitenden...“

*) Gemeint sind die Unruhen im Lande gegen die in Bulgarien lebenden Griechen.

Organisierung entbehren, macht der Parteitag 1. den Parteimitgliedern, die in die Gewerkschaften eintreten, zur Pflicht, in diesen Organisationen sozialistische Propaganda zu treiben. Er empfiehlt die Bildung von örtlichen Parteilandschaften, die die Aufgabe haben, die Aktion der Gewerkschaften in Einklang mit denen der Partei zu bringen.

Zur Frage der Einigung der sozialistischen Kräfte in Bulgarien wurde folgender Beschluß einstimmig angenommen:

Der 13. Kongreß wiederholt die Beschlüsse der Parteitage zu Sofia und Kasanlik über die Spaltung und die Einigung der sozialistischen Kräfte in Bulgarien. Angesichts dessen, daß einerseits die zu erwartende gewerkschaftliche Bewegung der Arbeitermassen, und andererseits die Bestrebungen des Bürgerturns, die Ausbreitung zu erweitern und auf gesetzlichem Wege die Arbeiterrechte und Freiheiten zu beschränken, gebieterisch den Zusammenschluß der Arbeiterklasse gegen den gemeinsamen Feind erfordert, ist die Einigung der sozialistischen Fraktionen eine Lebensbedingung des Erfolges der sozialistischen Sache und folglich jede in entgegengekehrter Richtung zielende Tätigkeit ein Verbrechen gegen die Arbeiterinteressen und ein Verrat gegen den Sozialismus, der Parteitag beschließt, daß der Parteivorstand auf die Annäherung der sozialistischen Fraktionen hinzuwirken und zu diesem Zwecke die Vermittlung des Internationalen sozialistischen Bureaus anzurufen hat. Der Kongreß empfiehlt gemeinsame Aktionen mit den der Partei nicht feindlichen Fraktionen.

Am Ende hat der Parteitag die Gründung der Genossenschaften in neuen Orten empfohlen, wo die Bedingungen günstig sind. Zum Schluß hat er eine Vegetationsresolution für die kämpfenden russischen Arbeiter und die vereinigte russische Sozialdemokratie einstimmig angenommen. Gleich nach dem Parteitage hat eine Genossenschaftskonferenz stattgefunden, auf der 14 Delegierte als Vertreter der 11 sozialistischen Konföderationen anwesend waren.

Aus der Partei.

Nochmals die Legende von der Revolutionsromantik.

Wie unseren Lesern bereits bekannt, nahm auf dem Provinzialparteitag für Schleswig-Holstein die Diskussion über den sogenannten „Hirtens Brief“ der Genossen Frohme, Beske und v. Elm gegen die Revolutionsromantik einen ziemlich breiten Raum ein. In dieser Debatte nun wurden von dem Genossen Frohme zur Rechtfertigung dieses „Hirtens Briefes“ Ausführungen gemacht, die wir nicht unwillkürlich lassen können. So sagte der Genosse Frohme nach dem Bericht des „Hamburger Echo“:

„In Berlin war, das dürfte er sagen, die Meinung vorhanden, daß mit der Wahlrechtsdemonstration der politische Massenstreik in Anwendung kommen sollte. In Berlin habe es außerordentlicher Nähe bedurft, diese Anschauungen zurückzudämmen. In Sachsen hätte von Berlin aus gebremst werden müssen, weil auch dort der Massenstreik schon so gut wie beschlossene Sache war. Das sind doch einige Beweise dafür, daß unsere Erklärung nicht auf vorgefaßter Meinung beruht. Die Ermächtigung ist jetzt eingetreten.“

Es ist uns rätselhaft, wie Genosse Frohme derartige Behauptungen aufstellen kann. Die Auseinandersetzung des „Vorwärts“ mit der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ sollte den Genossen Frohme doch von der Wichtigkeit seiner Behauptung, in Berlin sei die Meinung vorhanden gewesen, daß mit der Wahlrechtsdemonstration der politische Massenstreik in Anwendung kommen sollte und daß es außerordentlicher Nähe bedurft habe, diese Anschauungen zurückzudämmen, überzeugen haben. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ berief sich damals zum Beweise für ihre Ansicht, daß man in Berlin zum mindesten für einen halb-tägigen Demonstrationsstreik begeistert gewesen sei, auf die Behauptung eines Anarchisten, daß in einer Vertrauensmännerführung des 6. Wahlkreises ein solcher Demonstrationsstreik beschlossen worden sei. Dieser anarchistischen Behauptung gegenüber stellte der Vorsitzende des 6. Berliner Wahlkreises, Genosse Freythal, fest, daß ein solcher Beschluß niemals gefaßt worden sei. Und trotz dieser tatsächlichen Feststellung stellt jetzt Genosse Frohme seine viel weiter gehende Behauptung auf. Genosse Frohme sollte doch wissen, daß eine als unrichtig erwiesene Behauptung durch ihre Wiederholung nicht richtig, sondern höchstens zur Unwahrheit wird!

Genosse verhält es sich mit der Behauptung, daß in Sachsen der Massenstreik schon so gut wie beschlossene Sache gewesen sei und daß auch dort von Berlin aus hätte gebremst werden müssen. Genosse Frohme hätte diese ebenfalls vom „Vorwärts“ bereits als Legende nachgewiesene Behauptung sicher niemals aufgestellt, wenn er sich nur die Mühe genommen hätte, das Protokoll der Gewerkschaftskonferenz resp. den von seinem eigenen Blatte, dem „Hamburger Echo“, im Separatabdruck publizierten Teil desselben, der den Punkt „Partei und Gewerkschaften“ behandelte, ein wenig aufmerksam nachzulesen. Dort nämlich äußerte sich der Genosse Geher, ein sächsischer Reichstagsabgeordneter, über die innerhalb der sächsischen Parteinstanzen gepflogenen Verhandlungen über die Massenstreikfrage zur Zeit der Wahlrechtskämpfe folgendermaßen:

„Ich will erklären, wie wir in Sachsen in dieser Frage stehen, denn die Wahlrechtsfrage ist gegenwärtig die Hauptfrage in Sachsen. Wir haben mehrfach Zusammenkünfte gehabt, und dabei ist auch der Gedanke aufgetaucht, ob wir nicht einen politischen Massenstreik in Szene setzen wollen. Es wurde vorgeschlagen, eine Verständigung darüber mit den Gewerkschaftsführern herbeizuführen. Aber diejenigen, die sonst am meisten für den politischen Massenstreik waren, sind dagegen gewesen und haben gesagt: Nein, für den Augenblick können wir das nicht machen. (Hört, hört!) Jawohl, im Augenblick hielt man einen Massenstreik überhaupt nicht für möglich. (Hört, hört!) Und deshalb erklärte man es für überflüssig, mit den Gewerkschaftsführern zu reden.“

Also auch in diesem Falle ist Genosse Frohme das bedauerliche Opfer einer leichtfertigen und durchaus unrichtigen Information geworden, sofern seine Behauptungen sich überhaupt auf eine Information stützen.

Genosse Frohme fuhr nach dem oben wiedergegebenen Zitat fort: „Der „Vorwärts“ habe sogar die Verleumdung der Flottenvermehrung mit der Proklamierung des Massenstreiks in Aussicht gestellt.“

Diese Behauptung Frohmes kann sich nur auf einen Leitartikel beziehen, den der „Vorwärts“ am 19. November 1905 veröffentlichte, und der sich unter der Überschrift „Eine maßlose Provokation“ mit der neuen Flottenvorlage, die soeben herausgelassen war, beschäftigte. Der Inhalt, auf den Genosse Frohme offenbar abzielt, hat folgenden Wortlaut:

„Weiter: Die neue Flottenvorlage ist nur eine „Ergänzung“ zu dem großen Flottengesetz vom Jahre 1900, mit dem Deutschland den ersten waghalsigen Sprung ins Verderben einer unerlösten abenteuerlichen Weltpolitik getan hat. Diese „Ergänzung“ ist aber, wie auch die früheren, nichts anderes als eine systematische Vernichtung, eine Illusionsschöpfung des verfassungsmäßigen Bewilligungsrechtes der Volkswahlvertretung. Der Reichstag beschließt in seiner bürgerlichen Majorität ein Flottengesetz, eine bestimmte finanzielle Aufwendung, damit nach einem, nach zwei Jahren die Regierung mit neuen „Ergänzungen“ zu dem Gesetz herandrückt, die wieder von der bürgerlichen Majorität unter dem Vorwand bewilligt werden, daß man durch den bereits begonnenen Bau der neuen Flotte vor ein launaccomplish, vor eine fertige Tatsache

gestellt sei, so daß die „unvorhergesehene“ Erhöhung ihrer Kosten gewissermaßen dem Volke ohne weiteres wie eine Pistole auf die Brust gesetzt wird. Die Reichstagsdebatten, die Annahme und die Festlegung neuer Flotten- und Militärgesetze verwandeln sich dadurch in eine schale Farce, an der die „liberalen“ Vertreter des parlamentarischen Kreinismus Geschmack finden mögen, die aber der Arbeiterklasse nur Elend und Abscheu einflößen kann. Und nun gerade angesichts der grandiosen Probe auf eine revolutionäre Massenaktion des modernen Proletariats in Rußland findet die deutsche Regierung nichts Besseres zu tun, als den deutschen Parlamentarismus vor aller Welt wieder einmal zu verhöhnen, dem deutschen Proletariat mit einem Fingerzeig auf den Tempel der bürgerlichen „geheggebenden“ Geschwägigkeit wieder einmal deutlich zuzurufen: Passet alle Hoffnungen fahren! Wenn eine hochwohlweiser Aktion extra dazu angeht war, in der Arbeiterklasse Deutschlands noch mehr das Augenmerk, die Sympathien, die Hoffnungen von der rein parlamentarischen Reformation auf die direkte Massenaktion zu lenken, dann ist es sicher die neue Flottenvorlage.“

Man sollte meinen, für einen auf dem Boden der sozialistischen Klassenkampftheorie stehenden Genossen könnten diese Darlegungen nicht das geringste Anstößige enthalten. Sie geißeln mit gebührender Schärfe die Entwürdigung des Parlamentarismus durch die bürgerliche Reichstagsmehrheit. Sie treten der Auffassung entgegen, daß durch eine „rein parlamentarische Reformation“ die Reaktion, zu der sich das gesamte Bürgerturn immer mehr zusammenfindet, überwunden werden könne. Sie weisen auf die Notwendigkeit hin, die parlamentarische Aktion gegebenenfalls durch die direkte Massenaktion zu unterstützen. Davon, daß diese direkte Massenaktion im Augenblick zur Anwendung kommen müsse, kein Wort! Es gehört schon — wir wollen nicht sagen eine staatsanwaltliche — aber doch politisch-bedeutsamerische Auffassung dazu, in diesen sich durchaus in den Gedankengängen des sozialdemokratischen Klassenkampfes und der Jenaer Massenstreikresolution bewegendem Ausführungen eine Aufforderung zur sofortigen Proklamierung des Massenstreiks und zu politischen Putzchen zu erblicken!

Wenn der Genosse Frohme unter „Revolutionsromantik“ die Auffassung versteht, daß die Ueberwindung der herrschenden Klasse auf dem Wege der „rein parlamentarischen Aktion“ nicht möglich sei, so bekennen wir uns allerdings ohne weiteres der „Revolutionsromantik“ für schuldig. Aber auch dann sollte uns Genosse Frohme insofern mildere Umstände zuerkennen, als die Genossen Legien und v. Elm sich in Jena ebenfalls einer solchen Revolutionsromantik schuldig gemacht haben!

Zum Parteitag.

Auf der Konferenz des 4. pfälzischen Wahlkreises (Zweibrücken) zu Birnmasens, die von acht Orten mit zwanzig Delegierten besetzt war, wurde lebhaft über Massenstreik und Waisfeier diskutiert. Der Referent Genosse Felsmüller bemerkte u. a., die Form, in der die Waisfeier gegenwärtig gehalten werde, befriedige nicht. Infolge des Widerstandes der Gewerkschaften habe die Arbeitsruhe keine wesentlichen Fortschritte gemacht. Die verbundene Kraft der Waisfeier sei deshalb auch nicht derart, wie erwartet werden sollte. Es sei nicht ausgeschlossen, daß die Gestaltung der politischen Verhältnisse das Proletariat zwingt, zum Massenstreik zu greifen. Im arbeitenden Volke müsse über die Bedeutung, aber auch über die Gefährlichkeit des politischen Massenstreiks Klarheit geschaffen werden, damit durch die radikale Prose, die oft in unverantwortlicher Weise mit dieser zweischneidigen Waffe operiere, kein Unheil angerichtet werde. Zunächst liege unsere Aufgabe noch lange nicht in der Präparierung von Generalstreiks, sondern in der Generalorganisation.

In der Diskussion wurde von einigen Rednern mehr Propaganda für die Waisfeier gefordert. Ein Antrag, den Parteitag beschließen zu lassen, daß die Waisfeier allein durch die Partei geregelt werde, wurde bekämpft und abgelehnt.

Auf der Wahlkreis-Konferenz des 6. pfälzischen Wahlkreises (Kaiserslautern), die 10 Orte mit 19 Delegierten besetzt hatten, sprach Genosse Klemann über den Parteitag. Er sagte u. a.: Den Antrag zum Vorstandsbericht, den Parteivorstand zu verläßern durch Gewerkschaftsführer, halte er nicht für glücklich, da letztere durch Tätigkeit für die Gewerkschaften entzogen würden; es könne auch so ein gelegentliches Zusammenwirken stattfinden. Daß der „Vorwärts“-Konflikt nochmals aufgerollt werde, sei nicht nötig. Zu der Unterstützung der Waisfeier müsse auch die Partei beitragen. Der Massenstreik solle nicht bei jeder Gelegenheit, sondern bei politischen Vorankommnissen, zum Beispiel Wahlrechtsverschlechterungen, angewandt werden. Eine solche Aktion müsse von Partei und Gewerkschaften gemeinschaftlich geführt werden.

Die Diskussion wurde im allgemeinen im Sinne des Referats geführt. Der Genosse Schmalzer führte u. a. aus: Es sei gut, daß das Protokoll über die Gewerkschaftskonferenz veröffentlicht wurde, erfahre man doch dadurch, was für Ansichten von verschiedenen Gewerkschaftsführern vertreten würden. Bezüglich des Massenstreiks sei auch er der Ansicht, daß er nur angewandt werde, wenn es sich um die vitalsten Interessen der Arbeiter handle, dies schließe aber nicht aus, daß er in Partei und Gewerkschaften diskutiert werde, da letztere so gut daran interessiert seien wie die Partei. Was das Literatengejammer betreffe, so müsse entschieden zum Ausdruck gebracht werden, daß die Parteigenossen dies endlich satt haben. Manche dieser Literaten wissen schon im Voraus, daß sie durch ihre Artikel den Widerspruch herausfordern; sie mögen ihre Zeit zu für die Partei nützlicheren Dingen verwenden.

Zur Massenstreikdebatte. Das Dresdener Gewerkschaftskartell nahm nach einem Referat des Genossen Streine und lebhafter Diskussion gegen zwei Stimmen folgende Resolution an: Zu den gegenwärtigen Erörterungen über die Notwendigkeit der Beschäftigung der Gewerkschaften mit der Frage des politischen Massenstreiks erklärt das Dresdener Gewerkschaftskartell:

Die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angefallenen Verbände und die sozialdemokratische Partei sind zwei organisatorisch selbständige, einander gleichberechtigte Teile der Emanzipation der Arbeiter im Klassenkampf erstrebenden Arbeiterbewegung. Aus der Verschiedenheit der beiden Organisationen zugeteilten Tätigkeitsgebiete sowie der dadurch bedingten Verschiedenheit der organisatorischen Einrichtungen erklären sich ohne weiteres abweichende Anschauungen über die Zweckmäßigkeit und Anwendbarkeit bestimmter Kampfmittel, wie dies in den Beschlüssen des Kölner Gewerkschaftskongresses und des Jenaer Parteitages über den politischen Massenstreik in die Erscheinung getreten ist. Das Kartell erachtet daher den scheinbar vorhandenen Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaften, weil ganz natürlichen Umständen entsprungen, für keineswegs außergewöhnlich. Das Kartell erwartet, daß durch eine Verständigung zwischen den obersten Partei- und Gewerkschaftsinstanzen unter gegenseitiger Wahrung völliger Gleichberechtigung Einigkeit über die Bedeutung und die erst noch zu erfüllenden organisatorischen Vorbedingungen zum politischen Massenstreik erzielt wird.

Da das Kartell ferner überzeugt ist, daß ohne weit mehr als bisher ausgeübte und befestigte Organisationen, wozu u. a. auch eine endgültige Abrechnung mit den bisher von bestimmten Parteikreisen viel zu viel protegierten lokalistisch-gewerkschaftlichen Quertreibereien gerechnet wird, die erfolgreiche Durchführung eines Massenstreiks nicht denkbar ist, erwartet es, daß aber die Propagierung des Massenstreiks die unermüdliche Agitation für die Ausbreitung und den inneren Ausbau der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen und eine auf den Ver-

hältnissen der Gegenwart basierende, praktische soziale Reformarbeit zu stellen ist, deren Vernachlässigung oder systematische Verabschießung die schlimmsten Folgen für die allmähliche Hebung und den Befreiungskampf der Arbeiterklasse haben dürfte.

Ueber den Antrag des Kieler Gewerkschaftskartells, die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftskongresses betreffend, und über die Vorschläge zu dessen Zusammenfassung, geht das Dresdener Kartell zur Tagesordnung über.“

Von den Organisationen.

Eine Wahlkreis-Konferenz für den sächsischen Wahlkreis Sagan-Sprottau tagte in Pleßbis. Sechs Orte waren durch acht Delegierte vertreten. Der Bericht des Kreisvorstandes ergibt für die Dauer von acht Monaten eine Einnahme von 608,89 M., eine Ausgabe von 440,52 M. Für Agitation sind 214,65 M. verwandt worden. Im Wahlkreise sind 287 eingeschriebene Mitglieder in drei Ortsvereinen. Die Parteipresse wird in 609 Exemplaren gelesen, dazu kommen 208 Witzblätter. Die Delegierten konnten berichten, daß trotz schwer empfundenen Lokalangetes die gewerkschaftliche wie politische Organisation Fortschritte macht.

Auf der Generalversammlung des sozialdemokratischen Bezirksvereins Rülhausen im Elsaß waren fünf Orte durch 15 Delegierte vertreten. Die Einnahmen betragen vom 1. Oktober 1905 bis 30. Juni 1906 3014,74 M., die Ausgaben 2957,70 M. Die „Rülhäuser Volkszeitung“ hatte während des Jahres Zuwachs an Abonnenten zu verzeichnen. Für die Monate Juli, August und September beschloß die Konferenz zur Dedung der Kosten der Bezirksstagswahlen einen monatlichen Extrabeitrag von 10 M. Außerdem wurde der Antrag angenommen:

Der Bezirksvorstand wird von der heutigen Generalversammlung beauftragt, im Interesse der Partei auf Mittel und Wege zu suchen, um einen Parteisekretär anzustellen.“

Der sozialdemokratische Verein des 6. sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Land) hat im ersten Halbjahr 1906 um 1315 Mitglieder zugenommen und zählt jetzt 7316. Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ wird im Kreise in 13 913 Exemplaren gelesen, was eine Zunahme von 1208 Lesern gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Gemeinderäte sind im Kreise 139. Die Einnahmen betragen 18 621,61 M., dem eine Ausgabe von 17 650,00 M. gegenübersteht. Der größte Teil der Einnahmen ergibt sich aus den Mitgliederbeiträgen, die allein 14 949,82 M. betragen.

Die Generalversammlung des 14. hannoverschen Wahlkreises (Celle-Beine) zu Lehrte war von 19 Delegierten aus 8 Orten besucht. Die Zahl der organisierten Genossen ist im Berichtsjahr um 261, von 523 auf 784 gestiegen, obgleich am 1. Januar der Monatsbeitrag von 30 auf 30 Pf. erhöht wurde. Der „Volkswille“ wird in 752 Exemplaren gelesen. Der Kostenbericht zeigte einen erfreulichen Fortschritt.

Auf der Generalversammlung des 4. württembergischen Reichstagswahlkreises (Stöblingen-Baihingen) wurde eine Einnahme von 671,90 M., eine Ausgabe von 568,90 M. konstatiert.

Eine Kreisparteiversammlung des 14. sächsischen Wahlkreises (Dorna) in Lunzenau konstatierte eine Mitgliederzahl von 1147 gegen 1040 im Vorjahre. Die Gesamteinnahme im Kreise betrug im Berichtsjahre 2603,98 M., bei der Hauptkasse 1554,48 M., die Ausgabe 2029,29 M., bezw. 1000,50 M. Der Saalkamp hat der Partei 89 Sätze gebracht. Die Parteiverammlung beschloß, 250 M. an die Hauptkasse in Berlin abzusenden.

Brandenburger Kreis-Konferenzen.

Die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine des Wahlkreises Ober-Varmin tagte am Sonntag, den 20. August, in Viesenthal. Vertreten waren 7 Orte mit 23 Delegierten. Die Zahl der Vereine hat sich von 5 auf 7 vermehrt, die Mitgliederzahl stieg von 283 auf 548. Gewerkschaftlich organisiert sind 2271 Personen. Die Parteipresse ist in 442 Exemplaren verbreitet. Das Referat zum Parteitage erstattete der Kandidat des Kreises Genosse Bruns. Zum Parteitage wurden die Genossen Bruns und Nowag delegiert.

„Arbeitende Jugend“; das Organ der freien Jugendorganisationen Deutschlands, hat seine Septembernummer im Bestehen ausgeben lassen. Die Festsnummer gilt dem zweiährigen Bestehen der Berliner Organisation, deren Geschichte in einem Artikel „Zwei Jahre Kampf“ dargestellt wird. Die Zeitschrift ist mit einer Zeichnung geschmückt, die einen am Schmeldefeuer rastenden, jugendlichen Arbeiter zeigt, der mit entschlossenem Sinnem Gesichtsausdruck auf die im Hintergrund aufragenden Fabrikschlote schaut. Ein frische Kampflust atmendes Gedicht ist dem Bilde beigegeben. Paul Göhre hat einen Artikel über den sittlichen Wert der Arbeit beigezeichnet. In dem Artikel „Theorie und Praxis“ wird jener Abgab der Zeitschrift der Genossen Schulz und Jettin zum Thema „Vollberziehung und Sozialdemokratie“ besprochen, der von den Jugendorganisationen handelt. Die Abdruck „Aus unserer Bewegung“ gibt einen Einblick in das Innere der Organisationen, während die „Mundschau“ Tatsachen über die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Jugend gibt. Das Resümee bemüht sich, die Jugendlichen zu selbständigen Denken zu führen. Aus den „Vereinsnachrichten“ ist zu ersehen, daß der Berliner Verein allmonatlich circa 25 kleinere Versammlungen mit bildenden Vorträgen abhält, die rege besucht werden. Für die Sonntage im Oktober und November sind neun Dichterabende und Museumsbesichtigungen vorgesehen. — Die 12 Seiten starke Nummer kostet nur 10 Pfennig und ist durch den Verlag, Berlin SO., Waldemarstraße 75 zu beziehen.

Totenliste. In Pausa (Sachsen) starb der Genosse Gottlieb Schenk im 84. Jahre. Schenk, von Profession Handwerker, hat bereits die 1849er Bewegung aktiv mitgemacht und schloß sich der Lassalle'schen Bewegung gleich zu Beginn feurig an. Schenk war bis in die neuere Zeit hinein ein eifriger Versammlungsbesucher. Unterm Sozialistengesetz hat Schenk seinen Mann gestanden und bei den Genossen im sächsischen Vogtlande stand der treue, sturmerprobte Mann, der stundenweit zu den Versammlungen der Genossen pilgerte, im besten Ansehen.

In Dännwald (Rheinprovinz) ist der Genosse Schumacher gestorben. Er war der letzte von drei Dännwalder Arbeitern, die sich im Jahre 1864 an Bischof Ketteler wandten mit der Anfrage, ob sie dem von Lassalle gegründeten „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ beitreten dürften. Ketteler hatte nichts dagegen einzuwenden, der Eintritt wurde vollzogen und Schumacher war jahrelang Bevollmächtigter des Vereins. Trotz der bischöflichen Erlaubnis zogen sich die drei wegen ihrer Agitation für den Arbeiterverein den Haß des damals in Dännwald amtierenden Geistlichen von der Burg zu, der es sogar fertig brachte, sie von dem Empfang der Sakramente auszuschließen. Was das zu jener Zeit in einem kleinen Dorf bedeutete, kann nur der ermessen, der die ländlichen Verhältnisse kennt. Die drei Arbeiter hatten viel zu leiden. Aber trotz aller Schwierigkeiten haben sie handgehalten, und wenn die Parteibewegung dort heute auf gelunden Füßen steht, so hat die Arbeit der drei Veteranen viel dazu beigetragen. In den letzten Jahren seines Lebens war Schumacher sehr viel an das Krankenlager gefesselt und konnte nicht mehr in den ersten Reihen stehen. Er hat aber die Versuche, die in letzter Zeit von der Geistlichkeit gemacht wurden, um ihn wieder in den Schoß der Kirche zurückzuführen, beharrlich von sich gewiesen und ist so, frei wie er gelebt, auch gestorben. Ehre seinem Andenken!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strassfests der Presse. Das Landgericht Bayreuth verwarf die Verurteilung des Genossen Schnettler vom „Armen Teufel“ aus der Oberlausitz zu Zittau gegen das Schöffengerichtsurteil, das ihn wegen Verleumdung eines Amtsblattredakteurs zu zwei Wochen Gefängnis verurteilte.

Gleichfalls verworfen wurde die Verurteilung des Genossen Dikreiter von der „Allenburgischen Volkszeitung“ gegen ein Schöffengerichtsurteil, das ihn wegen Verleumdung zweier Lehrer mit zwei Monaten Gefängnis belegte. Genosse

Direktor hatte in der „Altenburger Volkszeitung“ mehrere Fälle von überlicher Mißhandlung von Schülern veröffentlicht und die betreffenden Lehrer auf das Unwürdige ihrer Erziehungspraktiken hingewiesen. Der Hinweis auf die stützlichen Motive seiner Handlung half ihm nichts. Der Staatsanwalt Heinrich erklärte: Es kam dem Angeklagten nur darauf an, durch den Artikel Unzufriedenheit zu erregen und so der Sozialdemokratie Vorwand zu leisten.

Sechs Monate Gefängnis wegen Stäbel-Verleumdung hat Genosse Quint von der Frankfurter „Volksstimme“ hinter sich. In den Tagen da die Kolonialkorruption zum Himmel stinkt, ist der angeklagte Verleüder des „gegangenen Kolonialdirektors“ in die deutsche Freiheit zurückgekehrt. Die Frankf. „Volksstimme“ schrieb in ihrer Begrüßungsnotiz:

Sechs lange Monate hat er dort schmachten und all die Entbehrungen und Erniedrigungen ertragen müssen, denen die Insassen einer solchen staatlichen Zwangspenitenzanstalt unterworfen sind. Würden doch selbst die Verleüder seiner Frau und seiner Freunde auf das Mindestmaß beschränkt. Und das alles, weil er einen hohen Staatsbeamten des Kolonialamtes beleidigt haben sollte. Selbst wenn man annehmen wollte, daß die Kritik, die er an dem berühmten Konto P. u. St. geübt, nach bürgerlichen Rechtsbegriffen in der Form etwas zu scharf gewesen sei, so haben doch die späteren Enthüllungen gezeigt, daß sie sachlich nur zu berechtigt war. Angesichts dieser Enthüllungen, der Aufdeckung eines zum Himmel stinkenden Kolonialskumpfes, tritt die Ungehörigkeit der Strafe, die Genosse Quint für seine Kritik erleiden mußte, erst recht voll in die Erscheinung. Es mag ihn mit Genugtuung und Freude erfüllen, daß in der Zeit der sechsmonatlichen Strafverbüßung der Stein ins Rollen gekommen ist, durch den die ganze Tippelstircherei aufgedeckt wurde. Heute würde wohl kaum Fürst Bülow für Herrn Kolonialdirektor Stäbel nochmals Strafantrag stellen, denn, wenn auch an seiner persönlichen Integrität nicht gezweifelt werden soll, so steht doch unzweifelhaft fest, daß sein Verwaltungssystem durch die Erzbergerischen Enthüllungen bis auf die Knochen kompromittiert ist.

Aus Industrie und Handel.

Hörder Verein.

Der Jahresabschluss des Hölder Bergwerks- und Güttenvereins ist ein industrielles Bulletin, das ein außerordentliches Wohlfinden der gemischten Werke ausweist. Das Hölder Werk gehört zu denen, welche ihre Feuerbetriebe wenigstens teilweise mit Kohle und Erz aus eigenen Gruben bescheiden, selbst Kobleien erblasen, Halbzeug herstellen und fertige Walzwerkzeugnisse, Eisenbahnmateriale usw. auf den Markt bringen. Es wurden z. B. im Jahre 1904/05 produziert: 458 806 Tonnen Steinkohle, 392 396 Tonnen Roheisen, 434 098 Tonnen Stahl und 358 550 Tonnen Fertigfabrikate. Dem Kohlenyndikat ist der Hölder Verein mit 150 000 Tonnen Beteiligung angeschlossen. Von der Gesamtbeteiligung des Stahlverbandes entfallen 542 875 Tonnen gleich 5,24 Prozent auf das Hölder Werk.

Eine Zusammenstellung der Ergebnisse gibt folgendes Zahlenbild. Es betrug der

Jahres-Bruttogewinn	Abreibungen	Dividende in Proz.	Prioritäts-Aktien	Stamm-Aktien
1902/03	4 108 156	2 600 119	4	0
1903/04	5 701 585	2 890 281	8	0
1904/05	6 407 675	3 029 859	10	2
1905/06	8 084 150	3 028 714	15	10

Die finanziellen Ergebnisse haben sich mithin für die Gesellschaft, die jetzt mit einem Aktienkapital von 27 028 000 M. arbeitet, sehr zufriedenstellend entwickelt. Auf die Arbeitsverhältnisse hat davon aber noch nicht viel abgefärbt. Auf dem Hölder Verein hält man das alte patriarchalische System der — unbegrenzten Arbeitszeit hoch in Ehren. Bezüglich des Ueberstunden-Unternehmens sucht der Hölder Verein den Bedarf zu halten. Schichten von 24 Stunden und länger sind hier keine Seltenheiten; einzelne Leute brachten es schon bis zu 40 Schichten in einem Monat. Da bei solcher Ausnutzung der Arbeitskraft die Lebenskraft schnell verbraucht wird, ist der in Perioden riesenhaft gesteigerter Produktion durch Ueberstunden erzielte Mehrertrag kein Vorteil für die Arbeiterschaft, weil er viel zu teuer erkauft ist. Eine Regelung der Arbeitszeit in der Eisengroßindustrie ist dringend notwendig. Die Regierung scheint für diese Angelegenheit noch keine Zeit zu haben.

Phönix-Hörder Verein.

Die bestimmt verlautet, soll eine heute stattfindende Aufsichtsrats-Sitzung des Phönix-Beschlusses fassen über die Verschmelzung der beiden Werke. Von einer Seite, die beiden Unternehmen nahe steht, soll bereits am Dienstag das ganze vom Hölder Verein an der Börse vorhandene Aktienmaterial aufgenommen sein. Durch die Verschmelzung würde ein Unternehmen geschaffen, das an der Spitze der gemischten Werke markiert. Die beiden Werke ergänzen sich teilweise. Phönix hat beim Kohlenyndikat eine doppelt so hohe Beteiligung als der Hölder Verein. Bei diesem liegt das Uebergewicht in der Erzeugung von Halbzeug, dagegen ist der Phönix stärker in Eisenbahnmateriale und in Produkten B. In der Gesamtbeteiligung beim Stahlverband ist der Phönix dem Hölder Verein um rund 100 000 Tonnen vor. Während der Hölder Verein Halbzeug abstoßen kann, muß der Phönix Rohstahl zulassen. Durch den Zusammenschluß dürfte darin ein Ausgleich geschaffen werden, so daß das fusionierte Unternehmen in der Hauptsache mit einem Material arbeiten kann. Die vom Hölder Verein geplante Erweiterung des eigenen Kohlengrubenbanes wird durch den Zusammenschluß zunächst wohl binständig. Die beiden Unternehmen vereinigen auf sich rund 11 1/2 Prozent der Gesamtbeteiligung des Stahlverbandes, die nächst höchste Beteiligung hat Thyssen mit 8,55 Proz. Auf die einzelnen Produkte verteilt sich die Beteiligung folgendermaßen:

	Hörder Verein	Phönix
Halbzeug	154 366	63 385
Eisenbahnmateriale	79 970	146 984
Formeisen	82 334	—
Stabeisen	66 642	145 542
Walzdraht	—	162 470
Groß- und Feinblech	137 062	97 248
Rollendes Eisenbahnmateriale	22 501	28 943

Das Aktienkapital der beiden Unternehmen beläuft sich insgesamt auf rund 62 Millionen Mark, die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter auf circa 25 000. In der Eisenindustrie würde das neue Unternehmen an zweiter Stelle stehen; Krupp behält noch den ersten Platz infolge seines Monopols in der Panzerplatten-, Kanonen- und Geschosfabrikation. Geht es so weiter mit den Zusammenschlüssen, dann ist die Eisengroßindustrie bald unter den fünf einzigen Gesellschaften zusammengebracht — und die Hauptbesitzer sind ein paar Großbanken.

Gründung einer neuen Fabrikstadt am Michigan-See.

Schon seit geraumer Zeit sind in der amerikanischen Presse Berichte im Umlauf über eine geplante große Fabrikstadt, die an

den Ufern des Michigan-Sees in der Lake County im Staate Indiana auf Weisheit des amerikanischen Stahlriesen (United States Steel Corporation) entstehen soll. Die Anlage eines großen Stahl- und Walzwerkes mit einer entsprechenden Arbeiterstadt soll den Kern bilden, um den sich mit der Zeit die Stadt „Gary“ (nach dem Vorsitzenden des Direktoriums der Gesellschaft benannt) gruppieren soll. Das kaiserliche Konsulat in Cincinnati sagt dazu: Die Gründung ist wohl in erster Linie ein Geschäftsunternehmen, für das in der Presse gearbeitet wird. Es hat aber dieser Plan infolge einer allgemein interessierenden Seite, als er den Versuch einer rationalen Städtegründung mit allen Mitteln moderner Technik darstellt. Hat man mit Vorbedacht die Gründung der Stadt an einer Stelle ins Auge gefaßt, die alle Vorbedingungen einer günstigen Lage aufweist, die Wasserstraße über die Seen, das Zusammenlaufen bedeutender Eisenbahnen, die Nähe der Eisen- und Kohlengebiete und das gute Klima.

Die viele Arbeiter zunächst dort Beschäftigung finden sollen, darüber gehen die Angaben auseinander. Zuverlässige Auskünfte lassen annehmen, daß die Zahl der Angestellten und Arbeiter zunächst 3000 kaum übersteigen wird. Die von verschiedenen Seiten angegebene Ziffer von 15 000 Arbeitern, wie auch die Gesamt-Einwohnerzahl von 100 000, die man in Kürze für die junge Stadt in Aussicht nimmt, dürften entschieden zu hoch gegriffen sein. Ebenso bedürfen die Angaben, daß das Werk 5 000 000 Tonnen Eisenerz im Jahre verarbeiten und 2 500 000 Tonnen Stahl herstellen soll, noch der Bestätigung.

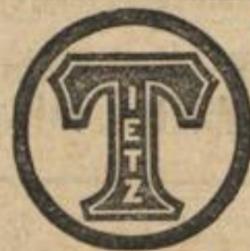
Immerhin kann man sagen, daß eine kapitalkräftige Gesellschaft im Hintergrund des Unternehmens steht, und daß viel Arbeit- und Absatzgelegenheit damit verbunden sein wird. Der Betrieb des gesamten Stahl- und Walzwerkes soll den Verichten zufolge elektrisch eingerichtet werden. Absatz für Beton und Zement scheinen die Wasserbauten zu versprechen, die durch die Regulatorarbeiten am Secufer und am Calumetflusse notwendig werden. Ob die Anschaffungen nur im Lande gemacht oder auch ausländische Lieferanten herangezogen werden, ist freilich eine Frage für sich.

Von gut unterrichteter Seite wurde bestätigt, daß am Nordende der Grafschaft Lake, Indiana, Anläufe von großen Länderkomplexen zu hohen Preisen stattgefunden haben. Wohlunterrichtete und einschlägige Kapitalisten sollen Gelder im Ankauf von Grundstücken und Bauplänen dort anlegen und dabei das Zehnfache bezahlen von dem, was für das Land vor etwa einem Jahre bezahlt wurde. Zur Errichtung der Fabrikstadt Gary sind jetzt allerdings nur die ersten vorbereitenden Arbeiten im Gange.

Konserveindustrie. Im modernen Haushalt, sowohl in der Privatküche als auch im Hotel, spielt die Konserve eine immer größere Rolle. In steigendem Maße nimmt Kalifornien an der Weltversorgung mit Obst- und Gemüsekonserven teil. Nachfolgende Zusammenstellung zeigt den Umfang der Erzeugnisse der kalifornischen Konserveindustrie. Es wurden hergestellt:

	1902	1903	1904	1905
Fruchtkonserven	2 252 790	2 733 504	2 839 733	3 283 296
Gemüsekonserven	1 151 268	1 343 574	961 783	1 192 455
Zusammen	3 404 058	4 077 078	3 801 516	4 475 751

Die Erzeugung von Fruchtkonserven ist ununterbrochen gestiegen, seit 1902 um rund 45 Proz. In der Produktion der Gemüsekonserven trat 1904 ein starker Rückgang ein, so daß die Gesamt-erzeugung trotz der Zunahme in Fruchtkonserven hinter dem Ergebnis des Jahres 1903 zurückblieb. Das nächste Jahr brachte dann aber nicht nur in der Fruchtkonservenindustrie ein kräftiges Vortwärts, es zeigte sich auch in der Gemüsekonservenproduktion eine gute Erholung, so daß das Gesamtergebnis um fast 1/2 Million stiegen die Menge des Jahres 1903 übertrug.



Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht

Aussergewöhnlich preiswert

Glaswaren

„Kronenglas“

Compotteller gepresst diverse Muster	5 Pf.
Compot- und Salatschüsseln, rund	
12 14 17 19 21 24 cm	
7 Pf. 9 Pf. 12 Pf. 18 Pf. 32 Pf. 38 Pf.	
Kuchenteller rund	25 cm 38 Pf. 28 cm 58 Pf.
Butterdosen	22 Pf. 18 Pf.
Kasglöckchen	45 Pf.
Zuckerschalen auf Fuss	18 Pf. 12 Pf.
Wasserbecher in diversen Mustern	6 Pf.
Fussbecher Kugel und Stern oder Ecken	12 Pf.
Bierseidel alle gangbaren Muster	
0,2 1/4 0,3 0,4 0,5 Liter	
18 Pf. 19 Pf. 21 Pf. 23 Pf. 25 Pf.	
Rot- u. Rheinweinkelche Form „Hamburg“	15 Pf.
Champagnerkelche hohe Form „Hamburg“	20 Pf.
Bowlenkelche „Talma“, echtes Kristall	32 Pf.
Rot- u. Rheinweinkelche „Talma“, echtes Kristall	25 Pf.

Kaffeeservice

in eleganten Formen, reich dekoriert	
für 6 Personen, 9 teilig	4 ⁸⁵ 3 ⁷⁵ 3 ⁸⁵ 2 ⁷⁵
für 12 Personen, 16 teilig	10 ⁵⁰ 8 ⁵⁰ 6 ⁸⁵
Frühstückservice 5 teilig, für 2 Personen	1 ⁵⁵
Tassen mit Untertassen, dekoriert mit Goldrand	42 Pf. 28 Pf. 25 Pf. 22 Pf.
Teeschalen Streublumen und Goldrand	38 Pf.
Dessertteller m. Dekor. u. Goldrand	28 Pf. 22 Pf. 18 Pf.
Obstschalen auf Fuss, ff. dekoriert	95 Pf.
Kuchenteller ff. dekoriert	60 Pf. 38 Pf. 28 Pf.
Speiseteller flach u. tief, mit apertem Decor	38 Pf.
Dessertteller 19 cm dazu passend	28 Pf. Compotteller dazu passend 18 Pf.

Weisses Porzellan

Tafelgeschirre in modernen Formen

Speiseteller flach 23 u. 24 cm	12 Pf.
Suppenteller tief 23 u. 24 cm	15 Pf.
Abendbrotteller 21 cm	10 Pf.
Dessertteller 18 und 19 cm	8 Pf.
Compotteller 15 cm	6 Pf.
Suppenterrinen mit Deckel	für 12 Personen 1 ¹⁵ für 6 Personen 95 Pf.
Kartoffelschüsseln mit Deckel	55 Pf.
Salatiären viereckig No. 2 10 Pf. No. 3 18 Pf. No. 4 25 Pf.	
Sauciären für 6 Personen	45 Pf.
Fleischschüsseln oval	
1 2 3 4 5	
25 Pf. 38 Pf. 55 Pf. 85 Pf. 1 ⁸⁵	
Compotiären oval	22 Pf.
Platten rund, flach oder tief	50 Pf.

Küchengeräten

„Ida“ rot abgetönt	„Ella“ modern, blaues Karomuster
Gemüsetonne 33 Pf.	Gemüsetonne 50 Pf.
Essig- u. Oelflasche 35 Pf.	Essig- u. Oelflasche 50 Pf.
Salz- u. Mehlreste 75 Pf.	Salz- u. Mehlreste 95 Pf.
Gewürztönnchen 15 Pf.	Gewürztönnchen 20 Pf.
Milchtöpfe per Satz = 6 Stück 1 ⁵⁵	Milchtöpfe per Satz = 6 Stück 1 ⁹⁵
Emaile ein Posten ausgerangerte Kannen, Töpfe, Casserollen etc. p. Pfund	25 Pf. 30 Pf.
Gusseisern. Kochgeschirr grössere Posten ausgerangert p. Pfund	18 Pf.

Wirtschaftsartikel

Leitern 4 Stufen 1 ⁵⁰ 6 Stufen 2 ³⁵ 8 Stufen 3 ²⁵ 10 Stufen 3 ⁹⁰	
Eck-Basenschränke	20 ⁰⁰
Küchentische einfach	6 ⁹⁰ bis 9 ⁵⁰
Kohlenkasten viereckig, Holz	3 ⁰⁰ 2 ²⁵ 1 ⁷⁵
Kohlenkasten viereckig, Blech, innen verzinkt	2 ²⁵ 1 ⁹⁰
Kehrschaufeln blau lackiert	30 Pf.
Müll-Eimer mit Deckel, emailliert mit Schrift	2 ⁹⁰
Briefkasten	35 Pf. 65 Pf. 1 ¹⁰ bis 5 ³⁵
Frühstückskästen verschliessbar, zur Aufnahme des ganzen Bestells	statt 2 ⁵⁰ 1 ⁹⁵
Brotkapseln oval	1 ⁴⁵ 1 ²⁵ 90 Pf.
Küchenwagen 10 kg m. emaillierter Skala	2 ⁰⁰
Messer-Putzmaschinen verbessertes System	5 ⁹⁵
Küchen-Merktafeln für den Haushalt unentbehrlich	75 Pf.
Rosshaar-Besen Qualität 1a	3 ⁰⁰ 2 ⁶⁰
Rosshaar-Handfeger Qualität 1a	1 ²⁵ 1 ¹⁵ 1 ⁰⁰
Wurzelbesen für Teppiche	1 ⁵⁰ 1 ²⁵
Teppich-Handbesen	50 Pf. 45 Pf.
Teppich-Kehrmaschinen „Westend“	7 ⁷⁰
Schrubber	35 Pf. 30 Pf. 25 Pf.
Eiserne Bohnerbürsten mit Stiel	5 ⁵⁰ 4 ⁵⁰ 3 ⁵⁰
Eiserne Bohnerbürsten gepolstert	1 ²⁵ 1 ⁰⁰
Bohnermasse gelb	per Dose 50 Pf.
Edelwachs I weiss	per Dose 70 Pf.
Stahlspähne	per Pack 16 Pf.
Eiserne Flaschen-Schränke für 50 100 150 200 300 Pf.	6 ⁰⁰ 9 ⁵⁰ 13 ⁵⁰ 17 ⁵⁰ 22 ⁵⁰
Ein Posten Toilette-Eimer mit Bügel	2 ⁹⁵

Während unserer langjährigen Praxis haben wir stets unsere Cigaretten der schärfsten Kritik sachverständiger Kenner unterworfen. Die meisten Kritiker mit ausgebildetem Geschmack, deren Urteil über feine türkische Cigaretten als absolut massgebend zu betrachten ist, haben unsere Cigaretten — wir können dies ohne Selbstüberschätzung behaupten, da unsere offenkundigen Erfolge dies als Thatsache feststellen lassen — stets als hervorragend gut bezeichnet. Wir haben jedoch fortwährend nach noch grösserer Vollkommenheit unserer Erzeugnisse gestrebt und jedes neue war besser als die früheren und wenn wir jetzt behaupten, dass

JOSETTI CIGARETTEN

in ihrer heutigen Vervollkommnung das höchst erreichbare, was feine Qualitäts-Eigenschaften bester türkischer Cigaretten anbelangt, in sich zusammenfassen, sprechen wir nicht nur unsere eigene Meinung, sondern auch das sachverständige Urteil der besten Kenner aus. Diese haben unsere früheren Erzeugnisse wegen der einen oder anderen Qualitäts-Eigentümlichkeit bevorzugt. Heute stellen Josetti-Cigaretten die vollendete Zusammenstellung und Vervollkommnung aller dieser Qualitäts-Eigentümlichkeiten dar.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Verpacken feiner türkischer Tabake für Josetti-Cigaretten



Herren-Konfektion

kaufe bei

Blitz

I. Chausseestr. 80
II. Rosenthalerstr. 9
III. Gr. Frankfurterstr. 137

Kaue bei

Blitz

Knaben-Konfektion

I. Rosenthalerstr. 9
II. Chausseestr. 80
III. Gr. Frankfurterstr. 137

Kaue bei **Blitz!**

Berzogen von Blumenstr. 51a nach Gr. Frankfurterstr. 41/42 I
Jahrgang Dr. W. Jacoby.

Hygienische
Bedarfsartikel, Neuzeit-Katalog
m. Empfehlung viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummivarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Lagerbierbrauerei
E. Haase, Breslau.
Niederlage Berlin.

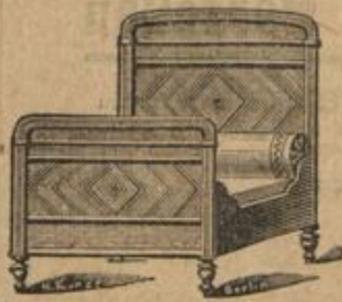
Ausschänke:

Klopstockstr. 17 | Schlesischestr. 28
unweit Bahnhof Bellevue. | unweit Hochbahnhof
Schlesisches Tor.
Angenehmer Aufenthalt — Vorgarten.

Rosenthalerstr. 14 | Prinzenstr. 87
Vereinsräume. | Elegante Kegelbahnen.
— Vorzügliche Küche. —

Neu eröffnet! | Neu eröffnet!
Aussehank Potsdamerstraße 112a
unweit Lützowstraße.
Vereinszimmer — Vorzügliche Küche.

Eigene Werkstätten!



Für bestes u. trockenes Material garantiert!

Auf der Stelle getötet

werden alle Wunden samt Blut durch Reichel's „Verstärktes Wundenzugmittel“. Einziges Spezialmittel von unfehlbarer Wirkung, schützt dauernd gegen jede Wiedervergiftung. 50 Pf. 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20., 21., 22., 23., 24., 25., 26., 27., 28., 29., 30., 31., 32., 33., 34., 35., 36., 37., 38., 39., 40., 41., 42., 43., 44., 45., 46., 47., 48., 49., 50. Die einzige Garantie für Erfolg! Otto Reichel, Berlin SO. 43, Eisenbahnstr. 4. Tel.-Anschlüsse IV, 4751, 4752, 4753.

Zuckerpreise steigen rapid

Möbelfabrik.

Die besten und billigsten

Wohnungs-Einrichtungen

kaufen Sie bei

Julius Apelt, Tischlermeister,
Berlin SO., Skalitzerstraße 6, am Kottbuser Tor.

Berlin SO. 16.
H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak.

Ratiborer Schnupftabake. Ehsogger, Kownoer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.

Neu! | Neu aufgenommen: | Neu!
Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken
von Joseph Doms, Ratibor.
Amt 4, 3014.

Keine Cigarre

„Cigaroma“

Keine Cigarette

empfehlenswertestes und billigstes Rauchprodukt

hergestellt aus nur edlen Tabakblättern in der Preislage von 1 1/2 Pf. pro Stück an. Zu beziehen durch den Cigarrenhandel

„Cigaroma“

G. m. b. H.

Fabrik und Einzelverkauf:
Berlin SW. 68, Zimmerstr. 13.

2201L*

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag hielt vom 3. bis 5. September seine siebente ordentliche Hauptversammlung ab.

Das Reichsamt des Innern war durch den Geheimen Oberregierungsrat Spielhagen-Berlin, das preussische Handelsministerium durch den Geh. Regierungsrat Dr. Brandt-Berlin, das preussische Landesgewerbeamt durch Geheimen Regierungsrat v. Gajhal-Berlin und die bayerische Staatsregierung durch mehrere Ministerialräte aus München vertreten.

Folgende Resolutionen fanden Annahme: 1. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag wolle beschließen, gegen den von der Kommission zur Abänderung der Gewerbeordnung angenommenen Antrag der Abgeordneten Dr. Hige, Trimborn und Dr. Dablen betreffend Ausübung der Baukontrolle durch Gewerbeinspektoren unter Hinzuziehung gewählter Bauarbeiter in einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen.

2. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag erachtet den Umstand, daß die Führung der Titel „Baumeister“ und „Gaugewerksmeister“ in den meisten deutschen Bundesstaaten jedermann freigestellt ist, als geeignet, den Wert des in einem Bauhandwerk auf Grund des § 133 R.-G.-O. erworbenen Meistertitels zu beeinträchtigen. Er beschließt deshalb dahin zu wirken, daß die Verechtigung zur Führung der Titel „Baumeister“ und „Gaugewerksmeister“ in sämtlichen deutschen Bundesstaaten an den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der Arbeiten des Maurers, Zimmerers und Steinmetzenhandwerks, sowie der zum selbständigen Betriebe dieser Gewerbe sonst notwendigen Kenntnisse, insbesondere auch in der Buch- und Rechnungsführung, geknüpft wird.

3. Resolution betreffend die Beschaffung von Maschinen und Werkzeugen für selbständige Handwerker.

1. Nachdem die vorbereitenden Organisationsarbeiten in der Hauptsache in die Wege geleitet sind, muß es die wichtigste Aufgabe der Handwerks- und Gewerbekammern sein, das Handwerk wirtschaftlich zu fördern. 2. Als wirtschaftliche Förderung des selbständigen Handwerks kommt in erster Linie die Vermittlung von Maschinen, Motoren, Werkzeugen, Ersatzteilen, ansehnlicher Prüfung und Beschaffung von Betriebsmaterialien, Werkstatteinrichtungen, Bauplänen, Rentabilitätsberechnungen usw. in Betracht. Je nach dem hervortretenden Bedürfnis empfiehlt es sich, den Vermittlungsgeschäften Anstellungen von Musterwerkstätten und Vorführungen von Maschinen anzuschließen. 3. Die bisherigen Erfahrungen lassen es als richtig erscheinen, Gewerbeberatungsstellen im Sinne dieser Letztgenannten möglichst große Verwaltungsbezirke etwa nach Provinzen oder Bundesstaaten zu errichten und zu ihrer Leitung technisch gebildete mit dem Handwerk vertraute Persönlichkeiten hauptsächlich anzustellen, denen sachverständige Kommissionen zur Seite treten. 4. Als Träger der Gewerbeberatungsstellen kommen Aktiengesellschaften und Genossenschaften in Betracht. 5. Zu den Leistungen des organisierten Handwerks muß, wie es anderen Berufsorganisationen gegenüber geschieht, Beihilfe aus öffentlichen Mitteln in entsprechendem Umfang treten.

4. eine Resolution, die sich mit der Annahme der Wechselprotokolle einverstanden erklärt.

5. Der Gesetzentwurf betreffend die Anordnung der Gewerbeordnung (Verechtigung von Nichtländern im Gaugewerbe) entspricht nicht den Forderungen des deutschen Bauhandwerks, wie sie in den Beschlüssen des Kölner Handwerks- und Gewerbekammertages vom Jahre 1905 niedergelegt sind. Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag in Nürnberg erneuert den Beschluß der Kölner Tagung, nach welchem den erheblichen Mängeln im Gaugewerbe nur durch Einführung des Befähigungsnachweises nachdringend gesteuert werden kann. Der Handwerks- und Gewerbekammertag erkennt aber in dem Entwurf einen dankenswerten Versuch der verbündeten Regierungen, den vorhandenen Mängeln auf andere Weise abzuhelfen. Der Handwerks- und Gewerbekammertag hält daher die Annahme des Entwurfs in der durch die 11. Reichstagskommission gegebenen Form, die wesentliche Verbesserungen in sich schließt, zunächst für wünschenswert. Der von derselben Kommission angenommenen Resolution, welche die schleunige Einführung des sogenannten kleinen Befähigungsnachweises für das deutsche Handwerk fordert, stimmt der Kammetag zu, in der bestimmten Erwartung, daß die verbündeten Regierungen schon in der nächsten Tagung dem Reichstage einen entsprechenden Entwurf vorlegen werden.

6. Wegen den von der Kommission zur Abänderung der Gewerbeordnung angenommenen Antrag der Abgeordneten Dr. Hige, Trimborn und Dr. Dablen, betreffend Ausübung der Baukontrolle durch Gewerbeinspektoren unter Hinzuziehung gewählter Bauarbeiter in einer Eingabe an Bundesrat und Reichstag mit aller Entschiedenheit Stellung zu nehmen.

7. Der 7. deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag erkennt die Wichtigkeit der Kranken- und Unterstützungskassen für selbständige Handwerksmeister zur Linderung von Not und Sorge an. Er empfiehlt den Handwerks- und Gewerbekammern, soweit sie mit der Einrichtung deraartiger Kassen noch nicht vorgegangen sind und auch ein Bedürfnis dafür vorliegt, und soweit ihre Erstzähligkeit vorwiegend gesichert erscheint, ihre Bildung vorzunehmen.

Aus der Diskussion seien nur einige Punkte hervorgehoben. Bei der Frage der Beschaffung der Maschinen führte Higgel-Hörn aus:

„Die Hauptsache ist, daß, wenn wir die Maschinen haben, auch die nötige Arbeit zugewiesen bekommen. Wir haben dabei vor allem den Staat und die Gemeinden im Auge. Aber wie steht es damit? Wir haben ja in den letzten Tagen genug von Tappels-Fitz u. Co. gelesen. (Hört! hört!) Sehr richtig! Diese Firma hat 3 B. für die Heeresverwaltung 60 000 Sättel geliefert, die von ihr für 50 M. angekauft, von ihr aber mit 90 M. in Rechnung gestellt wurden. Damit sind durch den Zwischenhandel 2 400 000 M. an einem einzigen Vorkriegsprodukt des Sattlerhandwerks verdient worden. (Bewegung.) Ich glaube, daß der Staat bedeutend besser gefahren wäre, wenn er dem deutschen Sattlerverband den Auftrag übergeben hätte. Er hätte ja diesem für jeden Sattel 10 M. mehr bewilligen können und die Heeresverwaltung hätte dann immer noch 1 800 000 Mark verdient und das deutsche Handwerk ein schönes Stück Geld dazu. Aber nein, man beliebt diesen Weg nicht. Ich möchte deshalb bitten, daß wir uns hier in Nürnberg alle zu dem Rufe vereinigen: „Hört mit den Monopolen!“

Bei diesen verständigen Ausführungen entging dem Handwerkskammertag, daß die Tappels-Fitzerei mit allem, was drum und dran hängt, im letzten Grunde durch die Mitglieder des Handwerkskammertags selbst geschaffen ist, die ja selbst für Monopole für sich eintreten und den Kurapatronismus und das Kolonialsystem bislang lebhaft unterstützen hatten.

Die gesamten Debatten durchzog der Grundton: die Regierung ist und noch lange nicht reaktionär genug, der Staat hat für uns, nicht für die Arbeiter einzutreten. Mit Vehemenz trat man für den Befähigungsnachweis ein. Der Korreferent zu der oben unter 5. angeführten Resolution, Schneidermeister Spinnberg, Vertreter der Gewerbekammer Mittelranken, wollte auch nicht als Abschlagszahlung die Novelle gelten lassen. Er führte aus:

„Ohne den obligatorischen Befähigungsnachweis sind alle Maßnahmen zur Hebung des Handwerks wertlos. Wie man heute gegen das Handwerk verfährt, ist tieftraurig. Redner führt verschiedene Konkurrenz- und Schwindelmannöver aus dem Gaugewerbe als Beispiel vor und folgert dann: Ich bedauere, daß die Reichstagskommission die Vorlage nicht abgelehnt hat, wie die Arbeitswilligenschutzvorlage und doch, wie gut ist diese Vorlage gewesen! (Widerspruch.) Sicherlich hätten wir die Kravalle in Nürnberg und Wahrenth niemals zu erleben brauchen, wenn wir das Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen gehabt hätten. (Doh! Hufe, Widerspruch.)

Einen Vorschlag für den reaktionären Zug des kommenden Abschnittes der Reichstagsession gibt folgende Erklärung des Vertreters des Staatssekretärs Grafen Posadowsky, Geh. Oberregierungsrat Spielhagen: Es ist nicht üblich, daß sich ein Regierungsvertreter über die künftige Gestaltung einer Vorlage äußert, bevor nicht die maßgebenden Stellen gesprochen haben. Aber mein hoher Chef hat ja bereits, wie Sie aus der von dem Abgeordneten Ralfewig verlesenen Stelle gehört haben, erklärt, daß er für den kleinen Befähigungsnachweis einzutreten bereit sei. (Hört! hört!) Ohne Judiskretion kann ich Ihnen mitteilen, daß Sie mit der Erklärung, die der Staatssekretär Graf Posadowsky beim Zusammentritt des Reichstages abgegeben wird, zufrieden sein werden. (Bewegung und Hört! hört!) Die Befestigung des Vordröckers, daß der kleine Befähigungsnachweis lediglich für das Gaugewerbe eingeführt werden wird, nicht zutreffend ist. (Bewegung und lebhafter Beifall.)

In der Debatte über Stellungnahme gegen eine Verringerung in der Baukontrolle erklärt der Zentrumsabgeordnete Euler, daß er mit aller Macht gegen die von seinen Fraktionskollegen eingebrachte Resolution kämpfen werde.

Dem Scharfmachertag wohnten die Regierungsvertreter bis zum Schluß bei.

Soziales.

Ein Gewerkschaftsbeamter als „geschäftsmäßiger“ Vertreter vom Gewerbegericht abgewiesen.

In dem Rechtsstreit zweier Blumenbinderinnen gegen Tiefensee, der die Kammer VII des Gewerbegerichts in ihrer letzten Sitzung beschloß, war mit Vollmacht einer der Arbeiterinnen als Prozeßvertreter der Gärtner Kamrowsky erschienen, der zurzeit Gauleiter bei der Ortverwaltung Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins ist und als solcher schon mehrfach Mitglied dieses Verbandes vor dem Berliner Gewerbegericht unbeanstandet vertreten hat. Selbstverständlich erfolgte, wie stets bei Gewerkschaftsbeamten, die Vertretung vollständig unentgeltlich. Diesmal kamen dem Verhandlungsleiter, Gewerbeichter Dr. Schöden, Bedenken gegen die Zulassung des, nachdem dieser auf Befragen zugegeben hatte, daß er schon öfter, ohne Entgelt dafür zu erhalten, vor dem Gewerbegericht vertreten habe. Der Beklagte zog dann ebenfalls die Zulässigkeit der Vertretung in Zweifel, worauf durch Gerichtsbescheid A. als Vertreter der Klägerin abgelehnt wurde. Begründend wurde dazu ausgeführt: A. könne sich nicht darauf berufen, daß er kein Entgelt nehme, also nicht gewerbsmäßig handele. Denn Gewerbsmäßigkeit sei für seine Jurisdiktion gar nicht erforderlich, es genüge schon die Geschäftsmäßigkeit nach dem Gesetz. Da er schon wiederholt vor dem Gewerbegericht vertreten habe, so liege geschäftsmäßige Vertretung vor. A. mache ein Geschäft daraus und müsse deshalb als Vertreter abgelehnt werden. — In der Sache selbst kam es zu einem Vergleich.

Diese leider unansehnliche Zurückweisung eines Gewerkschaftsbeamten verstößt gegen den Sinn des § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes. § 31 lautet:

Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegerichte nicht zugelassen.

Durch diese Vorschrift sollten Rechtsanwälte ausgeschlossen werden, um das Verfahren zu verbilligen, dem materiellen Recht gegenüber dem formalen Recht den Sieg zu erleichtern und um den Arbeitgebern nicht ein Übergewicht über dem Arbeiter zu verschaffen. Die Nichtzulassung von „Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben“, sollte in Übereinstimmung mit § 157 (damals 143) der Zivilprozeßordnung erzwungen, sogenannte Winkeladvokaten oder Rechtskonsulanten von der Vertretung der Parteien auszuschließen. Keineswegs ging die Absicht des Gesetzgebers dahin, Berufscollegen oder Gewerkschaftsbeamte, Arbeitersekretäre, zu hindern, die Rechte der Parteien wahrzunehmen. Der § 31 des Gewerbegerichtsgesetzes ist freilich von einigen Gewerbegerichten in ähnlicher Weise wie in dem oben mitgeteilten Fall ausgelegt. So wies das Charlottenburger Gewerbegericht am 28. Oktober 1905 einen Maurer- und Gewerkschaftsflorier zurück, weil er „geschäftsmäßig“ aufträte. Auch in jenem Falle hob das Gericht hervor, geschäftsmäßig handele nicht nur derjenige, der gewerbsmäßig handele eine fortdauernde auf Erwerb gerichtete Tätigkeit betreibt, sondern auch derjenige, dessen Absicht bei der fortdauernden Tätigkeit nicht auf Erwerb gerichtet ist; es handele geschäftsmäßig, wer öfter die Vertretung seiner Kollegen übernehme und die Absicht habe, dies auch öfter zu tun. Diese Anschauung dürfte das Richtige nicht treffen, wiewohl Kommentatoren zum § 157 P.-O. dieselbe Ansicht vertreten und der Staatssekretär Graf von Posadowsky bei der Beratung des Kaufmannsgerichtsgesetzes meinte, eine „geschäftsmäßige“ Vertretung liege vor, wenn jemand die Vertretung zu einem Teil seiner Lebensaufgabe oder seiner Berufstätigkeit macht; wann das zutrefte, sei je nach dem Einzelfall zu unterscheiden. Der Begriff „geschäftsmäßig“ in § 31 G.-G.-O. ist dem § 143 P.-O. nachgebildet. Die Motive zum § 143 P.-O. erklären, daß der gewöhnliche Sprachgebrauch für den Begriff maßgebend sein soll. Im gewöhnlichen Sprachgebrauch verbindet man aber mit dem Begriff „Geschäft“ und „geschäftsmäßig“ die Absicht des Erwerbs. Wer eine Vertretung unentgeltlich übernimmt, betreibt mit der Vertretung kein Geschäft, handelt nicht geschäftsmäßig. Wollte der Gesetzgeber Vertreter ausschließen, die öfter vor Gericht erscheinen, so hätte er nicht den Ausdruck „geschäftsmäßig“, sondern „wiederholt“ oder dergleichen in Anwendung gebracht.

Die unferes Wissens vom Berliner Gewerbegericht zum erstenmal in dem oben mitgeteilten Beschluß niedergelegte Auffassung erschwert die Rechtsverfolgung dem Arbeiter außerordentlich, macht dem nach auswärts Verzagten die Wahrnehmung seiner Rechte fast unmöglich. Diese Verzögerung trifft nicht nur die Rechtsverfolgungen vor dem Gewerbegericht und Kaufmannsgericht, sondern auch die in

Unfall- und Invaliditätsfällen. Widerspricht sie dem Gesetz oder stimmt sie mit ihm überein — notwendig erscheint eine authentische Klarstellung durch eine Gesetzesnovelle mindestens dahin, daß Gewerkschaftsbeamte oder Arbeitersekretäre, die unentgeltlich die Partei vertreten, nicht zurückgewiesen werden dürfen.

Ausgleichsquittung und Kündigungsfrist.

Die Forderung des Holzarbeiters A. auf Lohnentfaltung wegen unberechtigter Entlassung beantwortete der Vertreter der besagten Firma Nieber u. Comp. vor der Kammer IV des Gewerbegerichts mit der Vorlegung einer Ausgleichsquittung, die Kläger unterschrieben hatte, als er bei Lösung des Arbeitsverhältnisses noch 2 M. Restlohn erhielt. Die Beklagte ging davon aus, daß die vom Kläger unterzeichnete Quittung, worin er bekennt, an die Firma keine Ansprüche mehr zu haben, auch jeden Anspruch auf eine Entschädigung für die vierzehntägige Kündigungsfrist ausschließe. Der Verdictshof unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth erachtete jedoch diese Auffassung für verfehlt und führte dazu aus: Die Ausgleichsquittung könne sich nur erstrecken auf bereits fällige Forderungen. Als Kläger unterschrieb, nämlich zurzeit der Entlassung, sei aber die Forderung einer Entschädigung für die nächsten vierzehn Tage noch nicht fällig gewesen. Somit werde diese Forderung durch die Unterschrift nicht ausgeschlossen.

Im Laufe der weiteren Verhandlung erbrachte die Beklagte den Nachweis, daß in dem Betriebe eine Arbeitsordnung ausständig, wonach die Kündigung überhaupt ausgeschlossen ist. Es wurde auch festgestellt, daß es sich um einen Betrieb mit mehr als 20 Arbeitern handelte. Unter diesen Umständen wurde dem Kläger die Rücknahme der Klage angeraten. Er konnte nicht einwenden, daß er die Arbeitsordnung nicht gesehen habe, denn nach der ständigen Auffassung des Gewerbegerichts wolle in Fabriksbetrieben mit mehr als 20 Arbeitern der Ausbruch der Arbeitsordnung wie ein Gesetz, da sie nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung in deraartigen Betrieben durch Ausschlag erlassen werde und die Forderung der Kündigung einer Arbeitsordnung an den Arbeiter nur eine für die Verbindlichkeit der Arbeitsordnung unerhebliche Formvorschrift sei. Da diese freilich lebhaft bestrittene Auffassung stänbig vom hiesigen Gewerbegericht betätigt wird, so nahm der Kläger die Klage zurück.

Beschluß der Arbeiterschulungskommissionen in der Pfalz.

Am Sonntag saßte in Neustadt in der Pfalz eine aus Ludwigshafen, Frankenthal, Dagersheim, Landau, Landbrucht, Dürkheim, Speyer und Neustadt bestående Arbeiterschulungskommission folgende Resolution:

„In Erwägung, daß die Industrialisierung der Pfalz immer größere Fortschritte macht, dazu durch Bundesratsverordnungen die Fabrikinspektion in die Lage versetzt wird, immer mehr die Kleinbetriebe im Auge zu behalten, erkennt die Konferenz der Arbeiterschulungskommission der Pfalz an, daß die Zahl der Inspezierenden nicht im entferntesten ausreicht, um eine intensive Kontrolle der Gewerbebetriebe vorzunehmen und verlangt:

- 1. daß eine erhebliche Steigerung der Beamten stattfindet und zwar, daß Leute aus den Reihen der Arbeiter, welche praktische Erfahrung besitzen, zugezogen werden;
2. daß dort, wo keine Arbeiterschulungskommissionen bestehen, solche in unzulästerer Hälfte ins Leben gerufen werden, und hierdurch das Material geprüft und unseren Landtagsabgeordneten überwiesen wird;
3. daß einen durchgreifenden Erfolg im Interesse einer strikten Durchführung der Arbeiterschulungsbestimmungen seitens des Fabrikinspektors sich die Konferenz nur dann verspricht, wenn den Beamten das gesetzliche Recht eingeräumt wird, ohne vorherige Anmeldung beziehungsweise ohne Begleitung seitens eines Geschäftsbeamten die Betriebe einer Inspektion zu unterziehen;
4. den Arbeiterschulungskommissionen zur Pflicht gemacht wird, gegen alle Mißstände, die sich ergeben, energisch einzuschreiten und somit dazu beitragen helfen, daß mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiterschaft weniger gefährlich umgegangen wird;
5. wird verlangt, daß in gewerkschaftlichen Versammlungen stets Veleichungen über die Wichtigkeit der Arbeiterschulungsbestimmungen gegeben werden.“

Eine Konferenz für ganz Bayern soll demnächst zur Stellungnahme zu dieser Frage einberufen werden. — Die in der Resolution niedergelegten Beschwerden über mangelhaften Arbeiterschulung treffen für ganz Deutschland zu. Der Mangel einer Überwachung der Betriebe durch von den Arbeitern gewählte Vertrauensleute und der Mangel eines reichsgefehligen Fabrikinspektors tragen an den von Jahr zu Jahr wachsenden Unfällen ein gerüttelt Maß Schuld.

Gerichts-Zeitung.

Jahrlässigkeit beim Schnapverlauf.

Ein eigenartiges Versehen führte gestern den Schankwirt Theodor Göye aus Diederdsdorf unter der Auflage der jahrlässigen Körperverletzung vor die zweite Ferienstrassammer des Landgerichts II. — Der bisher unbescholtene Angeklagte betreibt in dem an der Drebbener Wahn in der Nähe von Jossen gelegenen Dörschen Diederdsdorf eine kleine Schankwirtschaft in Verbindung mit einem Materialwarengeschäft. Für das letztere hatte G. anfangs Dezember vorigen Jahres ein Quantum hochgradigen Alkohols, sogenannt „spiritus vini“ bezogen. Diese Flüssigkeit befand sich in einer strohumschlossenen Weinstube und stand in dem Materialwarengeschäft, und zwar jahrlässigerweise neben mehreren gleichartigen Flaschen mit Äpfeln. Am 5. Dezember v. J. betrat der Arbeiter Gustav Walze den Laden und ließ sich sein vielgeliebtes Glaschen mit einem in der dortigen Gegend sehr beliebigen Schnaps füllen, welcher den schönen Namen „Rosenluft“ führte. Verzechtlich füllte der Gehülfe des Angeklagten die Flasche mit dem hochgradigen Alkohol. Walze nahm sofort einen gehörigen Schluck und verließ das Lokal mit den Worten: „Dommervetter, der geht aber ordentlich durch!“ Während bei A. irgend welcher Schaden nicht eintrat, hatte die gleiche Verwechslung bei dem Arbeiter Albert Luitzdorf höchst bedauerliche Folgen. Dieser ließ sich an demselben Tage ebenfalls sein Glaschen füllen und erhielt von dem Angeklagten auch den hochprozentigen Alkohol, von welchem er später nur einen einzigen Schluck trank. Bei ihm stellten sich sofort heftige Schmerzen ein, die ihn schließlich zwangen, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Der Arzt in Jossen konstatierte eine Speiseröhrenverengung, die den Luitzdorf hinderte, irgend welche Nahrung aufzunehmen. Man nahm deshalb die Hilfe des Professors Edmund Meyer in Anspruch, der jedoch bald erkannte, daß eine Rettung fast unmöglich sei, da durch die Folgeerscheinung der Verengung, die Unterechnahrung, eine längt im Reim vorhandene gewesene Krankheit, eine schwere Brustfellentzündung hinzugelommen war. Anfangs Januar verstarb G. in seiner Wohnung. — Die Anklagebehörde macht dem Angeklagten zum Verwurf, daß er jahrlässigerweise jene Flasche mit dem zum mindesten gesundheitsgefährlichen Inhalt in der Nähe der anderen Getränke habe stehen lassen, jedoch eine Verwechslung möglich gewesen sei. Der Staatsanwalt hielt eine gräßliche Jahrlässigkeit für nachgewiesen, durch welche ein in den besten Jahren lebender Mann voridnell ins Grab gebracht worden sei. Da bei der bisherigen Unbescholtenheit des Angeklagten eine Freiheitsstrafe nicht geeignet schein, beantragte der Vertreter der Anklagebehörde nur eine hohe Geldstrafe und zwar eine solche von 300 Mark. Das Gericht hielt ebenfalls eine Jahrlässigkeit für festgestellt und erkannte auf 100 Mark Geldstrafe eventuell 20 Tage Gefängnis.

Numm kontra Numm.

Der Weinhandlcr Leopold David ersucht uns um die Mittheilung, das er gegen das Urtheil der Strafkammer des Landgerichts II das Rechtsmittel der Revision eingeleitet habe.

Ein gefährlicher Kinderfreund.

Wegen Verleumdung von Schulfrauen ist am 11. April vom Landgericht Essen (N.) der Händler Julius Koch zu einem Jahre Gefängnis verurtheilt worden.

Verfammlungen.

Der Verband der Handels- und Transportarbeiter hielt seine Generalversammlung im großen Saale des Gewerkschaftsaufbaues ab. Der Bevollmächtigte Bexar gab einen ausführlichen Bericht über die Veranlassung zu dem Kampfe bei der Pakettfabrikgesellschaft.

Achtung! Vereine und Korporationen, die Aufnahme in den demnächst erscheinenden Vereinskalender wünschen, wollen Adresse und Sitzungslog bis zum 10. September der Redaktion einleiden.

Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher-Gesellen. Donnerstag, den 6. d. M., abends 10 Uhr, im Lokale Schillingstraße 36: Extra-Generalversammlung.

Verband der Friseur-Gesellen Deutschlands. Zweigverein Berlin. Donnerstag, den 6. d. M., abends 10 Uhr, im Lokale Rosenbalerstr. 11-12: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stern über: 'Die Grenzen der menschlichen Erkenntnis'. Diskussion.

Sparverein für Freidenker zur Ausführung der Feuerbestattung. Donnerstag, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Hofmanns, Schillingstr. 24: Versammlung. Gäste sind willkommen.

Theater. Donnerstag, 6. September. Anfang 7 1/2 Uhr. Cyranubus, Bajazzo. Schauspielhaus. Ein Kaiserstag zu Nürnberg. Demeistler. Neues Operntheater. Geschlossen. Deutsches. Ein Sommernachtsstraum. Wefen. Der Opernball. Anfang 8 Uhr. Fessung. Auframm Denschel. Vorzug. Der Troubadour. Berliner. Scherlock Holmes. Schiller O. (Wagner-Theater): Das Lumpenkindel. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Bühnen-Theater). Besch dem, der liegt. Neues. Frost im Frühling. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Refiden. Die Höhle des Löwen. Trianon. Die Notbrücke. Lustspielhaus. Spanienliebe.

Zentral. Der Bettelstudent. Kleines. Ein idealer Gatte. Carl Weiss. Adele. Deutsch-Amerikanisches. Im wilden Westen. Walthalla. Spezialitäten. Metropol. Auf ins Metropol. Nykolo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten. Thalia. Wenn die Bombe platzt. Vulkan. Die Hochzeit von Valenti. Kofino. Alexander der Große. Polles Caprice. Der General-Konful. Sünden der Väter. Wintergarten. Spezialitäten. Passage. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sängerkorps. Tanzstrasse 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Knaben des Weltw. Sternwarte. Invalidenstr. 57/52. Luisen-Theater. Reichenbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Die Hochzeit von Valenti. Freitag: Eine Nacht in Berlin. Sonnabend: Rosenmüller und Hinkel. Sonntag nachm.: Hochzeit v. Valenti. Abends: Eine Nacht in Berlin. Montag: Rosenmüller und Hinkel.

Zentralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen Deutschlands. Heute abend: Bezirk Centrum: Restaurant zum deutschen Hause, Kochstr. 3. Vortrag. — Bezirk Nord-Ost: Restaurant Rade, Am Friedrichshain 13. Vortrag. — Bezirk Nord-West: Restaurant Lamprecht, Linnichstr. 78. Vortrag. — Bezirk Süd-West: Restaurant 'Mordens'. Freitag, den 7. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Hofmanns, Schillingstr. 24: Fortsetzung der Diskussion über: 'Klassenkampf'.

Vermischtes.

Zu dem graufigen Mord bei Rathenow wird noch folgendes berichtet: Der unter dem dringenden Verdacht, das schwere Verbrechen an der fünfjährigen Hedwig Schay verübt zu haben, in Haft genommene Hausdiener August Klumenthal hat vor dem Untersuchungsrichter jetzt ein festliches Geständnis abgelegt.

Der Personen- und Güterverkehr auf der Mosel ist wegen zu niedrigen Wasserstandes ganz eingestellt worden.

Der tägliche Eisenbahnfall. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Viedenhofen stieß gestern der von Kaufbeuren kommende Zug Nr. 2131 mit dem Zuge Nr. 2100 seitlich zusammen.

Neue Erdstöße. Vasse-Terre (Guadeloupe), 4. September. Die französischen Antillen werden andauernd von starken Regengüssen und Stürmen heimgesucht.

Hungernot in Bengalen. Die Hungernot infolge Miskratens der Reisernie in Bengal greift weiter um sich.

Unwetter in Spanien. Madrid, 5. September. Western gingen hier furchtbare Gewitter nieder, wobei infolge der Blitzschläge eine Person getödtet und mehrere verletzt wurden.

Ein Sonntagsprediger.

An dem Petroleumkönig Rockefeller, der auf Massenelend und Ausbeutung, auf streupelloser Preiswuchererei seinen Reichtum aufgebaut hat, ist ein Pfaffe verloren gegangen.

Meine Freunde, ich freue mich, daß ich wieder in Amerika bin. Es ist ein großes Land und ein gutes Land, um darin zu leben. Seine heutige Macht hat es erlangt durch die wenigen Puritaner, die es zuerst besiedelten.

Rodefeller schätzte den Sonntagsschulunterricht, wenn er überall so wie in Cleveland aussieht, nicht umsonst hoch ein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der hiesigen Markthalen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69-73 pr. 100 Pfd., IIa 63-68, IIIa 57-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00. Kalbfleisch. Doppelender 95-105, Ia 78-83, IIa 68-76, IIIa 59-66. Hammelfleisch Ia 75-80, IIa 65-74, Schweinefleisch 67-74. Rebhühner Ia per Pfd. 0,60-0,80, IIa 0,25 bis 0,26, Rotwild Ia per Pfund 0,40-0,51, IIa 0,00. Damwild 0,49, Wildschweine per Pfund 0,15-0,20. Ferkel 0,00. Antilopen per Stück 0,40-0,75, Biberstein Ia per Stück 0,80-1,25, IIa 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,80-1,20, junge kleine 0,50-0,75, alte 0,60-0,75. Gänse, alte, per Stück 1,50-2,50, alte, IIa 1,00-1,40, junge, per Stück 0,50-0,85. Tauben, junge, per Stück 0,25-0,42, alte 0,25-0,34. Enten, junge per Stück 0,90-1,90, alte per Stück 0,00. Hamburger, junge, per Stück 2,75-2,90. Gänse, Ia per Pfund 0,90-0,95, IIa 0,30-0,45, Ia per Stück 2,75 bis 4,10, IIa 1,00-2,70. Gänse per Stück 0,80-1,20, do. klein 0,45-0,50. Schafe pr. 100 Pfd. 76-96. Zander 00. Klab 67. Schlei 108.

Table with market prices for various goods like 'Kale', 'Rindfleisch', 'Kalbfleisch', etc. Columns include item names and prices.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

Witterungsüberblick vom 5. September 1906, morgens 8 Uhr.

Table with weather forecast data. Columns include Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. (°C u. °F).

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 6. September 1906. Küster, vorherrschend wolkig mit Regen und mächtigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 4. September. Elbe bei Magdeburg - 0,44 Meter, bei Dresden - 1,77 Meter, bei Regensburg - 0,77 Meter. Uckerath bei Straubing - 1,10 Meter. Oder bei Rathow - 0,94 Meter. bei Breslau Oberpegel + 4,55 Meter, bei Breslau Unterpegel - 1,54 Meter, bei Frankfurt + 0,93 Meter. - Reichel bei Draheimünde - 2,50 Meter. Warthe bei Welen - 0,36 Meter.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater. Heute und folgende Tage: Sherlock Holmes. Anfang 8 Uhr. Neues Theater. Heute abend 8 Uhr: Frost im Frühling. Drama in 3 Akten v. Leo Venzl. Freitag, Sonnabend: Sganarell. Der bürgerliche Edelmann. Sonntag: Frost im Frühling. Komische Oper. Heute abend 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Freitag: Don Pasquale. Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen. Zentral-Theater. (Operette). 8 Uhr: Bettelstudent. Kleines Theater. Zum 70. Male: Ein idealer Gatte. Anfang 8 Uhr. Freitag, Sonnabend: Ein idealer Gatte. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl. Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte. Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67-68. Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philippus: Im wilden Westen. Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: 'Uebereichen Teich'. Lortzing-Theater. Bellealliancestr. 7/8. Donnerstag, 6. September, 8 Uhr: Zar und Zimmermann. Abonnements gültig. Morgen, Freitag: Der Troubadour.

Lustspielhaus. Täglich: Spagnenliebe. 8 Uhr. Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr: Die Höhle des Löwen. Schwan in 3 Akten v. R. Hennequin und P. Vilhau. Gaston Chalandre: Niß, Alexander. Carl Weiß-Theater. St. Franziskanerstr. 132. Vorlesung Wodje! Täglich 8 Uhr: Adele. Sonntag, 9. Sept., nachm. 3 Uhr: Adele. Kleine Preise. Im Garten täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 1/2 Uhr. Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Die Notbrücke. W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Große Extra-Vorstellung. 8 1/2 Uhr Mathilde 8 1/2 Uhr oder: Ein deutsches Frauenvers. Schauspiel in 4 Akten v. Rob. Stauder. Anfang 7 Uhr. Fortsetzung 3 Uhr. Bei schlechtem Wetter: Lotte! im Saale. Folies Caprice. Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße. Zum 6. Male: Der Generalkonsul und Die Sünden der Väter. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf b. Wertheim u. an der Theaterkasse 10-2 Uhr. Fröbels Allerlei-Theater. Schönhauser Allee 148. Täglich: Vorstellung und Tanz. Neue Spielpläne. Figliola. X Jean Hofer. mit seiner irrtümlichen Zierfamilie. Täglich: Großer Tanz. Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Metropol-Theater

Henry Bender. Josef Giampietro.
Fritz Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollender.
Anfang 8 Uhr.
Rauschen überall gestattet.

Passage-Theater.

Gastspiel
Josefine Dora
in der Komödie
„Riecke“
mit dem Schläger
„Emil du bist eine Pflanze.“
Außerdem
14 erstklassige Spezialitäten!

Bernhard Rose-Theater

Geliebte Schwestern, Badische 58.
Heute: Großer Göttertag.
Zum vorletztenmal!

Robert u. Bertram.

Dasu Berlins bestes September-Spezialitäten-Programm.
u. a.: **Paul Coradial.**
Im Saale: **Großer Ball.**
Anfang 4 1/2 Uhr.
Saisonkarten u. Possépartouts haben Gültigkeit.

Stadt-Theater Moabit

AM-Moabit 47/49.
Heute Donnerstag, 6. September cr.:
Große Extra-Garten-Vorstellung.
Gerichtet.

Walhalla-Varieté-Theater

Weinbergsweg 19/20
am Rosenthaler Tor.
Ganz Berlin spricht bereits über
Chevalier Thorn.
„Im Traumlande“
Adele Moraw
Soubretten-Diva vom St. Josef-Käbter Theater in Wien.
13 erstklassige Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Rauschen überall gestattet.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börsen.
Täglich 8 Uhr:
15 erstklassige Nummern.
u. a.: **Paul Vendaro**
Soubrette und Akrobaten.
Carmanelli Duo
musikalischer Scherenspieler.
Der Sommerleutnant.
Schwan vom St. Reichardt.
Eintritt 50 Pf. Entree 50 Pf.
Familienkarten in Barber-, Fleisch- u. Hageorgeschäften unentgeltlich.

Kasino-Theater

Lohringerstr. 37. Täglich 8 Uhr
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Sellg.
Vorher das Eröffnungsprogramm.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Madame Bonivard.**

Bughenhagen

Horitzplatz.
Täglich:
Gustav Gottschalk's
humoristische Konzerte.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater) Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: **Das Lumpenkindel.** Tragikomödie in 3 Akten von Ernst v. Holzogen.
Freitag, abends 8 1/2 Uhr: **Fran Inger von Oestrot.**
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr: **Hasemanns Töchter.**
Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: **Weh' dem der lügt.** Lustspiel in 5 Akten v. F. Grillparzer.
Freitag, abends 8 1/2 Uhr: **Hasemanns Töchter.**
Sonntag, abends 8 1/2 Uhr: **Weh' dem der lügt.**

Freie Volkshühne.

3. und 4. Abteilung
Sonntag, den 9. September, 3 Uhr nachmittags im Berliner Theater, Ludwig Anzengruber:

Die Kreuzelschreiber.

Bauernkomödie in 5 Bildern. Artistische Leitung: A. Steisert.
II. Serie: Im Neuen Schauspielhaus:
William Shakespeare: **Der Sturm.**
Romantisches Schauspiel in fünf Aufzügen.
Sonntag, den 21. Oktober, Premiere: 8.9. Abteilung.

Dann folgen: 10/11, 12/13, 14/15, 16/17, 18, 1., 2./3, 4./5, 6./7. Abteilung.
Artistische Leitung: Direktor Alfred Halm.
Dirigenten: Hofkapellmeister Prill und Karl Vach.

17. Kunst-Abend im Rathause.

Henrik Ibsen
Vortrag und Rezitation, Lieder von Grieg.

Neue Mitglieder

können sich noch in allen Zahlstellen melden.
Die neuen Mitgliedskarten der alten Mitglieder müssen aus den Zahlstellen abgeholt werden, da sie sonst an neue Mitglieder weiter vergeben werden.
Die Mitglieder werden ersucht, die laut Beschluss der Juli-Generalversammlung vorbereiteten Flugblätter betreffend das **Freie Kunstheim** aus den Zahlstellen abzuholen und zu verbreiten und die Antwortkarten ausgefüllt in den Zahlstellen abzugeben.
229/13
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Landes-Ausstellungspark.

Neu erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.
Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags.
Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.
Täglich: Doppel-Konzert.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Oh schön! Ab 1. September täglich: Oh Regen!
neues sensationelles Programm.

Kaffeeküche, Volkabelstigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Besondere Karten sind gültig.
Entree 50 Pf. im Vorverkauf (Gewerkschaftshaus) — Abendkasse 50 Pf.
Prof. Scherzmann; Margarete Walkotte; Vortragskünstlerin Herr GAY, Violoncellist; Emil Walkotte, Konditor; Herr Seiditz, Konzertorganist; Georg Wolf vom Thalia-Theater; Mitzler u. d. Art; Arthur Teuber vom Lessing-Theater; im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Sonntag, den 6. September, abends 7 1/2 Uhr, der Brett-Diva Margarete Walkotte.
Volks-Kabarett

Apollo-Theater

10 Uhr! 10 Uhr!
Größter Lachserfolg!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus - Trick.
Vorher 8 Uhr:
Die erstklassigen neuen Attraktionen.

Berliner Prater-Theater

Posten-Allee 79.
Täglich:
Zwischen Himmel u. Erde
Großes Ausstattungsstück.
The three Spoons.
Jongleur-Duosomme.
In der Küche.
Spezialitäten. X. Ball.
Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Schm. u. Bellefmannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue September-Programm.
Gobr. Marconi, Henry Sago, Monte Christo, der Hefenschäpfer; Kascha Rusalka.
's Eiseserle.
Liederpiel in 1 Akt von S. Stieff.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

WINTER GARTEN

Großer Erfolg des Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Bonhair Gregory, Akrobat-Truppe.
Mia Werber, Sängerin.
Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.
Chung Ling Soe, chin. Zauberkünsl.
De Witt Burns und Terrance, amerikanische Exzentriks.
Die Piasutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Clown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Der Biograph.

Schweizer Garten

Am Königstor — Am Friedhofshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Vollständ. mit Orchest. in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus (Das Rätsel aller Rätsel).
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jacksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffen.
Wochentags: Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Colosseum

Dresdenerstr. 97.
Das brillante Eröffnungs-Programm!
15 erstklassige Spezialitäten 15
Konzertsaal:
Humoristisches Volks-Kabarett.
(Ohne Weinzwang.)
Sonntags 1/4 Uhr: Familienvorst.
Halbe Preise, ein Kind frei.

Sanssouci. Kolbuser Straße 4a.
Direktion Wilhelm Roemer.
Sonntags, Feiertage, Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzfränzchen.
Neu! Der Herkules.
Sonnab. 5, 8, 11, 11.
Sonntags: Benefiz für Hoffmanns Nordd. Sänger.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang Hochtags 8, Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O.,
Frankfurter Allee 85.

Kolossaler Erfolg

des sensationellen neuen September-Programms.
22 Nummern.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauerstr. 45,
am Holkenmarkt.
Filiale:
Ecke Kaiser-, Schilling- und Kl. Frankfurterstraße.

Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.

Telephon: Amt I No. 8985. 21711.
Gr. u. kl. Festsäle mit und ohne Theaterbühne, auch Sonnabend und Sonntag, in diesem und im nächsten Jahre frei. 8 Vereinszimmer, 5 Pianos, 2 Harmoniums und 1 Flügel stehen den geehrten Vereinen zur gefälligen Verfügung.

Mühlhäuser Kautabak

von Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhäuser i. Th. nur echt, wenn die Köstchen den beigesdruckten Zettel enthalten, worauf gefälligst genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 19642
Berlin SW., Großbeerenstraße 39. Amt VIa, 10560.

Möbel-Fabrik

von **A. SCHULZ,**
Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt gediegener Möbel in jeder Holz- und Stilart von 300, 400, 500, 600 bis 10.000 Mk.
Auch fertige Sofas, Garnituren und Matratzen eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen.
20361.

Stiftung:
Allgemeine Orts-Krankenkasse Spandau.
Auf Grund des § 66 des Statuts geben wir folgende Statutenänderung, welche am 10. September 1906 in Kraft tritt, bekannt.
275/15
Dritter Nachtrag
zum Statut der Allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Spandau vom 22. März 1904.
Beschluss in der General-Versammlung vom 5. Juli 1906.
Der § 30 des Statuts lautet fortan:
§ 30.
Die nachschlüssigen Mitgliedsbeiträge betragen:
1. Für erwachsene männliche Kassennmitglieder über 16 Jahre ausschließlich der Lehrlinge 78 Pf.
2. Für erwachsene weibliche Kassennmitglieder über 16 Jahre 39 Pf.
3. Für männliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 27 Pf.
4. Für weibliche Kassennmitglieder unter 16 Jahren und für Lehrlinge 24 Pf.
Spandau, den 5. Juli 1906.
Der Vorstand: **A. Kleinert.**
Genehmigt
Vorsitzend, den 10. August 1906.
L. S.
Ratmann des Bezirksausschusses.
B. 8272 **Der Vorsitzende.**
In Vertretung: Reich.

Steppdecken
Ersatz für Deckbett 285
Bunt Kattun in den Farben rot, blau, oliv 4 85 875
Wollatlas 5 25 750
Bunte Normal-Schlafdecken 1 50 250 350
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
Oranienstraße 150. Berlin N.
Vorstand p. 31d. 120 bis 140.
Berlin N., Brannenstr. 190. [297/10]

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun Ersatz für Deckbett 285
Wollatlas in den Farben rot, blau, oliv 4 85 875
Schlafdecken 1 50 250 350
Wolldecken ganz dick 3 00 4 00
Spezial-Haus **Emil Lefèvre,**
Oranienstraße 150. Berlin N.
Vorstand p. 31d. 120 bis 140.
Berlin N., Brannenstr. 190. [297/10]

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.
Zahlstelle Berlin, Zektion I.
Am 27. August cr. verstarb nach kurzem Leiden unser langjähriger Mitglied
Otto Altmann
zuletzt im hiesigen Brauhaus beschäftigt, im hiesigen Brauhaus nach Arbeit und wurde am 31. August cr. beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
42/4 **Der Vorstand.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Mitglied
Max Heine
am 3. September verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. September, nachmittags um 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hermanns-Nichthofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/5 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Dienstag früh 4 1/2 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Leiden im 52. Lebensjahre mein lieber Mann und guter Vater
Paul Brausendorf.
Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Thomasmairie in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Dies zeigt Selbstbetrüb an
Fran Brausendorf nebst Tochter.
10476

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am Dienstag, den 4. d. Mts., verschied nach kurzem Leiden unser lieber Mitglied, der Brüder
Paul Brausendorf.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Beerdigung findet Freitag, den 7. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Thomasmairie in Hildorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
25/14 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die kranke Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Marie Blaurock
geb. Brinkmann
am 4. September nach langen schweren Leiden im nahezu vollendeten 58. Lebensjahre sanft entschlafen ist.
10585
Die Beerdigung findet am Freitag, den 7. d. Mts., nachm. 5 Uhr, vom Friedhofe, Pantom, Kaiser Friedhofstr. 68, aus statt.
Um dieses Beleid bittet Selbstbetrüb
Adolf Blaurock nebst Kindern.

Am Dienstag, den 4. September, verstarb plötzlich mein lieber Mann, unser guter Vater und Bruder, der Schriftföhrer
Richard Kistner.
Dies zeigt Selbstbetrüb an im Namen der Hinterbliebenen
Mathilde Kistner.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 8. September, 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Ruten-Nichthofes, Charlottenburg, Hirschenbrunner Weg aus statt.

Dankfagung.
Für die tiefen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung unserer unvergesslichen Tochter und Schwester
Anna Temnitz
sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank.
22142
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise von Teilnahme, welche uns beim Hinscheiden unseres lieben Bruders und Schwagers, des Ingenieurs 153/4
Alfred Sachs
zuteil wurden, sprechen wir hiermit allen Verwandten und Freunden unseren herzlichsten Dank aus.
Dr. Paul Christeller
Fanny Christeller geb. Sachs.
Dr. Simmel, Priesen-Str. 41,
Spezialarzt für 137/13
Haut- und Nervenleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.
H. Piano, 45 Pf., Frankfurterstr. bis 9 abds. 3. vert. Gerichtstr. 92, Dittich.

Partei-Angelegenheiten.

An die Berliner Genossen!

Am Freitag, den 7. d. Mts., findet in Züsterweg die Stadtverordneten-Wahl...

Berliner Nachrichten.

Zur Erstwahl im dritten Berliner Landtagswahlkreis.

Seit dem 12. Februar ist der dritte Landtagswahlkreis hervooll. Sieben Monate sind ins Land gegangen...

Wenn der oben angegebene Termin über die Wahl richtig sein sollte, so trennen sich nur noch acht Wochen von den Urwahlen. Da drängt sich doch die Frage auf: Was ist das für eine Wirtschaft im Magistrat...

Zur Abstimmung über den Achtuhr-Ladenschluß.

Kriegt Berlin den Achtuhr-Ladenschluß? Von den Nächstbeteiligten, den Ladeninhabern wie den Gehülften, wird die Antwort auf diese Frage mit Spannung erwartet...

Wir wollen abwarten, was hierzu die amtlichen Ermittlungen ergeben werden. Sollte es aber wider alles Erwarten tatsächlich zu einer Ungültigkeitserklärung kommen...

er die Pflicht, auch mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß niemand bei der Abholung übergangen wird. Aber das hat er offenbar nicht getan.

Die Aufhebung der Sonntags-Paketbestellung im Reichspostgebiete hat sich, wie das „Archiv für Post und Telegraph.“ in einem längeren Aufsatz darlegt, in jeder Weise bewährt...

Eine etwas peinliche Testamentgeschichte hat jüngst den Berliner Magistrat beschäftigt. Im August vorigen Jahres verstarb hier das Arbeiter-Schäpe Ehepaar...

Ein Posadowsky-Haus ist vom Beamten-Bauverein in der Wollankstraße, an der Berlin-Pankower Grenze, errichtet worden. Es ist jetzt, bis auf unbedeutende Arbeiten, vollendet...

Für die Retter von Courrières sind beim Oberbürgermeister Kitzinger infolge der im März d. J. erlassenen Aufforderung im ganzen 6910,50 M. Beiträge zu einer Ehrengabe...

Fremder Besuch. Auf Einladung der Berliner Juristischen Gesellschaft und der Internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft...

Die Hochbaderstation war gestern an der Reife, das Viehwohlfrauenhaus zu beschließen. Ueber die ganze Anlage bringen wir einen Bericht...

Berliner Asylverein für Obdachlose. Im Monat August nächstigen im Männerzähl 21576 Personen, wovon 10790 badeten, im Frauenzähl 4321 Personen, wovon 1137 badeten.

Kaufe Köpfe. Dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gingen von zuverlässiger Seite Mitteilungen zu über zweifelhaftes Firmen in den Niederlanden und in Griechenland...

Welch großer Unfug von Missionspredigern getrieben wird, geht aus einem Schreiben hervor, das eine ältere Witwe kurz nach dem Tode ihres Mannes erhalten hat...

Ernstes Mahnung! Suche Jesum und Sein Licht, Alles andere hilft Dir nicht! Zutritten der Trübsal, die Gott der Herr Ihnen gesandt hat...

Lassen Sie ab von Ihrem bisherigen sündhaften Lebenswandel und geben Sie sich ganz Gott hin. Wittwen und Waisen will der Herr nie verlassen.

Abgesetzt bei Besteigung der Kleinen Finke ist am Montag Dr. Ewald Hoebner, der Journalistenkorrespondent des „Berliner Tageblatt“, er wurde in das Allgemeine Krankenhaus nach Jannichen gebracht...

Dies schreibt Ihnen ein von Gott berufener Volkshüter, dem Gott Vieles in jüngster Zeit offenbart hat, zum Segen der Menschen. Sie kennen nun den Befehl Gottes, handeln Sie auch danach und sagen Sie es auch Anderen.

Der Mann, der dieses Elaborat verbrochen hat, rechnet sich offenbar zu den Gesundbetern, leidet unseres Erachtens aber sicher an religiösem Wahnsinn. Wir haben für diejenigen, die dem Verfasser des Briefes in die Hände fallen, nur das Gefühl des Bedauerns übrig, da sie von den Wahndeeen leicht angesteckt werden können.

Eine sonderbare Betriebsführung im Straßenbahnverkehr hat am Dienstagmorgens stattgefunden. Gegen 1/4 Uhr hielt vor dem Hause Köpferstraße 8 ein beladener Möbelwagen der Firma Langner in Charlottenburg.

Dienstmädchen-Los. Wer Dienstmädchen werden will, muß — wie man zu sagen pflegt — ein dickes Fell haben und einen tüchtigen Puff anschalten können. Ein Dienstmädchen muß fähig sein, unfreudliche Worte schweigend hinzunehmen...

In Schöneberg hat am Mittwoch ein Dienstmädchen einen Selbstmordversuch gemacht, zu dessen Erklärung ähnliche Beweggründe angeführt werden. Im Hause Rosenheimerstraße 36 dient bei dem Kaufmann Joachim seit einigen Monaten ein erst achtzehnjähriges Mädchen Frida H. Frau Joachim soll eine sehr reizbare Dame sein...

Tragisches Ende einer Revolverpielererei. In der Nacht zum 5. d. M. erschoss sich der im 98. Polizeirevier stationierte Schutzmann Wolf in dem Gartenlokal von Philippsaal, Brenzlauer Allee. Wolf war während seines Parcourausgangs in das genannte Lokal eingedrungen und zeigte den dort anwesenden Gästen die Konstruktion seiner Dienstwaffe...

Beim Rudern ertrunken ist in der Spree zwischen Reptunshain und Sabowa ein etwa 23jähriger junger Mann aus Berlin, dessen Personalien bisher leider nicht festgestellt werden konnten. Am Dienstagmorgens gegen 5 Uhr unternahmen drei junge Leute in einem dem Rotkreuz gehörigen Ruderboot eine Ruderpartie auf der Spree und verunglückten kurz vor dem Bug eines von Berlin kommenden Vergnügungsdampfers der Stern-Gesellschaft...

Todessturz vom „historischen Fenster“. Im alten königlichen Palais, Unter den Linden, hat sich gestern ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Der 41 Jahre alte Huber Nathan aus der Markussstraße 23 hatte in dem Palais die Fenster gereinigt und als er das „historische Fenster“ von außen säubern wollte, drehte er sich während der Arbeit um, um nach der Straße Unter den Linden hinüberzusehen...

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich Dienstag abend um 1/2 Uhr vor dem Hause Köpferstraße 8. Dort spielte der etwa 14jährige Sohn des Köpfers Jander mit anderen Knaben auf dem Freibännen und wollte nach dem gegenüberliegenden Bürgersteige hinüberlaufen. Ein Knabe achtete nicht darauf, daß

In demselben Augenblick ein Motorwagen der Straßenbahnlinie 88 herannah, wurde umgestoßen und kam unter den Vorderperon vor dem Schuttabramen zu liegen. Der Junge erlitt eine stark blutende Verletzung am Kopfe und am linken Arm. Er wurde mittels Droßke nach dem Krankenhaus Bethanien übergeführt.

Die Entleerung eines Kohlenzuges fand gestern morgen in der Stadtstraße statt. In der daselbst, Ecke der Rantewulfstraße liegenden Bahnhofs entgleiste gegen 5 Uhr früh der vom Görlitzer Bahnhof nach der städtischen Gasanstalt in der Gitschinerstraße fahrende Kohlenzug und etwa zehn mit Feuerungsmaterial beladene Wagen sprangen aus den Schienen. Es währte etwa eine Stunde, ehe die sofort aufgenommenen Aufräumungsarbeiten beendet waren. Vom Zugpersonal wurde niemand verletzt.

Aus der Selbstmordchronik. Weil er von seiner Frau verlassen worden war, hat der Privatier Louis S. aus der Wienerstraße 14a Selbstmord verübt. Zunächst öffnete er in seiner in der zweiten Etage gelegenen Wohnung sämtliche Gasföhne und ließ die giftigen Gase ausströmen. Dann jagte er sich auch noch eine Revolverkugel in den Kopf. Der Lebensmüde kam denn auch zum Ziel. Seine Leiche wurde in das Schanhaus eingeliefert. — Wegen eines unheilbaren Leidens versuchte sich der 45jährige Arbeiter Hermann S., Posteingangstraße 20, zu töten. S. fuhr nach der Kolonie zur „Schießen Haube“ und schoß sich in seiner dortigen Laube eine Revolverkugel in die Schläfe. Noch lebend wurde er in das Krankenhaus eingeliefert. — In der Kajüte seines Rahnes unternahm der Schiffsführer Alfred Engel, dessen Yille seit einiger Zeit auf dem Schiffahrtskanal vor Anker liegt, einen Selbstmordversuch. Er benutzte gleichfalls den Revolver. Er jagte sich eine Kugel in die Brust und fand im hoffnungslosen Zustande im Krankenhaus Aufnahme. Das Motiv ist angeblich in Nahrungssorgen zu suchen. — Liebeskummer hat den 23jährigen Photographen Fritz Wosperich, der bei seiner Mutter in der Grunewaldstraße wohnte, in den Tod getrieben.

Das Kasino-Theater eröffnete am Dienstagabend seine diesjährige Winterfaison mit einem schönen Erfolge. Die Direktion hatte ein altes Berliner Volksstück ausgegraben, das sich „Alexander der Große“ betitelt und Emil Thomas und Adolf Salig zu Verfasser hat. Das Stück ist reich an guten Pointen und zündenden Couplets. Eine geschickte Theatermusik baut das Ganze wirksam auf. Dazu kommt noch eine leichte, ansprechende Musik (von Herman Scheibenhöfer), die Ernst und Scherz dort unterstreicht, wo es die Autoren haben wollen. Bei seine Ansprache nicht allzuhoch schraubte, amüsierte sich vortrefflich. Zum Gelingen des Ganzen trugen besonders Direktor Hans Berg (als A. F. A. Nobel) und Adolf Zimmermann (als Agent Wachtel) bei. — Ein Eingangsspiel „Die neue Zeit“ von Fritz Schäfer, das das Programm als „Festspiel“ für das Hauptstück des Abends bezeichnete, hätte fehlen können. Die Anspielungen auf das gegenwärtige Berliner Theaterleben, die es brachte, waren wenig geistreich; es roch etwas stark nach Eigenlob. — Hervorgehoben zu werden verdient noch der Varietéteil des Programms. Alle drei Piecen („The 2 Simpsons“, „Frères Pascoli“ und „Les trois soeurs Amatis“) verdienen volles Lob.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam in der Dorfstraße 13 in einer Wohnung Feuer aus, das durch den 13. Zug auf seinen Weg bezirkt werden konnte. Gleichzeitig hatte der 8. Zug in der Reichenbergerstraße 133 einen Zimmerbrand zu löschen. Mittwoch früh 6 Uhr entstand in der Tiergartenstraße 82 in einer Wobstube ein Brand. Zwei größere Kellerbrände beschäftigten die Wehr in der Neuen Königstraße 30 und Eibingerstraße 75. In beiden Fällen mußte die Wehr längere Zeit Wasser geben, um die Gefahr zu beseitigen. Auf dem Exerzierplatz an der einsamen Rappel (Schwedterstraße) brannte Stroh usw. und gleichzeitig in der Schulstraße 18 in einer Küche Kleider, Körbe und anderes. Wegen Preßstoffbrände wurde die Wehr nach der Wogenstraße 16 und anderen Stellen gerufen. Vor dem Hause Landsbergerstraße 35 brannte abends Gas auf offener Straße aus undichter Leitung. Ferner liefen noch Alarme aus der Französischenstraße 33a, Barlielstraße 15, Chausseestraße 78, Kovalisstraße 16 und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Genossen hatten eine außerordentlich stark besuchte öffentliche Versammlung im Volkshaus Dienstagabend arrangiert. Genosse Düwelle sprach über „Die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung der Vorgänge in Rußland, Breslau und Nürnberg“. Er begann seinen Vortrag mit Hinweisen auf bekannte und vielbesprochene Reden Wilhelm's II., die wohl von den Vorgängen in Rußland beeinflusst worden seien. Rußland, der Koloss auf tönernen Füßen, steht im Mittelpunkt des politischen Interesses. Der Koloss bricht zusammen. Redner verweilt bei dem Kriege zwischen dem mächtigen großen Rußland und dem kleinen scheinbar so schwachen Japan. Rußland zeigte seine Mächte, seine Korruption in dem Kriege, und dieser gab den Signal zum Aufkommen der revolutionären Bewegung. Der Friede mußte geschlossen werden, weil der wirtschaftliche Zusammenbruch drohte. Die Flammen der Revolution fraßen weiter. Der Zar Nikolaus erscheint wie ein Verbrecher an der Spitze der Großfürsten. Man denke an den 21. Januar 1901! Zum Väterchen Jar kommt das Volk in einem frommen Kinderglauben und erbatungslos wird des Volkes Blut vergossen. Die Revolution ist reich an Heldentaten, darunter die vieler Frauen hervorzuheben. Man denke an Maria Spiridonowa! Redner erzählt von den Judenverfolgungen, von dem Treiben der „Schwarzen Hundert“, von der Inquisition in Warschau und von vielen Szenen aus der Revolution. Der Zar versprach die Konstitution, ein Verzug dem eigenen Volke gegenüber, wie auch dem Auslande, weil es sich da um die Anleihe handelte. 2 Tage vor der Eröffnung der Duma kam die neue Anleihe zustande und nur 72 Tage hatte die Duma Bestand. Es ist jetzt eine Art Guerillakrieg in Rußland ausgebrochen; das Volk wehrt sich gegen die zarischen Bluthunde. Rußland hat in Preußen einen tüchtigen Dienstmann. Am Königsberger Prozeß wurde unter dem Pöbelgästel der Welt Deutschland als Rußlands Knecht bloßgestellt. Eine große Sorge haben die russischen Genossen, welche die deutschen Genossen von ihnen nehmen müssen. Redner bespricht die Möglichkeit einer Interventionspolitik und sagt, das deutsche Proletariat müsse in geeigneter Weise dagegen Front machen, — wie, das läßt sich nicht vorher festlegen, aber es darf nicht vorkommen, daß deutsche Soldaten russische Henserdienste leisten. Man ist geneigt, viele der jüngsten Vorkommnisse, wie in Hamburg, Breslau und Nürnberg, als Probe aufzufassen, was sich das deutsche Volk wohl alles bieten lassen werde. Weitere Streiche der Reaktion sind zu fürchten, wie Angriffe auf das Wahlrecht, auf das Koalitionsrecht. Dem Drängen der Scharfmacher wird bei uns überall nachgegeben, das ist an zahlreichen Beispielen deutlich zu erkennen. Redner vertreibt bei der deutschen Politik, erinnert an die Buchausvorlage, an Zollpolitik, an Ostmarkenpolitik, an das Attentat auf die Volksschule, erörtert die Gefahren des Ultramontanismus und zeigt, wie die Justiz und ihre Organe, besonders die Polizei, durch ihr Verhalten überall die Interessen der Unternehmer wahrnehmen. Zum Schluß des zweistündigen Vortrages richtete Genosse Düwelle dann einen energischen Appell an die Genossen, sich immer besser zum Kampf zu rufen und auf den Sieg zu vertrauen. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Bewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Schöneberg.

Die Angestellten der Englischen Gasanstalt der Betriebe Schöneberg, Wilmersdorf und Bülowlitrohe besprachen am Montag in einer auf beschleunigte Betriebsversammlung nach einem einleitenden Vortrage des Stadtverordneten G. Roger-Nixdorf den „politischen

Waffenstreik“. Ein Zusammengehen von Politik und Gewerkschaften wurde auch hier als unumgänglich notwendig erachtet und in der Diskussion außerdem noch betont, daß zwecks Aufklärung über das Wesen des Streiks eine politische Erörterung in den Gewerkschaften zu erfolgen habe. — Unter internen Angelegenheiten wurde sodann noch die Einführung des Beitragsamtlensystems beschlossen, womit umgehend, vielleicht schon in nächster Woche, begonnen werden soll. In Ausführung eines vor kurzem gefaßten Beschlusses betreffend Anschluß an das Schöneberger Gewerkschafts-kartell wurden die Kollegen Stenzel und Reinde gewählt.

Nixdorf.

Ein großer Gedruss fand am Dienstagabend auf dem Grundstück Boddinstr. 20 in Nixdorf statt. Hier befinden sich noch die letzten Reste der Rollberge, die einst einen stattlichen bewaldeten Höhenzug an der südlichen Grenze Berlins bildeten. Durch vorgenommene umfangreiche Aufschachtungen auf dem benachbarten Terrain des Berliner Beamtenwohnungsbaureins war auf dem Grundstück Nummer 20 ein Bergel mit einer hohen, steil abfallenden Wand entstanden. Dieser Bergel stürzte plötzlich mit dumpfen Getöse ein. Dadurch entstand eine beträchtliche Verschiebung des Terrains. Da kurz vor Eintritt der Katastrophe Kinder auf dem Sandberge gespielt hatten, entstand unter den in großer Zahl auf dem angrenzenden Boddinplatz sich ergehenden Frauen und Mädchen eine heftige Panik. Von allen Seiten erscholl der Schreiesruf, daß mehrere Kinder unter den Sandmassen verschüttet seien, lautes Jammeren ertönte, und manche Frauen, die ihre Kinder nicht gleich finden konnten, gebärdeten sich ganz verzweifelt. Die Nixdorfer freiwillige Feuerwehr wurde alarmiert, diese begann in Anwesenheit einer angstvollen Menge die Sandmassen zu durchforschen. Nach mehrstündiger angestrengter Schichtarbeit konnte sie aber glücklicherweise konstatieren, daß Menschen bei dem Bergsturz nicht verschüttet worden waren.

Wilmersdorf.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung erfolgte die Feststellung und Prüfung der Rechnungen für das Etatsjahr 1905. Aus dem Referat des beauftragten Schöffen Assessor Prohm, war ersichtlich, daß die Bilanz einen Ueberschuß von 848 329,02 M. ergeben hat. Die Umsatzsteuer hat allein ein Mehr von 469 000 M. gebracht. In diesem Mehr sind enthalten 57 500 M. direkte Steuern und 24 000 M. Kreissteuern. Von diesen 848 329,02 M. gehen 258 527,50 M. Verzinsungsbetrag des Kanalisationsbaufapitals und 232 442 M., die dem Ausgleichsfonds entnommen waren, ab, es verbleibt somit ein Reinerlös von 355 359,52 M. Die Versammlung stimmte alsdann einem Vertrage mit der Großen Berliner Straßenbahn zu, wonach die Linien 89 und 90 durch Wilmersdorf durchgeführt und bis zum Charlottenburger Straßenbahnhof verlängert werden. Es werden außerdem die Linien 91 und 92 durch die Gumpel- und Althausstraße geführt und die Gleise aus der Holzstraßenstraße entfernt. Da der Schöffe Vaurat Gerard seinen Wohnsitz nach außerhalb verlegt, wird eine Reuwahl nötig. Die bereits in Tätigkeit getretene Berufsfeuerwehr besteht aus einem Brandinspektor, einem Feldwebel, zwei Oberfeuerleitern und 17 Feuerwehrleuten.

Straßen.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete nach einem Vortrage des Genossen Hensel über Kommunalpolitik der Vorstand Bericht. Danach ist die Mitgliederzahl vor 121 auf 152 gestiegen. Der Massenbericht zeigt eine Einnahme von 479,81 M. und eine Ausgabe von 236,61 M. „Vorwärts“-Abonnenten sind am Ort 154. Ueber die Generalversammlung des Verbandes berichtete Genosse Gebel. Hierauf erstattete Genosse Pippert den Bericht über die Kreisgeneralversammlung. In die Zeitungskommission wurde Genosse Adlerstein gewählt. Zum Schluß erwähnte Genosse Hensel die Genossen, mehr wie bisher ihre Pflicht zu tun.

Rummelsburg.

Durch eine explodierende Rakete lebensgefährlich verletzt wurden gestern der 40jährige Feuerwerker Albert Hoffmann und dessen etwa 30 Jahre alter Gehilfe Karl Hartmeyer aus Friedrichshagen. Die beiden Männer waren in ihrem bier bei dem Restaurant Neu-Seeland gelegenen Laboratorium mit dem Anfertigen von Feuerwerkskörpern beschäftigt, als plötzlich aus unbekannter Ursache eine Rakete sich entzündete. Durch die umher fliegenden Funken explodierte das in ziemlich großen Mengen vorhandene Pulver, und im Nu waren die beiden Personen von den Flammen ergriffen. Durch die Hülferufe der Bedrohlichen wurden zwar alsbald Leute herbeigerufen, die entflohen mittels nasser Tücher die Flammen erstickten, doch hatten die beiden Feuerwerker so schwere Brandwunden erlitten, daß ihre sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus erfolgen mußte.

Bernau.

Am morgigen Tage findet eine Gemeindevertreterversammlung statt, in welcher wichtige Anträge unserer Genossen zur Beratung stehen.

Zeuthen.

Eine reichhaltige Tagesordnung hatten die Gemeindevertreter in ihrer letzten Sitzung zu erledigen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der neu gewählte Gemeindevorsteher Zimmermeister Franz in der üblichen Form eingeführt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde über den Bau einer Leichenhalle und Öffnung der eingegangenen Kostenschätze mitgeteilt, daß nur eine Bewerbung eingegangen sei. Der Kostenschlag beträgt danach in der Gesamtschätzung 6071 M. — Nach eingehender Spezialdebatte wurde beschlossen, den Bau der Leichenhalle nach Maßgabe des Anschlages, mit Ausnahme der Position 7 mit 490,50 M., dem Zimmermeister König-Zeuthen zu übertragen. Zu Position 7 waren im Anschlag als Fußbodenbelag Fliesen vorgesehen; es wurde beschlossen, vorläufig nur Zementbeton, geglättet, zu wählen, um nach genügender Austrocknung Linoleum oder dergleichen wärmeren Boden legen zu können. Bekanntgegeben wurde, daß die Zustimmung der beteiligten Behörden für den Bau der Leichenhalle und Vergrößerung des Gemeindefriedhofes erteilt sei.

Zur Vergrößerung des Friedhofes hat der Gemeindevorsteher Gültke 88 a 31 am Land der Gemeinde schulden- und löstentfrei zur Verfügung gestellt. Es wurde der Schöffe König bevollmächtigt, die Auflösung entgegenzunehmen sowie die Kosten derselben bei der Gemeindefasse zu erheben.

Beschlossen wurde ferner, daß die erforderlichen Gelder für den Bau der Leichenhalle, Umzäunung und Anlage des Friedhofes in Höhe von 16 000 M. durch Anleihe bei der Kreisparlase gedeckt werden sollen; es soll deshalb ein dahingehender Antrag beim Kreisauschuß gestellt werden.

Zu Punkt 2. Ausbau der Köpenickerstraße, wurde bekanntgegeben, daß die Erdarbeiten ausgeschrieben seien. Eine Offerte für Pflastersteinlieferung wurde abgelehnt, weil die auf dem Bahnhofe lagernde Probendüngung als nicht geeignet befunden wurde. Die Kommission soll nochmals versuchen, gebrauchte Steine von der Stadt Berlin zu erwerben, auch sollen weitere Offerten eingefordert werden. Zum Ausbau der Straße sind vom Kreise 3000 M. bewilligt worden, die Bewilligung der gleichen Summe von der Provinz steht außerdem zu erwarten.

Die Niedersdorferstraße soll mit Steinchüttung versehen werden. Es sollen die Vorarbeiten derartig beschleunigt werden, daß die Fertigstellung der Straße noch zum Herbst erfolgen kann.

Betreffs der Mißstände auf dem Schulgrundstück wurde beschlossen, eine Mäullärbe durch den Maurermeister Rundscheid herstellen zu lassen. Als Garderobentraum für die Schulkinder wird das Konferenzzimmer hergerichtet.

Des weiteren wurde beschlossen, dem erkrankten Gemeindevorsteher W. R. als Zuschuß zu den Kurkosten zu überweisen. Dieser Beschluß erfolgte ohne Antrag des Betreffenden auf Anrechnung des Gemeindevorsteher. Jedoch glauben wir darauf hinweisen zu müssen, daß das Gehalt des Gemeindevorsteher recht gut eine Aufbesserung verdienen könnte, um so mehr als mehrfach hervorgehoben wurde, daß derselbe besonders tüchtig und pflichttreu sei.

Die Löhne und Gehälter der Gemeindegewerkschaft sind als sehr bürgerlich zu bezeichnen; hier sollte der Gemeindevorstand Veranlassung nehmen, auch hierin das Ansehen der Gemeinde zu heben. Zum Schluß möchten wir den Gemeindevorstand noch anheim geben, dafür zu sorgen, daß den Kindern in der Schule Trinkgefäße zur Verfügung gestellt werden, damit sie nicht jedesmal nötig haben, sich ein oder zwei Gläser von der Frau Lehrerin zu erbitten. Es ist dies eine Forderung, die schon von hygienischen Standpunkte aus gerechtfertigt erscheint.

Grünau.

Die Sammelliste für die Parteitagelegation Nr. 9836 ist verloren gegangen. Es wird gebeten, dieselbe anzuhalten und an G. Becker, Jägerstr. 18, abzuliefern.

Potsdam.

Die besten Agitatoren für die Sozialdemokratie sind unsere Gegner. Einen neuen Beweis dafür liefert das „Potsdamer Intelligenzblatt“ in einer politischen Iremade, die das Stichwort trägt: „Lerne vom Gegner“. Die Zeitung der hiesigen „Reichsverbände“ weist die bürgerlichen Parteien zunächst auf die Notwendigkeit der Vorbereitung für die kommenden Reichstagswahlen hin und führt als Beispiel der sozialdemokratischen Erfolge das letzte Stiftungsfest des hiesigen sozialdemokratischen Wahlvereins an, worauf in der Parteipresse hingewiesen worden war. Das „Int. Blatt“ schreibt:

„Das sozialdemokratische Stiftungsfest wurde begangen und bedeutete einen neuen Erfolg für die Partei des Umsturzes, hier in Potsdam, der Stadt, die nach den Worten des neuen Ersten Bürgermeisters Kosberg auf dem Begründungstag der Sanitätskolonne das Herz des echten, unverfälschten Preußentums darstellen soll. Dieses Herz pulsiert mächtig und stark für Kaiser und Reich, für Ordnung und Gatte. Gefährliche Winzen aber, schleichende, giftige Reime drohen dem Herzen des unverfälschten Preußentums die Blutzufuhr zu unterbinden. Wo bleibt der Arzt, der durch vorbeugende Maßregeln dem Götterwortspreiten der verderbenden Krankheit Einhalt gebietet? Wie wir vernennen, ist in der Vorstandschäft des neuen Wahlvereins ein Wechsel eingetreten und es steht für die nächste Zeit schon zu hoffen, daß, wie überall im Reiche, auch im Wahlkreise Potsdam-Osthavelland die Vorbereitung für den Kampf 1908 mit Kraft einsetzt. Selten ist in die Vorbereitungen allgemeiner Reichstagswahlen so früh eingetreten worden, als diesmal, da uns, ein natürliches Ende der gegenwärtigen Legislaturperiode vorausgesetzt, (1) von dem Wahltermin noch rund zwei Jahre trennen. Es läßt sich aber nicht leugnen, daß der Ausgang der letzten Erfolge viel Anlaß gegeben hat, schon jetzt die Stellungnahme der Parteien zueinander zu revidieren, und daß der Eifer, mit dem die Sozialdemokratie sich neuerdings in die Organisations- und Agitationstätigkeit gestürzt hat, auch die anderen Parteien anspornt, ihre Tätigkeit zu entsalten und sich nicht überflügeln zu lassen. In der konservativen Partei läßt sich, wie uns dünkt, die Arbeitsfreudigkeit auf politischem wie auf organisatorischem Gebiete leider stark vermissen. Man scheint alles von „oben“, von der Zentralfelle, von der Parteileitung zu erwarten; daran aber würde man sehr unrecht tun. Gerade an der ruhigen Kleinarbeit, an der Fühlungnahme mit den Wählern, an der Schließung der Reihen in den Lokal- und Kreisorganisationen ist das meiste gelegen. Und dann heißt es, dafür zu sorgen, daß die Parteikassee gefüllt werde.“

Dieser Appell an die „echten, unverfälschten Preußen“ wird hoffentlich seine Wirkung nicht verfehlen — bei unseren Parteigenossen! Mit aller Kraft müssen wir das für uns zu erreichen suchen, was das „Potsd. Int. Blatt“ seinen Lesern betreffs der Organisation und Agitation empfiehlt. Nach der sommerlichen Pause muß die Werbung neuer Rekruten für die „rote“ Armee mit verpöppeltem Eifer wieder aufgenommen werden, soll diese den kommenden Kampf speziell in unserem Kreise mit Ehren bestehen, soll der Sieg uns endlich werden! ... Daß dieser Sieg nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, das gibt das Potsdamer Hoffblatt selber zu, indem es weiter schreibt: „Außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt ein roter Sieg in unserem Wahlkreise nicht.“ ... Schaffen wir diese Möglichkeit, indem wir ungenümt in die rührigste Propaganda eintreten. Nicht dürfen wir es bei den Worten, durch Flugblätter, die Parteipresse, Versammlungen usw. bewenden lassen, sondern müssen neben der Kräftigung der alten Wahlvereine neue Vereinigungen schaffen. Neue Stützpunkte für die Parteitätigkeit, für die mündliche und schriftliche Agitation! Das ist zunächst unsere Aufgabe, die wir mit Hilfe der Zentralorganisation auch erreichen können und werden. Die Begeisterung für unser Kulturwerk, die den Gegnern für ihre Hebereien und Schimpfereien begreiflicherweise fehlt, gibt uns eben der Glaube an den echten, unverfälschten Sozialismus, dem auch die „gefährlichen Winzen, die schleichenden, giftigen Reime“ der Reaktion die gesunde Blutzufuhr nicht unterbinden können. ... Das Blatt der konservativen Intelligenz sagt dann schließlich, daß die konservative Partei mit Tatzfassen aufwarten kann (im Kampfe gegen die Sozialdemokratie).

„Sie (die konservative Partei) vermag zu beweisen (sic!), daß sie beharrlich und mit Erfolg für die Interessen aller (!) schaffenden (?) Stände eingetreten ist und intensiv mitgearbeitet hat an der Einleitung unserer sozialen Reformen. Sie hat Anspruch auf das Vertrauen des Mittelstandes ebenso wie auf den Dank des Arbeiterstandes! Drum auf zum Kampf!“

Es gehört die ganze Dreistigkeit des Junkerlängels dazu, von der Interessenvertretung aller schaffenden Stände zu sprechen. Die Arbeiterklasse wird, anstatt jener Sippe Dank wissen, sie für die ihr zugefügte Entrechtung und wirtschaftliche Ausbeutung mit Fußtritten traktieren. In verschärfter Form gilt der Kampf gegen die Paulianer und Konfessionen, der Kampf gegen die konservative Domäne.

Die Unfallversicherungsvorschriften für das Fuhrergewerbe werden hier fast gänzlich beachtet. Die Fuhrerwerksberufsgenossenschaft hat zwar schon im Jahre 1903 beschlossen, daß für die Kautischer feste Sige und Aufsätze, sogen. Tritte, an den Wagen anzubringen sind; auch soll jeder Wagen mit einer sehr wirksamen, gut gebrauchsfähigen Bremse versehen sein. Aber von der Ausführung dieser im allgemeinen Interesse liegenden Vorkehrung ist hier wenig zu hören. Woran liegt das? — Einmal an den Unternehmern, zum andern an der Polizei. Die Unternehmer drücken sich natürlich von ihrer Verpflichtung so lange wie möglich. Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Arbeiter sind ihnen fremd oder gleichgültig. Es handelt sich ja nur um — Arbeiter! Und die Polizei? — Die ist hier in diesem Falle nicht zuständig, wie sie sagt. — Es dürfte zwar nicht oft vorkommen, daß die Polizei selbst erklärt, sie sei in irgend einer Sache des öffentlichen Lebens nicht zuständig. Bei der Potsdamer Verbände ist das aber einmal geschehen. ... Als sich nämlich der Vorstand der hiesigen Filiale des Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verbandes an die Polizeidirektion zwecks Ueberwachung resp. Durchführung der Unfallversicherungsvorschriften wandte, um den vielen Unfällen Einhalt zu tun, wurde dem Gesuch der Bescheid, daß die Polizeibehörde in dieser Angelegenheit nicht zuständig sei. (?)

Nach Maßgabe der Gewerbeordnung und des Bürgerlichen Gesetzbuches ist die Polizeibehörde aber berufen, die Vorschriften der Gewerbeordnung zu überwachen. Ebenso ist sie verpflichtet, da einzufahren, wo Uebertretungen stattfinden. — Der abweisende Standpunkt der Potsdamer Polizeibehörde ist um so auffälliger, als z. B. die Berliner Polizei diese Vorschriften überwacht resp. zur Durchführung bringt. Das ist ein Widerspruch in der Kompetenzauffassung der beiden Behörden, die einer Aufklärung resp. Abstellung dringend bedarf. — Jedenfalls wird die Organisation dafür sorgen müssen, daß die Unfallversicherungsvorschriften auch für das Potsdamer Fuhrergewerbe trogalleudem von den Unternehmern respektiert werden.